

Science Fiction	2
99 LUFTBALLONS	
Springtime for Hitler	4
Gespräche über „Letter to the stars“ VON HANNAH FRÖHLICH	
WILLKOMMEN	
Kein Spaß mit Ernst	8
Gustostückerl aus dem Hause Strasser VON MARTIN STEFANOV	
UNERKANNT DURCHS MÄRCHENLAND	
Der Pamir zwischen Islam und Ethnisierung	10
VON THOMAS SCHMIDINGER	
AMERIKA	
Der David der lateinamerikanischen Legende	15
Antiamerikanismus in Lateinamerika VON MARY KREUTZER UND WOLF-DIETER VOGEL	
WAS IMMER DU TUST	
„Sogar am Erdbeben waren wir Juden schuld ...“	19
Antisemitismus in Mexiko. Ein Interview mit Esther Shabot	
ZUSAMMEN	
„Die Situation hat sich verändert“	23
Exiliraqische Politiker im Gespräch	
FEUER UND FLAMME	
Warum ich auf keine Friedensdemo ging	27
VON HERIBERT SCHIEDEL	
Fähnchen im Kopf	29
VON GÜNTER HEFLER	
Kritisieren, nicht denunzieren	30
VON MARKUS KEMMERLING	
WIR SIND MODERN	
„Blut für Öl?“	32
Ein Stichwortgeber der Friedensbewegung VON FLORIAN MARKL	
MEINE KLEINE HEILE WELT	
Haider als „Gast bei Saddam“	33
VON HERIBERT SCHIEDEL	
Mit Pilz gegen God	35
VON RENATE GÖLLNER	
Feindbild Amerika	37
Über die Beständigkeit eines Ressentiments VON MARC ZANNONI	
OHNE ENDE	
Rasse und Klasse	38
Nachforschungen zum deutschen Wesen VON THOMAS KÖNIG	
Short Cuts	39
Der deutsche Sonderweg, Antiziganismus VON STEPHAN GRIGAT	
SATELLITENSTADT	
Antirassistisches Potpourri	40
VON THOMAS SCHMIDINGER	
Jura Soyfers Werkausgabe	43
VON THOMAS SCHMIDINGER	

Der intergalaktische Raumkreuzer PRIMINA wird wieder einmal von Killerdrohnen der feindlichen ZORGS angegriffen.

Commander POTHOLE und das allwissende Bordsystem G@K haben sämtliche Schaltkreise aktiviert, um Herren der brenzlichen Lage zu werden.

Schutzschirme auf 100% SECURE!

Tut mir leid Commander, seit Ihrer jüngsten Energiebilanz-Reform stehen den Strahlenschutzschirmen nur noch 64% der vorgesehenen Leistung zur Verfügung.

Also müssen wir auf unsere Reserve an JUNGEN NEUTRONEN zurückgreifen!

Geht nicht!
Deren Aktivierungszeitraum bis zur Verfügbarkeit wurde im Zuge derselben Reform auf 300% erhöht.

Dann speisen wir eben unsere eigenen NULLFELD-Kapazitäten ein, Himmelsakra!

Die wiederum sind seit der Ratifizierung des FUCS-Abkommens eben nicht mehr unsere eigenen. Vielmehr liegen die Lizenzen hierfür gerade in den Händen derer, die uns soeben kräftig einheizen.

Äh - Öh! ...

Na immerhin hat mir der FUCS-Deal meine supergeile DESIGN-LUXUS-RETTUNGSKAPSEL eingebracht, hähä. Und mit eben dieser werde ich mich sofortigst auf den Planeten MAGMA im QUADRANTEN DER TÜCHTIGEN absetzen.

Mach die Kapsel startklar, ich bin gleich in der Schleuse!

Negativ!

Damit hat sich soeben unser Bordkassier JGF der I. und EINZIGE schon Richtung MAGMA davongemacht.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nun war es also soweit. Gebannt starrten wir auf den Fernsehbildschirm, einmal ORF, RTL, NTV, CNN und wieder retour ... Was bleibt? Ein Gefühl der Leere, der Unentscheidbarkeit, der Zumutung an die politische Urteilsfähigkeit. Dann doch Hoffnung ... Die Redaktion von **Context XXI**, in der die einzelnen Beteiligten sich nicht in der Sicherheit einer klar einzunehmenden und für alle gültigen Positionierung wiegen konnten und wollten, hat sich in einer Reihe von Diskussionsrunden dieser Herausforderung gestellt, mit dem festen Willen, Kollektivität auch dort herzustellen, wo es keine gemeinsame Fahne gibt, hinter die sich alle stellen. Daraus entstand der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe – die aufgrund der Fülle von Beiträgen noch schnell in eine Doppelnummer umgewandelt werden musste –,

der versucht, den kritischen Blick auf die Ereignisse der letzten Monate zu bewahren. Dass sich dabei mehrere Artikel und Rezensionen mit dem Phänomen des Antiamerikanismus auseinandersetzen, darunter der Artikel von Mary Kreuzer und Wolf-Dieter Vogel, das Interview mit der mexikanisch-jüdischen Journalistin Shabot und die Rezension von Marc Zannoni von Dan Diners Buch zum Phänomen des Antiamerikanismus, ist kein Zufall: hat doch gerade in Europa dieses weitverbreitete Ressentiment wieder Hochkonjunktur. Zur Situation im Iraq selbst hat **Context XXI** zwei im österreichischen Exil lebende, im Widerstand gegen das Ba'ath-Regime engagierte Iraquer zu einem Gespräch eingeladen, weil es uns ein Anliegen war – zum Unterschied der sich ganz auf das eigene moralische Urteil verlassenden

Friedensbewegung, die kaum Interesse an der iraqischen Community in Österreich zeigte – den unmittelbar Betroffenen eine Stimme zu geben. Neben Florian Markls Artikel zur Herkunft und historischen Verortung des omnipräsenten Slogans „kein Blut für Öl“ finden sich im Schwerpunkt einige persönlich gehaltene Kommentare zur Friedensbewegung, die einen Teil der in der Redaktion geführten Diskussionen vermitteln wollen. Auch Jörg Haider und Peter Pilz waren uns jeweils eine Rezension wert, lassen sich doch an diesen beiden Büchern, auch wenn ihre Autoren politisch nichts verbindet, exemplarisch einige Charakteristika des rechten Faibles für das Ba'ath-Regime, wie des linken Faibles für antiamerikanische Ressentiments herausarbeiten.

Neben dem Schwerpunkt finden sich eine kritische Re-

portage von Hannah Fröhlich zu dem zum medialen Großereignis stilisierten Projekt „Letter to the stars“, Martin Stefanovs Artikel zu einigen weniger bekannten Aspekten des Strasser'schen Umgangs mit MigrantInnen und der Genfer Flüchtlingskonvention, Thomas Schmidingers Artikel zu Tadjikistan und weitere Rezensionen von Thomas König, Thomas Schmidinger und Stephan Grigat.

Die Illustrationen dieser Nummer stammen von Eduardo Cohen, Genaueres zu seiner Person siehe S. 6.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und appellieren auch diesmal: Lest **Context XXI**, hört **Context XXI**-Radio, abonniert **Context XXI** ... und sagt es Euren FreundInnen weiter!

EVA KRIVANEC
MAI 2003

Neue Homepage: www.contextxxi.at • neue eMail: redaktion@contextxxi.at

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: redaktion@contextxxi.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** diE nOt, Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Heide Hammer (Radio), Günter Hefler, Markus Kemmerling, Mary Kreuzer, Eva Krivanec (koordinierende Redakteurin), Stella Puig-Waldmüller (Internet-Hereingeberin), Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuely (gf. Redakteur), Jutta Sommerbauer, Thomas Schmidinger, Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser**

Ausgabe: Renate Göllner, Stephan Grigat, Florian Markl, Thomas König, Martin Stefanov, Wolf-Dieter Vogel, Marc Zannoni **Titelgraphik:** diE nOt **Kopfzeilen:** Nena (Songtitel) **Layout:** Markus Kemmerling **Hersteller:** Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abos:** Normalabo: 33 Euro/Jahr; Sonderabo: 22 Euro/Jahr; Förderabo: 66 Euro/Jahr; Ausland: 38 Euro/Jahr, Übersee: 44 Euro/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 36 Euro/Jahr; ermäßigt: 25,50 Euro/Jahr (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://www.contextXXI.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Juli.

Springtime for Hitler

Gespräche über „Letter to the stars“

„Denn wie der Begriff, den sich die Mörder und Opfer von den Ereignissen gemacht haben, ihr Handeln beeinflusst hat, so ergeben sich ... unsere Reaktionen auf die uns umgebende Welt ganz unmittelbar aus dem Verständnis der Ereignisse und aus der Art und Weise, wie wir diese erinnern.“¹

von Hannah Fröhlich

„Letter to the stars“ ist der bewusst poppige Titel eines von den Journalisten Josef Neumayer und Andreas Kuba initiierten österreichweiten Schulprojekts, das dazu beitragen soll, Geschichte erlebbar zu machen. Alles begann mit der vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) veröffentlichten CD-Rom zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer. Diese unvorstellbar riesige wissenschaftliche Arbeit enthält derzeit an die 65.000 Namen und – sofern rekonstruierbar – deren Geburts-, Sterbe- und Deportationsdaten. Die Datenbank diente zum Beispiel der Historikerkommission als Grundlage für deren Untersuchungen, aber auch Verwandte von Holocaustopfern, also Einzelpersonen, können mit dieser CD-Rom erste Recherchen nach ihren Angehörigen vornehmen.

Eine gute Öffentlichkeitsarbeit im Zuge der Präsentation dieses DÖW-Projekts hatte zur Folge, dass Josef Neumayer und Andreas Kuba davon erfuhren.

„Das mit der Datenbank war eine von diesen Ideen, die einen packen und nicht mehr loslassen,“ erzählt Josef Neumayer. „Wir wollten irgend etwas damit machen. Ich meine, das war ja ein Monsteraufwand.“

Die Idee: SchülerInnen entnehmen der CD-Rom ei-

nen durchaus nach persönlichen Kriterien ausgewählten Namen und recherchieren die Lebensgeschichte dieses Menschen. Das Dokumentationsarchiv steht dabei mit Rat und Tat zur Seite. Durch diese Recherche sollen Holocaustopfer ein Gesicht, ihre Würde wiederbekommen. Am 5. Mai 2003, wenn sich der Tag der Befreiung Mauthausens jährt, ist das Projekt abgeschlossen und eine öffentliche Veranstaltung markiert dies: 80.000 weiße Luftballons, jeder mit einem persönlichen Brief versehen, – von SchülerInnen an die Zukunft, wie es heißt – steigen vom Heldenplatz auf, zu den Sternen, to the stars. Ein in den Augen der Initiatoren und der beauftragten Event-Agentur „World Connection“ jugendkompatibles Musikprogramm bildet den Rahmen für die Präsentation einiger Lebensgeschichten. Kinderportraits und die Logos der SponsorInnen, von denen so manche von ihren Machenschaften während der Nazizeit und danach gerne ablenken, schmücken den Heldenplatz, es sprechen Zeitzeugen, der Bundespräsident, SchülerInnen, Prominente.

Wissenschaftlich wertlos

Das Konzept ging auf. Schulen in ganz Österreich ergriffen die Möglichkeit, den Geschichtsunterricht auf diese Weise plastisch zu machen, kaum ein Medium – von der

„Krone“ und dem ORF bis zum *Vor-Magazin* – ließ das Projekt unerwähnt. Doch was ist das Anliegen von „Letter to the Stars“? Worum geht es, wenn SchülerInnen Lebensgeschichten von Holocaustopfern recherchieren? Was ist das pädagogische Konzept und was bewegt zwei Journalisten, ein solches zu entwerfen? Welches Bild ergibt das, wenn tausende Luftballons zum Himmel aufsteigen, losgelassen, fortgeschickt, beendet, – was nie beendet sein kann? Und wie ist das wirklich mit der Würde, die den Opfern wiedergegeben werden soll, wenn am Heldenplatz ein „Event“ stattfindet, perfekt vermarktet und genau darin so austauschbar? Geht es vielleicht um eine dringend notwendige wissenschaftliche Arbeit, für die derzeit keine Geldmittel zur Verfügung stehen? Sollen SchülerInnen etwa einspringen, wo die Politik versagt?

„Wissenschaftlich hat dieses Projekt überhaupt keinen Wert,“ weiß DÖW-Mitarbeiter Stephan Roth. „Das muss man ganz klar sagen. Es ist ein Schulprojekt und was der pädagogische Effekt davon ist, ist ausschließlich von den Lehrern abhängig. Wir hier können mit Recherchetipps helfen, den Schülern zeigen, wie sie zu weiteren Informationen kommen. Aber was sie davon haben, liegt an der Motivation der Lehrer. Im Idealfall wird durch diese

Personalisierung des Mordens und die Identifikation mit dem Opfer, nachvollziehbar, was das Leiden und die Unfreiheit, die Qual von damals bedeutet hat.“

Die Initiatoren Josef Neumayer und Andreas Kuba wollen sich zum pädagogischen Konzept gar nicht äußern. Nur eins ist ihnen ganz klar: Antisemitismus soll nicht das Thema sein. Die SchülerInnen nehmen einen Namen und eine Geschichte mit, das spräche für sich, sind sie der Meinung.

Andreas Kuba: „Bei unserem Projekt geht es ganz bewusst nicht um Antisemitismus. Das Projekt ist nicht dazu da, Antisemitismus zu bekämpfen. Wir sind nicht gegen etwas, sondern für etwas.“

„Unter den Kids ist Antisemitismus kein Thema,“ ist Josef Neumayer überzeugt. „Wenn es um den Israel-Palästina Konflikt geht, dann haben die Kids die Bilder aus dem Fernsehen im Kopf und sie finden, das ist ein ungerechter Kampf, aber mit Antisemitismus hat das nichts zu tun. Ja, vielleicht sagt mal einer was, aber das ist dann eine Trotzhaltung gegenüber den Eltern, mit so Nazi-sprüchen kann man sie ja aufregen.“

Josefs Leitbild

„Nur SchülerInnen können Holocaustopfern ein würdiges Andenken verschaffen,“ sagt Josef Neumayer. „Jedem anderen müsstest du ja was dafür zahlen.“ Hat das gerade etwas merkwürdig geklungen?

„Ich will junge Menschen erreichen,“ setzt Neumayer fort. „Der vierzehnjährige neugierige Gymnasiast war und ist mein Leitbild, immer schon, auch schon während

ich für *News* geschrieben habe, ihm möchte ich etwas mitteilen und mitgeben.“

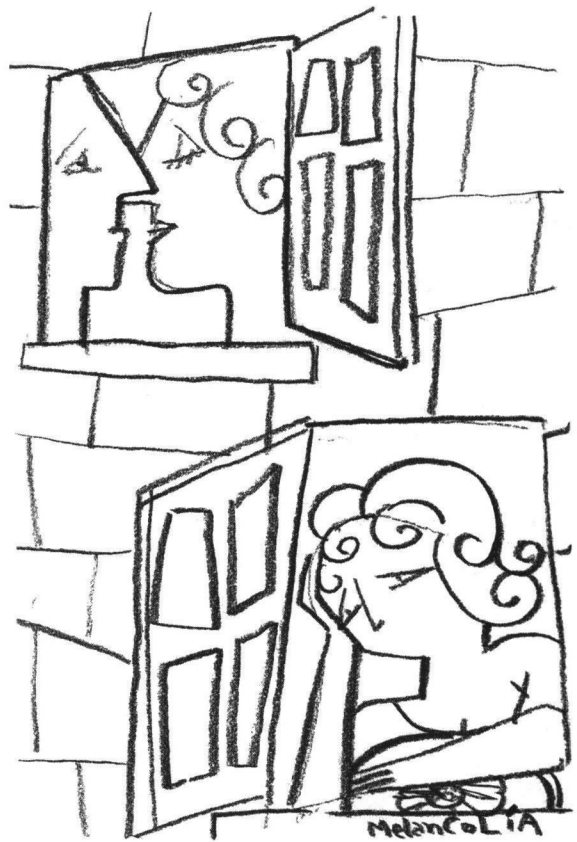
Und warum? Josef Neumayer muss nachdenken. „Vielleicht, weil ich diese Zeit selbst als Schlüsselzeit erlebt habe,“ sagt er und seine Augen fangen zum leuchten an. „Das ist ein kompliziertes Alter, man sucht so viele Antworten auf Fragen, die man noch nicht stellen kann. Ich hab in diesem Alter alle meine Orientierungsmuster über Bord geworfen und fühlte mich sehr allein.“

Jetzt ist Josef Neumayer nicht mehr zu halten. Er erzählt und erzählt, von seiner wilden Schulzeit, seiner ersten großen Liebe, seinen kuriosen Jobs als Jugendlicher, von seiner Reise nach Israel, die ihm die Augen geöffnet hat.

„Wie alle, hatte auch ich Vorurteile, naja, was man halt so denkt: Hochfinanz und Palästinakonflikt. Und dann komme ich dorthin und sehe, dass die Menschen dort genauso sind wie überall auch. Ich meine, man kann sich jedes Vorurteil schenken, wenn man auf den Menschen kommt.“ Und dann setzt er schnell nach: „Ich war dort hauptsächlich mit Arabern zusammen.“

Dann erzählt Josef Neumayer von seinem Werdegang: 3 Jahre Ö3, 5 Jahre *Wiener*, 3 Jahre *News*, dann Chefredakteur der *Barbara Karlich Show*, Pressesprecher bei *Vera* und nach der Chefredaktion des *Extradiens* wollte er frei sein. Es folgte das Projekt „Letter to the stars“.

„Das Schöne ist ja, dass diese Generation eine völlig unbelastete ist, was den Holocaust betrifft,“ so Neumayer über seine vierzehnjährigen Leitbilder. „Für alle heu-



te über Dreißigjährigen schwingt ja immer diese Schuld mit, so eine Art Erbsünde. Ich hab mich immer schuldig gefühlt, wissend, dass meine Großeltern keine Nazis waren.“

Was war mit den Großeltern? „Ich hab meinen Großvater gefragt: warst du ein Nazi? Aber er hat gesagt: nein. Und er hat mir etwas ganz Entscheidendes mitgegeben. Er hat gesagt: Bevor du dir ein Urteil bildest, versetze dich in die Zeit und frage dich, wie ein ganzes Volk auf einen Verrückten reinfallen konnte. Er sagte: Urteile nicht ohne dich in die Zeit zu versetzen. Er war 29 als Hitler einmarschierte. Er war Unternehmer und der einzige Arbeitgeber im Umkreis von zwei Dörfern. Und der Hunger damals, das ist ja unvorstellbar. Und er ist in den Krieg geschickt worden, weil sein Schwager ein Obernazi

„Bewohner des Stauens“ (Habitante del asombro) Zeichnungen von Eduardo Cohen

Die hier vorgestellten Zeichnungen sind Teil einer kleinen Serie, die Eduardo Cohen aus „Spas“ am Sterbebett während des Jahres 1994 produzierte. Sie stellen Cohens durchsichtige und klare Praxis dar, mit der er in Ausübung einer außergewöhnlichen Sparsamkeit der Mittel und mit freiem, synthetischem und spontanem Strich menschliche Handlungen und Seelenzustände einfing, die uns eine Vorstellung nicht nur des kritischen und sensiblen Auges dieses Künstlers gibt, sondern auch seiner Fähigkeiten der Zeichentechnik.

Eduardo Cohen (1939–1995)

Künstler, in Mexiko D.F. geboren, produzierte während seines Lebens ein umfassendes plastisches Werk, das Zeichnungen, Pastell- und Ölmalereien, Grafiken und Wandmalereien beinhaltet. Sein Werk fügt sich in den Expressionismus ein, als Strömung, die es bevorzugt, die Wirklichkeit nicht so, wie sie sich unseren Sinnen offenbart, wiederzugeben, sondern diese als intensiv subjektiven Blick darstellt, der verändert, bewegt und unsere gewohnten Konventionen des Ausdrucks zutiefst persönlicher Gefühle auf den Kopf stellt.

Daher sind sogar seine Werke über jüdische Themen, die er mittels grundlegender Recherchen erarbeitete und oft als Wiederaneignung von Szenen seiner Kindheit und Jugend entstanden, von einer subjektiven Grenzenlosigkeit geprägt, die ihnen genau jenen originellen und leidenschaftlichen Charakter verleihen.

Eduardo Cohen widmete sich viele Jahre der Lehre und veröffentlichte ein Buch „Hacia un arte existencial. Reflexiones de un pintor expresionista“ (UNAM 1993).

<http://saemisch.com/cohen/>



im Dorf war, der hatte das zu verantworten.“

Das Gute an Hitler

Auf der Suche nach dem Sinn von „Letter to the stars“ jenseits von PR und Luftballons, bleibt alle Hoffnung also auf dem pädagogischen Geschick jener LehrerInnen, die sich für die Teilnahme am Projekt entschieden und ihre SchülerInnen motivierten, mitzumachen. Eine Lehrerin ist dabei Betreuer Stephan Roth als besonders engagiert aufgefallen.

„Letter to the Stars ist ein gutes Projekt,“ sagt diese Lehrerin. „Es ermöglicht den Schülern einen anderen Zugang zur Geschichte.“

Den SchülerInnen Mut zu machen, ist ihr ein Anliegen, Mut, mit den Großeltern über den Krieg zu reden.

„Ich denke mir, wenn durch dieses Projekt nur einer zuhause fragt, dann hat sich das ganze schon ausgezahlt. Diese Beschäftigung ist unangenehm, aber nötig.“

Und warum will diese Pädagogin die SchülerInnen zu einer Auseinandersetzung in der eigenen Familie bewegen?

„Es ist wichtig zu erkennen, dass es auch eine andere Sichtweise zum Krieg gibt. Ich meine, natürlich ist für die Opfer die Geschichte negativ ausgegangen. Aber im Krieg, wenn man nichts hatte, war die HJ oder der BDM eine Möglichkeit, Urlaub zu machen. Das hatte also auch positive Seiten.“

Sie hätte mit ihrer Großmutter über den Krieg geredet und sich mit ihr das Kriegstagebuch des Großvaters angesehen.

„Wer kann schon sagen, was er oder sie getan hätte zu dieser Zeit,“ sagt diese Lehrerin und gefällt sich da-

bei. „Niemand kann das sagen. Ich meine, ich hoffe, ich wäre kein Nazi gewesen, aber mit Sicherheit wäre ich nicht in den aktiven Widerstand gegangen, dazu wäre mir mein Leben zu lieb gewesen.“

Die Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie es möglich war, dass die Bevölkerung Hitler glauben und ihm folgen konnte, ist für sie der Grund für ihre Berufswahl.

„Ich verstehe ja gar nicht, wie das passieren konnte,“ sagt sie. „Ein paar einflussreiche Menschen sagen, dass eine Menschenrasse an allem schuld ist und dann rennen alle diesem Verrückten nach. Ich kann das nicht nachvollziehen, wie der kleine Zwerg das geschafft hat.“

Ewige Schuldfrage

Wie die beiden Initiatoren findet auch diese seit vier Jahren unterrichtende Lehrerin, dass Antisemitismus kein Thema ist. Zwar weiß sie um die Existenz von Antisemitismus und Rassismus in der Gesellschaft, dennoch scheint sie keine Verbindung zur NS-Zeit, zu ihren Aufgaben als Pädagogin oder zum Projekt „Letter to the Stars“ herzustellen.

„Das finde ich ja gerade das Gute an diesem Projekt, dass die Schuldfrage nicht gestellt wird,“ sagt sie. „Ich meine, dieses ewige Schuldbekenntnis, dieses ewige: es tut mir leid. Damit muss doch endlich Schluss sein, das macht mich richtig aggressiv. Ich meine, man kann doch nicht jedesmal, wenn Israel wieder irgendwo einmarschiert sagen: aber es tut uns ja so leid.“

Die Einstellung dieser Lehrerin – der NS hätte auch gute Seiten gehabt –, die feh-

lende Bezugnahme auf Antisemitismus und jene gesellschaftlichen Mechanismen, die Auschwitz ermöglichten sowie die kaum versteckte Schlussstrichforderung ist kein Einzelfall. Eine im Jahr 2000 in Deutschland durchgeführte Studie² belegt, dass nur eine Minderheit der LehrerInnen und ErzieherInnen ihre Aufgabe wahrnimmt, wie es dort heißt „historisch verantwortliche Lernprozesse“ in Gang zu bringen und „Erziehung in ihrem Verhältnis zu der von Menschen begangenen Tat systematischer Menschenvernichtung in Beziehung zu setzen.“ Und weiter: „Erkenntlich wird, ..., dass die Erziehungswissenschaft sich nicht der pädagogischen bildungsrelevanten Verantwortung stellt.“

Dass ein derartig skandalöser Bildungsstand und Status quo der Auseinandersetzung sowie die jeweils individuelle Verstrickung in Abwehrprozesse bei LehrerInnen und in der Folge bei deren SchülerInnen kein Einzelfall ist, belegen auch die eingangs erwähnten „Briefe an die Zukunft“. Von SchülerInnen öffentlicher und privater Schulen verfasst, sollen sie an die weißen Luftballons befestigt am 5. Mai zu den Sternen fliegen. Da heißt es zum Beispiel:

Für uns ist es schwer nachzuvollziehen, dass es wirklich niemand gemerkt hat, dass tausende Menschen in Österreich verschwunden sind. Hat sich kein Mitschüler oder Arbeitnehmer gefragt, wo jüdische MitschülerInnen bzw KollegInnen hingekommen sind? Warum haben LehrerInnen, SchülerInnen, KollegInnen und Chefs nicht Alarm geschlagen? Die Abtransporte jüdischer MitbürgerInnen sind

auch nicht nur im Gebeimen abgelaufen!

Oder:

Besonders beängstigend fanden wir, dass wir nichts Näheres über Sie und Ihre Familie in Erfahrung bringen konnten. Wir befürchteten schon, dass es den Nationalsozialisten tatsächlich gelungen ist, das Leben eines Menschen einfach aus der Erinnerung für die Nachwelt zu löschen. ... Wir wissen nicht, woran Sie gestorben sind, ob Sie überhaupt bestattet worden sind. Für Ihre Nachkommen wird es schwer sein, mit diesen Unsicherheiten fertig zu werden.

Oder:

Es war sicher nicht einfach, sich in der NS-Zeit eine objektive Meinung zu bilden, beeinflussend wirkten zensurierte Radiosender, ..., Leute, die „Fremdsender“ hörten wurden bestraft. ... In vielen Fällen war es damals schwer möglich, die eigene Meinung offenkundig zu tun, aus Angst vor einer Verhaftung ... Die Menschen von damals sahen im Nationalsozialismus wohl nur die positiven Seiten ... Sie haben alle Versprechungen geglaubt und sind somit zu Handlangern geworden ... Unserer Meinung nach, kann so etwas Schreckliches wie der Holocaust, aber auch die Verfolgung Andersdenkender nicht passieren, wenn Leute zusammenhalten und niemanden an die Macht kommen lassen, der gegen Menschenrechte verstößt ... Aber trotz aller Gräueltaten, die in der NS-Zeit passiert sind und die auch ausreichend dokumentiert sind, ereigneten sich leider in den 90er Jahren weitere grausame Aktionen nicht nur irgendwo in der Dritten Welt, sondern auch vor unserer Haustür. Man denke nur an die furchtbaren Vorfälle im ehemaligen Jugoslawien. Schein-

bar haben die Beteiligten nichts aus der Geschichte gelernt.

Wenn am 5. Mai die 80.000 weißen Luftballons zum Himmel aufsteigen, hat wieder einmal ein Projekt seinen offiziellen Abschluss gefunden, von dem im besten Falle nichts, im Regelfall aber das Falsche bleibt. Indem das TäterInnenkollektiv anonym bzw. auf Hitler und die Nazis beschränkt bleibt, indem dort, wo diese Anonymisierung aufbricht, nämlich in den eigenen Familien, Schuld und Verantwortung verharmlost und verleugnet werden, können jene Mechanismen einer Gesellschaft, die Auschwitz hervorgebracht hat, mit dem Schleier von „Betroffenheit“ und „Gedenken und Mahnen“ überdeckt werden. „Letter to the stars“ ist ein äußerst geschickter und perfekt vermarkteter Schachzug, dem kollektiven Verdrängen Vorschub zu leisten, der Relativierung und Abwehr Tür und Tor zu öffnen. Das macht „Letter to the stars“ auch gefährlich. Zeitzeugen und die Unterstützung durch die israelitische Kultusgemeinde und anderer VertreterInnen von Opfergruppen haben in diesem Zusammenhang lediglich Legitimationsfunktion, was besonders bitter ist, wenngleich die individuell-symbolische Bedeutung ihrer Auftritte, zum Beispiel auf jenem Balkon, von dem einst Hitler die jubelnden Massen bewegte, anzuerkennen ist. „Letter to the Stars“ ist ein hohles PR-Event, durch das sich Initiatoren, Publikum und PolitikerInnen selbstverliebt und schulterkolpfend von jeder echten Verantwortung effektiv los-vermarkten. Und nichts symbolisiert diese Tatsache besser, als 80.000 Mal heiße Luft.

1 James E. Young: *Beschreiben des Holocaust. Subbrückamp, Frankfurt am Main 1997.*

2 *Alphons Silbermann, Manfred Stoffers: Auschwitz: Nie davon gehört? Rob-wolt, Berlin 2000.*

Kein Spaß mit Ernst

Gustostückerl aus dem Hause Strasser

VON MARTIN STEFANOV*

Der Fall Marcus Omofuma hat die Aufmerksamkeit vieler Menschen auf den Umgang Österreichs mit ausländischen Staatsangehörigen gelenkt. Es ging dabei nicht – wie häufig – um den im Volke unterschwellig weit verbreiteten Rassismus, sondern um die Institutionalisierung desselben: vor allem um das Fremden- und das Asylgesetz und den mit ihrem Vollzug beauftragten Behörden. Spätestens seit Antritt der Wenderegierung ist der Umgang mit diesen Personen eines der Lieblingsthemen linker oder liberaler Medien, was wohl einerseits in der Anfang 2000 dem neuen Innenminister Strasser zugewiesenen Rolle als Garant „christlicher Werte“ gegenüber dem bezüglich AusländerInnen vollkommen hemmungslosen Regierungspartner begründet liegt und andererseits an der leichten Vermittelbarkeit des Themas: die durchaus vorhandene Tragik der Lebensumstände von MigrantInnen ist ohne die genaue Bezugnahme auf die Rechtslage leicht an ein Publikum zu transportieren, das eine gewisse Romantisierung des Fremden liebt. Die Rechtsberatungseinrichtungen für MigrantInnen müssen sich ständig mit den rechtlichen Bestimmungen auseinandersetzen und haben daher eine eigene Sicht auf die Politik der Regierung. Hier die Highlights der letzten Zeit.

Vorab muss man kurz festhalten, dass in den Gesetzes-

novellen, die unter Minister Strasser erlassen wurden, durchaus auch Verbesserungen zu finden sind, wie beispielsweise die Möglichkeit für StudentInnen, sich um eine Beschäftigung zu bewerben. Diese sind allerdings meistens entweder so schlecht in das Gesetz integriert oder unter den allgemein nachteiligen Voraussetzungen so unbedeutend, dass daraus kaum ein Vorteil für die Betroffenen erwächst. Im Fall der StudentInnen ist nämlich von einer mehr hypothetischen als von einer faktischen Möglichkeit auszugehen, da das AMS wohl kaum Plätze an sie vermitteln wird dürfen. Sie scheinen nicht in der Liste bevorzugt zu vermittelnder Gruppen auf, für die es aber bereits jetzt schwer ist, eine Stelle bewilligt zu bekommen. Böse Zungen behaupten ja, dass es Beamte des Innenministeriums geschafft haben, die Verbesserungen an ihrem Vorgesetzten vorbei zu schmuggeln – viel genützt hat es nicht.

Eine besonders interessante Regelung ist jene, die es ermöglicht, Fremden (so der für ausländische StaatsbürgerInnen im Gesetz verwendete Begriff) das Aufenthaltsrecht wieder abzuspochen, wenn der bloße Verdacht besteht, „dass der Fremde seinen Niederlassungswillen aufgegeben hat“; und das nicht bei Menschen, die wenig „aufenthaltsverfestigt“ sind, wie Integration von den Behörden genannt wird, sondern bei Menschen mit unbefristeter Niederlas-

sungsbewilligung. Das kann etwa bedeuten, dass eine Person, die für längere Zeit das Land zwecks Studienaufenthalt oder Ähnlichem verlässt und keine Nachricht von einem Brief der Behörde bekommt, bei dem unserer Erfahrung nach auch eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass er falsch zugestellt wird, danach ohne Aufenthaltsrecht dasteht. Käme sie dann wieder ins Land hinein, würde sie als illegal aufhältig ausgewiesen werden; sonst müsste sie einen Antrag auf Erstniederlassungsbewilligung stellen und sich den nunmehr geltenden engeren Bestimmungen unterwerfen – vom Ausland aus übrigens, wie alle anderen. Einziger Ausweg ist, sich sein Aufenthaltsrecht befristen zu lassen – eine eher absurde Vorstellung –, denn rechtliche Handhabe gibt es nicht. Nebenbei bemerkt ist das Gesetz auch verfassungsrechtlich höchst bedenklich.

Der migrationspolitisch größte Fehler war aber die Verunmöglichung des Neuzugangs zum Arbeitsmarkt für beinahe alle MigrantInnen. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz war schon bisher durch zwei Merkmale charakterisiert: die Höchstzahlen und das sogenannte Ersatzkraftverfahren. Das erste macht die Schamlosigkeit des Populismus vieler Politiker deutlich, denn es ist gesetzlich festgelegt, dass nur ein ganz bestimmter prozentueller Anteil der unselbständig beschäftigten Menschen in Österreich eine andere

*) Martin Stefanov ist Mitarbeiter der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung in Wien.

Staatsbürgerschaft besitzen darf; nämlich exakt neun Prozent. Das zweite legt fest, dass freie Stellen nicht an einen ausländischen Menschen vergeben werden dürfen, wenn sich irgendein österreichischer oder ein „am Arbeitsmarkt bereits verfügbarer Ausländer“ findet, der sie übernehmen kann. Der Neuzugang zum Arbeitsmarkt war daher schon bisher schwierig, mit dem neuen Gesetz ist jedoch eine weitere Verschärfung der Lage ausländischer Arbeitswilliger geschaffen worden, da einerseits Menschen, die sich bisher in Österreich aufhalten aber nicht arbeiten durften und dies nun dauerhaft tun wollen oder müssen, wie etwa Angehörige von hier arbeitenden MigrantInnen, neu einreisenden Menschen gleichgestellt sind. Diese können jedoch nur unter den Bedingungen für die berüchtigten Schlüsselarbeitskräfte ins Land: mindestens 2000 Euro Lohn und eine besondere Bedeutung der Beschäftigung. Abgesehen davon, dass dadurch eine mittelbare Diskriminierung von Frauen hergestellt wird, da auch in höheren Positionen ihr Lohn oft unter dem von Männern liegt, ist eines klar: Menschen für Jobs mit niedrigsten Anforderungen, die von ÖsterreicherInnen nicht angenommen werden und bei denen ein Arbeitskräftemangel besteht, werden so nicht gefunden. Aber dafür hat das Ministerium einen anderen Weg gefunden: die Saisoniers, die für zwei Mal sechs Monate ins Land dürfen, um es dann wieder für zwei Monate zu verlassen. Selbst nach mehreren Jahren ist es für sie nicht möglich, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erlangen, Sozialleistungen zu beziehen

oder die Familie in das „kinderfreundlichste Land“ nachzuholen. Die eine Zeit lang auch von Konservativen propagierte Überlegung, Migration doch als „bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Faktor“ zu sehen, wurde durch die rassistische „Grenzen-dicht-Politik“ und die Aberkennung sämtlicher Rechte ersetzt.

Einige Bemerkungen hier noch zum eben erst veröffentlichten Entwurf zur Novelle des Asylgesetzes: Eine der haarsträubendsten Bestimmungen ist das sogenannte Neuerungsverbot. Die Befürchtung der Flüchtlingsorganisationen war, dass es in Ausnahmefällen nicht möglich sein wird, in der zweiten Instanz, also bei einer neuerlichen Überprüfung des Asylantrages durch eine Oberbehörde, auf Sachverhalte hinzuweisen, die davor noch nicht genannt worden sind. Nun ist es aber oftmals so, dass aufgrund der psychischen Belastung, der ein/e Asylwerber/in vor und während seiner Flucht sowie bei der Einvernahme vor der Asylbehörde ausgesetzt ist und der mangelnden Kenntnis der Verfahrensbestimmungen, relevante Fakten erst in einem zweiten Durchgang als solche auch wahrgenommen werden. Diese den Behörden mitzuteilen, soll durch das Neuerungsverbot von nun an verunmöglicht werden, jedoch nicht erst in der zweiten Instanz sondern auch bei einer wiederholten Einvernahme vor der unteren Behörde und nicht nur in Ausnahmefällen sondern in jedem einzelnen! Das bedeutet, dass es auf eine einzige Aussage ankommen wird, ob jemand die Behörden von seinen Fluchtgründen überzeugen kann oder nicht. Somit

ist das auf gesetzlichem Weg erreicht, was die Beamten davor durch die Umsetzung an sich guter Bestimmungen ermöglichen haben: Die Gewährung des Flüchtlingsstatus wird von der Laune und Tagesverfassung aller Beteiligten abhängen und nur unter optimalen Bedingungen möglich sein und das in der NGO-Szene verbreitete Wort, dass nur denen geglaubt wird, die mit dem Kopf unterm Arm nach Österreich kommen, Realität.

Ich muss mich hier eigentlich korrigieren, wenn ich vorher von migrationspolitischen Fehlern gesprochen habe, denn genau besehen kann von einer Berücksichtigung migrationspolitischer Aspekte mittlerweile wohl kaum mehr die Rede sein. Was bleibt denn übrig von einem Bündel von Maßnahmen, die darauf hinaus führen, dass Interessen oder Rechte von MigrantInnen systematisch unberücksichtigt bleiben? Es reicht ja nicht einmal, wenn der Oberste Gerichtshof die klare Entscheidung trifft, dass der Staat die Grundversorgung von Asylwerbern nicht karitativen Organisationen überlassen darf. Noch weniger darf er sich aussprechen, wen er betreut – aufgrund einer gleichheitswidrigen Richtlinie, die den Prozentsatz der Untergebrachten von 33 auf 19 verringert hat. Die vorläufige Reaktion aus der Herrengasse ist, man werde sich das anschauen. Es ist aber nicht nur so, dass eine ehemals die Grundsätze der Volkspartei verkörpernde Organisation wie die Caritas gemeinsam mit den anderen Flüchtlingsorganisationen über die Grenzen ihrer Kapazitäten hinausgetrieben wird, sondern es ist Aus-

druck des Abrückens des Parteiobermanns Schüssel von „katholischer Soziallehre“ in Richtung einer straffen Organisation der Einflussbereiche – von der Partei bis zu den Ministerien und den im Umfeld angesiedelten Vereinen, bei der Strasser der vielleicht beste Schüler seines Chefs ist. Das beginnt dort, wo eine dem Europarecht entsprechend explizit als unabhängig konzipierte Behörde wie der Bundesasylsenat unter direkte (personelle und finanzielle) Kontrolle des Ministeriums gestellt wird. Das setzt sich dort fort, wo Projekten, die von der EU gefordert und gefördert werden, wie den sogenannten Clearingstellen, die die Unterbringung und psychologische Versorgung von ohne Bezugspersonen nach Österreich geflohenen Minderjährigen erstmals sichern sollen, nur auf ein Jahr oder manchmal auch nur eineinhalb Monate eine Finanzierung zugesprochen wird und die Bewilligung von den Behörden abhängig ist, deren Arbeitsaufwand durch die rechtliche und psychologische Unterstützung der Jugendlichen vervielfacht wird. Seinen ultimativen Ausdruck findet das neokonservative Programm dort, wo den seit Jahren mit Aufgaben wie der Rückkehrberatung und der Schubhaftbetreuung vertrauten Flüchtlingsorganisationen kurzerhand das Geld und die Erlaubnis dafür genommen wird und im Dunstkreis des Ministeriums neue gegründet werden, deren MitarbeiterInnen mit dem österreichischen Recht nicht vertraut und unerfahren sind, bloß weil von ihnen Widerstand nicht zu erwarten ist. Das war also gemeint mit „Neu Regieren“.

Der Pamir zwischen Islam und Ethnisierung

Die Entwicklungen der letzten Jahre in Afghanistan werden auch Auswirkungen auf seine Nachbarstaaten haben. Während sich dabei alle Augen auf die beiden Regionalmächte Iran und Pakistan richten, scheint das kleine Tadjikistan vorerst weiter in der Vergessenheit zu verschwinden.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Während die Sowjetunion 70 Jahre lang eine relativ dichte Grenze zum südlichen Nachbarn Afghanistan zog, werden seit dem Zusammenbruch der UdSSR wieder alte ethnische und religiöse Gemeinsamkeiten beiderseits der Grenze entscheidend für das Verhältnis der beiden Nachbarstaaten. Die Tadjiken bilden nicht nur die Staatsnation der Tadjikischen Republik, sondern sie stellen auch innerhalb der Nordallianz, die seit dem Sturz der Taliban wieder eine wichtige Rolle in Afghanistan spielt, die stärkste und einflussreichste Gruppe. Shah Masud, der kurz vor dem 11. September in Tschetschenien ermordet wurde, galt während des afghanischen Bürgerkriegs als militärischer und politischer Kommandant der tadjikischen Milizen, die am Höhepunkt der Macht der Taliban als einzige noch militärischen Widerstand gegen die international nie anerkannten Herren Afghanistans leisteten. Der an Afghanistan angrenzende Ostteil des jungen Nachfolgestaates der Sowjetunion, die Hochgebirgsregion Gorno-Badachshan war historisch besonders eng mit der Entwicklung des gesamten Großraumes verbunden, in dem er sich befindet. Im Westen Gorno-Badachshans leben wie im äußersten Nordosten Afghanistans überwiegend Angehörige pamirtadjikischer ethno-lingui-

stischer Gruppen, die sich nicht nur sprachlich und kulturell von der tadjikischen Staatsnation unterscheiden, sondern auch religiös. Die erst relativ spät islamisierten Pamirtadjiken sind überwiegend Angehörige der nizarithischen Richtung der ismailitischen Schia, während die Tadjiken überwiegend der sunnitischen Richtung des Islam angehören.

Da das unwirtliche und dünn besiedelte Berggebiet Gorno-Badachshans auch schon vor der Aufteilung des Gebietes durch russische/sowjetische bzw. britische Kolonialherren politischen und ökonomischen Abhängigkeiten zentralasiatischer Stadtkulturen ausgesetzt war und heute der „Nationswerdung“ Tadjikistans ausgesetzt ist, ist es wichtig, die historische und politische Entwicklung Gorno-Badachshans in einen Kontext mit der Staatswerdung und Nationenbildung in Zentralasien zu setzen.

In diesem Zusammenhang gehe ich davon aus, daß Nationen keine naturgegebenen oder natürlich gewachsenen Einheiten darstellen, sondern gedachte Gemeinschaften, die erst durch den Nationalismus mehr oder weniger gewaltsam durchgesetzt wurden. „Es ist der Nationalismus der die Nationen hervorbringt, nicht umgekehrt.“ (GELLNER, 1995: 87) Mit jeder Nationswerdung ist ein Prozeß der nationalen Homogenisierung verbunden, der all jene Grup-

pen an der Rand drängt, die eben nicht der sich zur Nation konstituierenden Herrschaftsgruppe angehören. Nationswerdungsprozesse sind somit immer politische Projekte, die oft auch gegen den Widerstand großer Bevölkerungsgruppen durchgesetzt werden und in ihrer historischen Herausbildung recht jungen Datums sind.

Auch in Zentralasien waren „staatliche Einheiten auf ethnisch homogener Basis [...] in der Geschichte [...] etwas Fremdes und Neuartiges, für das es auch kaum sprachliche Voraussetzungen gab.“ (GEIß, 1994: 102) Während die städtische Bevölkerung überwiegend iranische Sprachen, erst das Sogdische und später Persisch, als Handels- und Alltagssprache benutzte, benutzten die nomadischen Stämme überwiegend türkische Dialekte. Zweisprachigkeit war allerdings auf beiden Seiten eher die Regel als die Ausnahme. Eine Zugehörigkeit zu einer „Nation“ oder einem „Volk“ wurde bis in die Sowjetunion hinein nicht empfunden. Die Identität wurde für StädterInnen vielmehr durch den Bezug auf ihre Stadt, für Stammesangehörige in Bezug auf den jeweiligen Stamm definiert.

Sowjetische Nationalitätenpolitik

Die zentralasiatischen Nationenkonstrukte wurden nicht durch einen „eigenen Staat“

der jeweiligen Nation etabliert, sondern unter sowjetischer Oberhoheit. Die leninsche, v. a. aber dann die stalinistische Nationalitätenpolitik schuf, kreierte die zentralasiatischen Nationen. In den postsowjetischen Nationalstaaten der Region sind weiter die unter Stalin definierten nationalen Gesellschaften maßgebend. Im Gegensatz zu den baltischen Staaten kam es in Zentralasien nicht zu eigenständigen Nationalbewegungen.

Der Imperialismus des zaristischen Russlands wurde im Zuge der Oktoberrevolution modifiziert, in vielen Bereichen jedoch auf die sowjetische Großmachtspolitik übertragen. Wenn Lenin davon ausging, daß es wie „zur Abschaffung der Klassen nur durch die Übergangsperiode der Diktatur der unterdrückten Klasse kommen kann [...] zur unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen nur durch die Übergangsperiode der völligen Befreiung, das heißt Abtrennungsfreiheit aller unterdrückten Nationen kommen“ kann (LENIN, 1916 : 173), geht er damit von einem Nationenkonzept aus, das in Zentralasien unbekannt war. Doch unterschied sich die Vorstellung Lenins bereits zu seinen Lebzeiten deutlich von der sowjetischen Realpolitik. Die Sowjetunion entließ zwar eine Reihe ehemaliger Kolonialgebiete in die Unabhängigkeit, brachte aber teilweise schon innerhalb weniger Jahre wieder unter ihre Kontrolle. Die Sowjetrepubliken Zentralasiens unterlagen dabei mehreren Grenzänderungen; die heutigen Grenzen wurden unter Stalin festgelegt.

Eine wichtige Rolle für die stalinische Nationalitätenpo-

litik spielten dabei die Sprachen, die „Schaffung von Titularsprachen durch die selektive Förderung von lokalen Dialekten, die Einführung des lateinischen Alphabets und die Aufoktroyierung der kyrillischen Schrift als Beginn einer verstärkten Politik der Russifizierung.“ (GEIß, 1994: 107)

Die problematische Nationsbildung

Die zentralasiatischen Nationsbildungen waren mit all jenen Problemen verbunden, die die Schaffung von Nationen mit sich bringen. Zu jeder Nationswerdung gehört eine mehr oder weniger gewaltsame Homogenisierung der Bevölkerung, die schließlich zur Auslöschung anderer kollektiver Identitäten und Minderheiten führt.

In Zentralasien kam es durch die „Durchmischung“ persischsprachiger und türkischsprachiger Bevölkerung schließlich zur Entstehung großer „Nationaler Minderheiten“. Diese bedingten Rivalitäten zwischen den einzelnen sozialistischen Sowjetrepubliken. Insbesondere Tajikistan fühlte sich gegenüber den anderen Republiken benachteiligt, da alle wichtigen urbanen Zentren persischer bzw. tajikischer Kultur der Usbekischen SSR zugeschlagen wurden. Die tajikische Hauptstadt Duschanbe war zum Zeitpunkt der Republikgründung eine unbedeutende Kleinstadt.

Das „große Spiel“

Die weitgehend zusammenhängende Bergregion des Pamir wurde, wie bereits kurz angerissen, erst im Zuge des „großen Spiels“ der Kolonialmächte des 19. Jahrhunderts in verschiedene Nationalstaaten integriert, deren

internationale Grenzen noch heute die Region teilen. Als weitere regionale Macht kam mit der Errichtung eines unabhängigen Afghanistans unter Ahmed Schah Durrani (1747–1773) auch dieser von einer Paschtunenföderation beherrschte Nationalstaat mit ins Spiel, der allerdings schon bald unter britischen Einfluß geriet.

Im Nordteil des von Pamirtajiken besiedelten Landstriches wurde, spätestens mit der Grenzziehung von 1895, das alte Fürstentum Wakhan entlang des Pamir Darya in ein afghanisch und russisch beherrschtes Territorium geteilt. Bis zur Oktoberrevolution spielte jedoch lokale Feudalherren insbesondere der vom Amir von Buchara, vor Ort eine größere Rolle als die Zaren im fernen Petersburg. Die Region galt als wirtschaftlich rückständig und wurde von lokalen Khanen kontrolliert. In Abhängigkeit von Amir von Buchara regierten sie das Land mehr oder weniger despotisch.

Sowjetische Herrschaft

Für die meisten Bewohner des Pamir stellte die russische Revolution eine Befreiung von Ausbeutung und despotischer Herrschaft dar. Die UdSSR brachte dem isolierten Berggebiet einen gewaltigen Modernisierungsschub. Khorog wurde Hauptstadt der Region. Die feudalen Strukturen in der Landwirtschaft wurden grundlegend abgeschafft. Schon 1940 wurde der große Pamir-Highway gebaut, der Khorog mit der Republikshauptstadt Duschanbe verbindet, damit war Gorno-Badakhshan mit den kulturellen und politischen Zentren der Sowjetunion verbunden.

Die Sowjetunion baute in Gorno-Badakhshan eine Gesundheitsversorgung und ein funktionierendes Bildungssystem auf. Bis in die Achtzigerjahre konnten 99% der Bevölkerung lesen und schreiben. Der Einfluss der Religionsgemeinschaften nahm auch in Gorno-Badakhshan, wie in der gesamten Sowjetunion ab. Der Kontakt der ismailitischen Muslime des Pamir zu ihrem religiösen Oberhaupt, dem Aga Khan riß während der sowjetischen Herrschaft ab und konnte erst nach der Unabhängigkeit Tadjikistans wieder aufgebaut werden.

Einen wichtigen Einschnitt für die Bevölkerung Gorno-Badakhshans stellt die sowjetische Afghanistanpolitik der Achtzigerjahre dar, als die von Pamiris bewohnten Gebiete Afghanistans sich plötzlich unter sowjetischer Herrschaft wiederfanden. Vor allem Teile der Wakhi-Bevölkerung im Süden Gorno-Badakhshans erhofften sich Anfangs eine „Wiedervereinigung“ des alten Wakhan, diesseits und jenseits der sowjetisch-afghanischen Grenze, als jedoch die ersten Särge sowjetischer Soldaten aus dem Pamir zurückkehrten, wurde auch im Pamir die Kritik am militärischen Abenteuer in Afghanistan immer lauter. Verbunden damit begannen auch die Ideen afghanischer Mujahedin langsam ihren Weg in die angrenzenden islamischen Republiken der Sowjetunion zu finden.

Tadjikistan ist mit einer Fülle sich überlagernder und überschneidender Konflikte heute einer der instabilsten Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Bereits die ersten Präsidentenwahlen im November 1991 „endeten mit

der Rückkehr der alten Kader: Rachmon Nabijew, 1982 – 1985, Erster Sekretär des ZK der KP der Tadschikischen SSR wurde mit 56,9 % zum Präsidenten Tadschikistans gewählt“ (MANGOTT, 1996: 118). Sein Gegenkandidat Dawlat Chudonasarow, ein Pamiri mit starker regionaler Verankerung in Gorno-Badakhshan, erhielt trotz Unterstützung durch die Islamskaja Partija Wosroschdenija (Islamische Partei der Wiedergeburt, IPW), der Nationalbewegung Rastochez und der Demokratischen Partei (DP) nur 30 %.

Trotz formalem Mehrparteiensystem behielt die neue Regierung Nabijew allerdings einen sehr autoritären Kurs bei. „Die Verhaftung des der Opposition nahestehenden Bürgermeisters von Duschanbe und die Entlassung des Innenministers, eines Pamiri, im März 1992 lösten eine Serie von Demonstrationen, Sitzstreiks und Blockaden – zunächst in Duschanbe, dann auch in den Provinzen – aus.“ (MANGOTT, 1996: 118) Nachdem sich diese Konflikte bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen verschärft hatten, bildete Rachmon Nabijew eine Koalitionsregierung mit der Opposition, die jedoch nur kurzfristig die Konflikte entschärfen konnte. Die Provinzen Chudschand und Kuljab erkannten die neue Koalitionsregierung nicht an, da das auch regional ausgewogenere Kabinett als Bedrohung für die traditionelle Vorherrschaft und Interessen dieser Regionen begriffen wurde. Der Konflikt weitete sich so schnell zum Bürgerkrieg aus. Dabei organisierte sich die Bevölkerung der Provinzen Kuljab überwiegend in der aus Na-

bijews Nationalgarde hervorgegangenen „Volksfront Tadjikistans“, welche in Kurgan-Tjube von Faizali Saidow geführt wurde.

„Die oppositionellen Kräfte, die sich in der ‚Front der Nationalen Rettung‘ (Nijat-i Milli) organisierten, rekrutierten sich vorrangig aus Pamiri und Garmesen, sowohl aus dem Garm-Tal als auch aus Kurgan-Tjube.“ (MANGOTT, 1996: 119) Die Nijat-i Milli wurde dabei von Davlat Usman (russisch: Usmanow) und Schodmon Jusuf (russ.: Jusupow) angeführt. Trotz ideologischer Probleme zwischen den sunnitischen IntegralistInnen der IPW und den ismailitischen Pamiris stellte dieser Glaubensunterschied „kein Hindernis für eine Waffenbrüderschaft [dar]; beide vereint(e) eine extrem traditionalistische Lebensform.“ (MANGOTT, 1996: 119)

Präsident Nabijew wurde im September 1992 vom Präsidium des Obersten Sowjet zum Rücktritt gezwungen und nachdem er sich nach Chudschand abgesetzt hatte vom Pamiri Akbarshah Iskandarow, militärisch unterstützt durch die „Jugend Tadjikistans“, ersetzt. Unter anderem durch die Unterstützung Usbekistans an die alte Regierung und insbesondere an die usbekische Minderheit in der Provinz Chudschand gelang es der alten Regierung jedoch – nunmehr unter dem aus Kuljab stammenden Imomali Rachmonow – wieder die Führung an sich zu reißen. „Massenverhaftungen, Exekutionen und Säuberungen durch die militärischen Einheiten der siegreichen Chudschand-Kuljab-Fraktion verstärkten den ohnehin starken Flücht-

lingsstrom in das angrenzende Afghanistan (ca. 90.000) oder in die unwegsamen Berge von Gorno-Badachschan (ca. 30.000); Schätzungen über den inner-tadschikischen Flüchtlingsstrom reichen bis zu einer Million Menschen.“ (MANGOTT, 1996: 120)

Die gesamten Oppositionsparteien wurden von der Regierung Rachmonow verboten, darunter auch die pamirische Autonomiebewegung La'l-i Badakhshan. Trotz massiver Repression und Unterstützung von Seiten Russlands und Usbekistans war das Rachmonow-Regime aber nicht in der Lage den Bürgerkrieg mit Gewalt zu beenden, weshalb „in 1994 his Russian allies and United Nations representatives pressured him into starting peace talks with the opposition.“ (BROWN, 1996: 26)

Die folgenden jahrelangen Verhandlungen führten zwar zu einem Friedensabkommen, aber „die Umsetzung des am 27. 6. 1997 von Präsident Imomali Rachmanov und Said Abdullo Nuri, dem Führer der muslimischen Gruppierungen der Vereinigten Tadschikischen Opposition (OTO), unterzeichneten Friedensabkommens [...] kommt weiterhin nur schleppend voran.“ (FISCHER, 1999: 770) Erst im Frühjahr 1999 zog Kirgistan seine im Bürgerkrieg eingesetzten Truppen zurück und am 3. August 1999 erklärten die bewaffneten Einheiten der Opposition ihre Auflösung.

Viele der dem Bürgerkrieg zugrundegelegenen Konflikte sind bis heute nicht gelöst. Dazu gehört neben dem Grad an Autonomie für Gorno-Badakhshans v.a. die Frage der usbekischen Minderheit im Norden Tadjikistans, die laten-

ten gegenseitigen Gebietsansprüche Tadjikistans und Usbekistans, die ebenso latenten Gebietsansprüche Kirgistans auf Teile Gorno-Badakhshans und die Frage nach dem islamischen oder säkularen Charakter des Staates.

Die Schaffung einer Tadjikischen Nation ist durch eine Reihe von Schwierigkeiten charakterisiert. Das unabhängige Tadjikistan kehrte zu seinem vorsowjetischen persischen Kulturerbe zurück, was sich ganz wesentlich in der Rückkehr zur persischen Sprache und Schrift äußerte. Dennoch stehen sich religiöse, teilweise islamisch-integralistische Kräfte einerseits und postsowjetische Funktionäre andererseits gegenüber, die sich kaum auf eine gemeinsame „nationale Identität“ des neuen „Nationalstaates“ einigen können.

Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich auch im Verhältnis des Nationalstaates gegenüber seinen ethno-linguistischen und religiösen Minderheiten. Während etwa die Ablehnung eines tadjikischen Nationalismus islamische Kräfte für viele Pamiris attraktiv macht, schreckt der sunnitische Integralismus die mehrheitlich ismailitischen Pamiris wiederum vor einer Unterstützung des sunnitischen Integralismus ab. Politische Identität wird so im unabhängigen Tadjikistan nicht primär über eine Ideologie erzeugt. „Affinitäten zu regionalistischen Parteien, die Konfessionalität, ethnische Herkunft und Sprachgruppenzugehörigkeit betonen, bestimmen neben politischer Ausrichtung die Zugehörigkeit zu neuformierten, Ethnizität betonenden Koalitionen.“ (KREUTZMANN, 1996: 183)

Ein guter Teil der Pamirtajiken unterstützte 1992 den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei Davlat Khudanazar, da er einer der bekanntesten ismailitischen Politiker aus Gorno-Badakhshan ist und somit als Vertreter der eigenen ethno-linguistischen Gruppe gesehen wurde. Die Regierung in Dushanbe vertrieb jedoch den prominenten Politiker, der ins Exil gehen musste. In der Folge riegelte die Regierung die Zufahrtswege nach Gorno-Badakhshan mit der Behauptung ab, „it was necessary to control the movement of the opposition armed groups. The result was the near starvation of the people of GBAO“ (EMADI, 1998: 14), des Gorno-Badakhshanischen Autonomen Oblast.

Tadjikistan und Afghanistan

Neben diesen sich teilweise überschneidenden Konflikten, spielt auch die geographische Nähe zu Afghanistan in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle für den jungen Nationalstaat. Aus Afghanistan konnten leicht islamisch-integralistische Ideen zum nördlichen Nachbar exportiert werden. Die politische Entwicklung in Afghanistan, vor allem der Aufstieg der Taliban, ging an Tadjikistan nicht spurlos vorüber. Auch die vom Palästinenser Scheich Taqi ad-Din gegründete Hizb at-Tahrir, die die Wiedereinführung des Khalifats auf ihre Fahnen geschrieben hat, verzeichnete die letzten Jahre in Tadjikistan, wie in den anderen ex-sowjetischen Republiken Zentralasiens, einen bedeutenden Zulauf. (RASHID, 2002: 151ff) Genauso relevant wie der reale Import

integralistischer Ideen, ist aber die Angst der tadjikischen Regierung vor einer sogenannten „islamischen Gefahr“ die ihre autoritäre Politik international rechtfertigen soll.

Tadjikistan spielte für die Taliban in Afghanistan auch eine nicht zu unterschätzende Rolle als Drogentransitland. Mangels anderer Exportgüter ist in den Jahrzehnten des Bürgerkriegs der Mohnanbau und dessen Verwertung zu einem immer wichtigeren Wirtschaftszweig im südlichen Nachbarland Tadjikistans geworden. „Neben den religiös und machtpolitisch bedingten Konfliktfeldern befindet sich Tadschikistan zusätzlich in einem offenen Krieg gegen die Drogenmafia.“ (MANUTSCHARJAN, 1998: 6)

Autonomiebestrebungen

In Gorno-Badakhshan gelang es weder den Anhängern der Regierung, noch der integralistischen Opposition den Großteil der Bevölkerung hinter sich zu bringen. Im August 1991 gründete sich in Gorno-Badakhshan die „autonomistische Bewegung ‚Rubin von Badachschan‘ (Laʼl-i Badachschan), deren Ziel die Stärkung der Autonomie Gorno-Badakhshans und damit der Pamiri ist.“ (MANGOTT, 1996: 117) Neben dieser Autonomiebewegung genießt die Demokratische Partei, und der aus dem Pamir stammende ehemalige Präsidentschaftskandidat Davlat Khudanazar eine Unterstützung in Teilen der Bevölkerung.

Die Autonomiebewegung Laʼl-i Badakhshan wurde von Atobek Amirbek gegründet, der seither den wichtigsten ideologischen und politischen Kopf der

Bewegung darstellt. Laʼl-i Badakhshan ist bisher nur für einen Ausbau der Autonomie Gorno-Badakhshans eingetreten. Auch wenn es an der Basis der Bewegung einige AktivistInnen geben mag, die für die völlige Unabhängigkeit Gorno-Badakhshans eintreten, dürfte der politischen Führung der Autonomiebewegung klar sein, dass ein unabhängiges Gorno-Badakhshan ein mit größten wirtschaftlichen Problemen kämpfender Kleinststaat wäre, der im wesentlichen aus 90% unwirtlichem Hochgebirge bestünde und in einer solch politisch sensiblen Region ständig mit dem Überleben zu kämpfen hätte.

Ob sich diese gemäßigte Haltung in der Autonomiebewegung als dauerhaft erweisen wird, wird nicht nur von der Autonomiebewegung selbst, sondern auch von der ökonomischen und politischen Entwicklung des tadjikischen Gesamtstaates und seiner Nachbarländer abhängen. Wenn es gelingt Gorno-Badakhshan eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und die Autonomierechte der Minderheiten so weit auszubauen, dass sich die Pamirtajiken weder von einem tadjikischen Nationalstaat noch vom sunnitischen Integralismus bedroht fühlen, sind die Grundlagen für ein gemeinsames politisches Gebilde von Tadjiken und Pamirtajiken auch in Zukunft gelegt. Wenn nicht, könnte sich die labile politische Situation im Pamir aber schnell zu einem militärisch ausgetragenen Konflikt verändern, in dem der Gegensatz zwischen Tadjikistan und pamirischen AutonomistInnen nur eine Frontlinie wäre.

Für die zukünftige Entwicklung der schleichenden Konflikte Tajikistans wird nicht zuletzt die weitere Entwicklung Afghanistans von Bedeutung sein. Insbesondere durch die Rückeroberung Afghanistans durch die Nord-

allianz im Windschatten des US-Angriffes auf Afghanistan spielen dort wieder Tajiken, Pamirtajiken und Usbeken eine bedeutendere Rolle als unter den weitgehend paschtunischen Taliban. Diese Entwicklungen können nicht spurlos am kleinen Nachbarn im Norden vorübergehen. Die weitere politische Entwicklung Gorno-Badakhshans wird aber auch sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten zentralasiatischen Region, sowie von der Politik der Zentralregierung Tajikistans abhängen, der es zwar gelungen ist, die bisherigen bewaffneten Konflikte zu überleben, aber nicht die zugrundeliegenden ökonomischen und politischen Probleme zu lösen. Eine mögliche Ethnisierung des Konfliktes wird v.a. vom Selbstverständnis des neuen Nationalstaates abhängen. Sollte die Regierung einen Staat als einheitlichen Nationalstaat mit einem völkischen Nationalbegriff aufbauen wollen, ist mit Widerstand der Bevölkerung des Pamir zu rechnen. Dasselbe gilt aber auch, wenn sich sunnitische Integralisten durchsetzen sollten, die die schiitischen Bevölkerungen Gorno-Badakhshans als Ketzer betrachten und mit ihnen wohl ähnlich brutal verfahren würden wie die Taliban mit den schiitischen Hazara, die unter Massakern und einer massiven Unterdrückung zu leiden hatten. Nur eine sekulare und nichtnationalistische Politik, die die Interessen der gesamten Bevölkerung berücksichtigt und eine ökonomische Basis für die Region schaffen kann, wird eine Eskalation dieses Konfliktes in Zukunft verhindern können.

Bibliographie

- AKF (Aga Khan Foundation): *AKF Activities in Tajikistan, Informationsschreiben der Aga Khan Foundation an den Autor vom 5. 12.2000*
- ANDERSON, Benedict: *Die Erfindung der Nation, Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Frankfurt/Main, 1996*
- AKINER, Shirin: *Central Asia: Conflict or Stability and Development, London, 1997*
- ATKIN, Muriel: *Tajikistan's Relations with Iran and Afghanistan; in: BANUAZIZI, Ali / WEINER, Myron (Hg.): The New Geopolitics of Central Asia and Its Borderlands, London / New York, 1994*
- BROWN, Bess A.: *Authoritarianism in the New States of Central Asia: An Overview of Post-Independence Politics; in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 1996, 46–1996*
- BUSCHKOW, Walentin I.: *Der innere Konflikt Tadschikistans als regionales Sicherheitsproblem; in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, Köln, 1996, 35–1996*
- EMADI, Hafizullah: *Politics of Transformation and Ismailis in Gorno-Badakhshan, Tajikistan; in: Internationales Asienforum, Vol 29 (1998), No 1–2, p. 5–22*
- FIERMANN, William: *The Soviet „Transformation“ of Central Asia*
in: FIERMANN, William (Hg.): Soviet Central Asia. The Failed Transformation, Boulder / San Francisco / Oxford, 1991, S 11–35
- FISCHER *Weltalmanach: 2000, Frankfurt/Main, 1999*
- GEIß, Georg Paul: *Nationenwerdung in Mittelasien, Diplomarbeit an der Universität Wien, 1994*
- GELLNER, Ernest: *Nationalismus und Moderne, Berlin, 1995; (Oxford, 1983)*
- KREUTZMANN, Hermann: *Ethnizität im Entwicklungsprozeß, Die Wakhi in Hochasien, Berlin, 1996*
- LENIN, Wladimir I.: *Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen) 1916; in: LENIN, Wladimir I.: Ausgewählte Werke, Moskau, 1975, S 170–182*
Language and Ethnicity Issues in Tajikistan,
<http://www.soros.org/tajik/tajketbn.html>, 1.6.2000
- MANGOTT, Gerhard: *Die innere Dimension; in: MANGOTT, Gerhard (Hg.): Bürden Aufgelegter Unabhängigkeit, Neue Staaten im post-sowjetischen Zentralasien, Wien, 1996, S 5–146*
- MANUTSCHARJAN, Aschot: *Tadschikistan: Schnittpunkt des „neuen großen Spiels“ in Zentralasien; in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Aktuelle Analysen, Nr.: 47/1998*
- RASHID, Ahmed: *The Resurgence of Central Asia, Islam or Nationalism?, London, 1995*
- RASHID, Ahmed: *Heiliger Krieg am Hindukisch, Der Kampf um Macht und Glauben in Zentralasien, München, 2002*
- RASULY-PALECZEK, Gabriele: *Einführung in die Völkerkunde Zentralasiens (Skriptum zur Vorlesung), Wien, 1996*
- RÜESCH, Andreas: *Pamir – A Mountain Region in the Throes of Change, Switching Direction in a Post-Soviet World; http://nzz.ch/online/04/_english/back...998/background9810/bg981008pamir.htm*, 1.6.2000
- RUMER, Boris Z.: *The Potential for Political Instability and Regional Conflicts; in: BANUAZIZI, Ali / WEINER, Myron (Hg.): The New Geopolitics of Central Asia and Its Borderlands, London / New York, 1994*
Tajikistan; http://www.sil.org/ethnologue/countries/Taji.html, 1.6.2000
The Peoples of the Pamirs,
http://www.eki.ee/books/redbook/pamir_peoples.shtml, 20.6.2000

Der David der lateinamerikanischen Legende

Antiamerikanismus in Lateinamerika

Buenos Aires am 24. März 2003: Auf der Plaza de Mayo gedenken Menschen der Opfer der argentinischen Militärdiktatur. Am Vortag vor 27 Jahren hatten sich hohe Armeeingehörige an die Regierung des Staates geputscht. Mit Unterstützung der US-amerikanischen Regierung begann eine Zeit der brutalen Repression. Rund 30 000 mutmaßliche Oppositionelle wurden zwischen 1976 und 1983 ermordet oder verschwanden in den Kerkern der Militärs. Seither kämpft Hebe de Bonafini als eine der „Madres de Plaza de Mayo“ für die Aufklärung dieser Verbrechen, schließlich hat sie selbst drei Kinder durch den Terror der Militärdiktatur verloren. Sie gilt als Ikone in diesem Kampf. Auch an jenem Märzsonntag ist sie auf den Beinen.

Wie für viele steht für Bonafini der gerade begonnene Krieg der US-Regierung gegen den Irak im Vordergrund des Protestes. Dieser Krieg gegen „el pueblo iraquí“, das irakische Volk, sei „schlimmer als der Genozid der Nazis“, meint die Argentinierin. In der Hand trägt sie eine Flagge des irakischen Staates, in dem zu diesem Zeitpunkt noch Saddam Hussein regierte, der allein bei den Aufständen im Jahr 1991 etwa 50.000 Oppositionelle hatte liquidieren lassen. Wo Freunde und Feinde der Völker der Welt stehen, darüber hat Hebe de Bonafini noch nie

einen Zweifel gelassen: Auf die Anschläge vom 11. September köpfte sie eine Flasche Champagner.

Mit ihren offenen Sympathien für die Anschläge in den USA steht die „Madre“ nicht allein. In El Salvador sprühten trotzkistische Studenten Parolen, in denen sie den mutmaßlichen Hintermann des Attentates gleich zum „Führer der Menschlichkeit“ erklären: „Viva Osama Ben Laden!! Líder de la Humanidad!!“ Aus überfüllten Kleinbussen in Mexiko-Stadt dröhnten nach den Angriffen Parolen zu Ehren des Islamisten, auf einem Konzert der linken Ska-Band „Tijuana No“ klärt deren Sänger seine Fans über die wahren Verantwortlichen für die Anschläge auf: Es sei kein Zufall, meint der Musiker, dass am 11. September keine Juden im New Yorker World Trade Center gewesen seien.

Sind solche Reaktionen tatsächlich „mehr als verständlich“, wie der im mexikanischen Puebla lehrende Politikprofessor John Holloway meint? Angesichts der Rolle, die die USA in Lateinamerika gespielt hätten, sei es „kaum überraschend“, dass die „Macht“ mit den USA gleichgesetzt und Antiamerikanismus zunehmend hoffähig werde, erklärt der Wissenschaftler stellvertretend für die überwiegende Mehrheit linker Positionen. Dabei zählt Holloway nicht zu den antiimperialistischen

Hardlinern unter den lateinamerikanischen Linksinтеллектуellen. Im Gegenteil: Für seine Kritik an traditionellen Politikvorstellungen, die soziale Emanzipation mit Machtübernahme gleichsetzen, handelt er sich regelmäßig Ärger ein.

Jedoch liegt zwischen der notwendigen Kritik am aggressiven Vorgehen von US-amerikanischen Regierungen oder Konzernen und dumpfem Antiamerikanismus ein weites Feld. Anstatt differenziert Herrschaftsverhältnisse anzugreifen, halten insbesondere Intellektuelle sowie linke Aktivisten und Aktivistinnen am manichäischen Weltbild antiimperialistischer Prägung fest: Hier das „pueblo“, das immer und überall für die gerechte Sache kämpft, dort der Imperialist aus Washington, zu jeder Boshaftigkeit bereit, dient sie doch nur der seelenlosen Profitmaximierung.

Da wird der gemeinsame Kampf des chiapanekischen und des palästinensischen Volkes beschworen, wo unter völlig verschiedenen sozialen und kulturellen Voraussetzungen für vollkommen unterschiedliche Zielgerungen wird, ganz abgesehen davon, dass der Charakter des US-amerikanischen Einflusses in den beiden Regionen nicht zu vergleichen ist. Trotzdem erklärte die guatemaltekeische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú allen Ernstes bei ei-

VON MARY KREUTZER UND WOLF-DIETER VOGEL*

*) Wolf-Dieter Vogel arbeitet als Journalist in Mexiko-Stadt, unter anderem für die alternativen Nachrichtenagenturen *Onda* und *Poonal*.



Antikriegsdemo April 2003,
Mexiko City

ner Antikriegsdemonstration am 15. Februar 2003 vor der US-Botschaft in Mexiko-Stadt, während einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Botschaftswände unter „Stop Baby Hitler“-Rufen mit roten Farbbeuteln bewarfen, andere trotz der Hitze in solidarischen Intifada-Accessoires gewickelt applaudierten, nach dem Irak könnte Chiapas mit seinen Ölvorräten das Ziel von US-Geschossen sein.

Warum der große Feind aus dem Norden ausgerechnet jene Region in Schutt und Asche legen soll, über deren Verwertung seit Jahren im Rahmen der Projekte „Plan Puebla Panamá“ (PPP) und „Biokorridor Mesoamerika“ verhandelt wird, bleibt das Geheimnis Menchús. Derzeit ist man zwar bei der in Washington ansässigen Interamerikanischen Entwicklungsbank darüber verärgert, dass die mexikanische Regierung trotz millionenschwerer Anleihen noch kein einziges Vorhaben des PPP umgesetzt hat. Als Kriegsgrund dürfte mexikanisches Verbindlichkeits- und

Zeitverständnis allerdings kaum reichen. Zudem sind konservative Nichtregierungsorganisationen nicht erfolglos in ihrem Bemühen, US-amerikanischen Pharmakonzernen den Zugang zu Bodenschätzen und biologischer Vielfalt zu verschaffen.

Dass die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN einheimischen und internationalen Investoren ein Dorn im Auge ist, daran besteht kein Zweifel. Doch den wohl bedeutsamsten Vorstoß unter internationaler Beteiligung gegen die Guerilla hat nicht der böse Gringo zu verantworten: Nach Angaben des EZLN-Subkommandanten Marcos war es die sozialdemokratische Regierung des Spaniers Felipe Gonzalez, die den mexikanischen KollegInnen Hilfe angeboten hatte. Schließlich hat man in Madrid ausreichend Erfahrung mit „Terrorismusbekämpfung“.

Ungeachtet solcher Tatsachen gärt in Lateinamerika bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit eine Mischung aus nationalistischen und an-

tisemitischen Ressentiments. Ihre Zutaten bestehen aus wild konstruierten Verschwörungen und kulturalistischen sowie vulgärmarxistischen Zuschreibungen. Der Hauptfeind materialisiert sich in den USA, ergänzt wird er durch den „kleinen Satan“ Israel. Ob auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre oder auf Antikriegsdemonstrationen in Mexiko-Stadt, nirgends fehlen die Plakate, T-Shirts oder Pamphlete, auf denen US-Präsident George W. Bush und Israels Regierungschef Ariel Sharon mit Hitler gleichgesetzt werden.

Natürlich kann man von den vielen jugendlichen DemonstrantInnen kaum erwarten, dass sie sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus auseinandergesetzt haben. Für sie ist Hitler schlicht das Non-Plus-Ultra der Brutalität und ihr Vergleich folgerichtig Ausdruck radikaler Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse, die sie in Bush oder Sharon personifiziert sehen. Doch diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Sie reproduziert den Diskurs derjenigen, von denen historische Genauigkeit und Analysefähigkeit einzuklagen wäre: die professionellen linken KommentatorInnen, die lateinamerikanische politische Debatten maßgeblich prägen. Zum Beispiel im mexikanischen Blatt „La Jornada“: In der bedeutsamsten linken Tageszeitung Lateinamerikas darf der US-Soziologe James Petras ständig und über Seiten hinweg darüber informieren, wie die „Architekten des Krieges“ aussehen: „Zwei Schwarze, ein paar Anglosachsen, etliche Juden und ein Hispano-Amerikaner.“

Sicher zählt der Antiimperialist Petras zu den Hardli-

nern. Ähnliche Haltungen finden sich jedoch auch in den Artikeln der meisten lateinamerikanischen Nachrichtengagenturen linker Prägung. Vergleiche etwa zwischen dem Warschauer Ghetto und den Zuständen nach dem israelischen Angriff auf das palästinensische Jenin sind weit verbreitet. Wen wundert es da noch, dass Demonstranten und Demonstrantinnen in Mexiko-Stadt immer wieder „Juden raus aus Palästina“ fordern. Derlei Gedankengut ist zudem nicht auf die Linke beschränkt. In der bürgerlichen Tageszeitung „Excelsior“ beschreibt beispielsweise Isidro Herrera Hernández den Irak-Krieg als ein seit 1974 geplantes Projekt von „extremistischen und weltbeherrschenden Gruppen rund um rechte US-Politiker, Juden und Militaristen“. Diese „heilige Kaste hat ihre Eier in den USA gelegt und die öffentliche Meinung mit ihrem Hass auf Muslime infiziert,“ um „drei Milliarden Menschen, in erster Reihe die islamischen Völker“ mit Atombomben zu vernichten.

Die Professorin und Kolumnistin Esther Shabot (siehe Interview auf Seite 18) kann solche Texte kaum mehr lesen. Die mexikanische Jüdin beschäftigt sich seit 30 Jahren mit Antisemitismus in Lateinamerika. Seit 18 Jahren stellt man ihr im „Excelsior“ als Exotin wöchentlich eine Kommentarspalte über den Nahen Osten zur Verfügung. Die Hoffnung auf Bündnispartner in der Linken hat Shabot so gut wie aufgegeben. Unter der Fahne des Fortschritts und des Antirassismus verbreite die Jornada „Lügen und Verdrehungen“ und helfe dabei, „Rassismus und Antisemitismus“ zu verbreiten. Man vermische alles, sagt sie,

„Israel, die israelische Regierung, den Zionismus, Sharon, die Juden auf der ganzen Welt und die amerikanischen Juden, Bush – das alles kommt in einen Topf, um daraus eine diabolische Verschwörung zu konstruieren.“ Frage man jedoch „Durchschnittsmexikaner“, wo Israel geographisch liege oder wie groß denn die jüdische Gemeinde in den Vereinigten Staaten sei, könnten sie darauf keine Antwort geben.

Antinordamerikaner zu sein, so Shabot, bedeute fast per Definition, auch Antizionist zu sein. „Und bist du erst mal Antizionist, ist der Schritt zum Antisemiten in den meisten Fällen fast automatisch getan.“ Angesichts der Geschichte des Landes, etwa der Annexion eines Teils durch die USA im 19. Jahrhundert, wundert sie sich jedoch nicht über die antiamerikanischen Gefühle, die „in der mexikanischen Gesellschaft Wurzeln geschlagen“ haben. Trotzdem spricht sie von einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und betont die Nähe, die zwischen den Menschen beider Staaten bestehe: „Im kulturellen Bereich gibt es hier eine große Menge an US-Produkten, man hört viel nordamerikanische Musik, man reist gern als Tourist in die USA.“

Die Einflüsse des US-amerikanischen Lebensstils sind an vielen Ecken Mexikos präsent: Die Prachtstraße „Reforma“ in der Hauptstadt gleicht einer Mischung aus US-amerikanischem Prunk und mexikanischem Straßenhändlerchaos. An der Nordgrenze des Staates hat sich längst eine eigene Kultur entwickelt, die mexikanische und US-Elemente miteinander verbindet, und auch die rund 18 Millionen in den Vereinigten Staaten lebenden Mexi-



kaner und Mexikanerinnen hinterlassen bei jedem Besuch in der alten Heimat Spuren.

Dass diese Vermischung der Lebensstile ganz im Sinne des Hegemonietheoretikers Gramsci nicht ausschließlich auf Zwang, sondern auch auf Konsens beruht, dass viele Aspekte des US-amerikanischen Einflusses affirmativ und ganz selbstverständlich aufgenommen werden, will man in der Linken nicht wahrhaben. Wer in Lateinamerika besonders radikal sein will, boykottiert spätestens seit Beginn des Irak-Krieges McDonalds, Walmart und Coca-Cola. Die freien Radiomacher „radialistas apasionadas“ erklären in einem kurzen Spot, wie's geht: Während die Kinder nach Cola, Hamburger und Fritten schreien, klärt Pappi so lange über das ungesunde und bluttriefende Fastfood aus den USA auf, bis

auch die Kurzen verstanden haben: „Wir kaufen nichts aus Gringolandia. Unseres ist Unseres und das ist sauber. Das von ihnen kommt getränkt mit irakischem Blut.“

Die dahinter verborgene Überhöhung einer wie auch immer definierten „eigenen Kultur“ gegen Fremdes, in der Regel verkörpert in der vermeintlichen US-Dekadenz, zieht sich jedoch durch die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche Lateinamerikas. Notwendige politische Forderungen wie etwa Maßnahmen zum Schutz der ländlichen Ökonomie vor der übermächtigen Konkurrenz aus dem Norden werden häufig mit einer Mystifizierung der „eigenen“ Geschichte oder der nationalen Identität angereichert, die es zu verteidigen gelte.

Der chilenische Schriftsteller Jorge Edwards, der sein Land 1973 nach dem Putsch von Pinochet verlassen musste, sieht die Wurzeln des „antianquismo latinoamericano“ im antiimperialistischen Weltbild, jenem „Hass, der aus den Eingeweiden kommt“ („antianquismo viceral“) und als Leidenschaft und Ideologie seit jeher politische Zusammenhänge verkürze und vereinfache. Mit einer radikalen Kritik am Agieren der USA in Lateinamerika habe dieser Antiamerikanismus nichts zu tun.

Als die kubanische Revolution nach 1959 ihren Weg suchte, bot sich der Antiamerikanismus für den anfangs noch antikommunistisch eingestellten Fidel Castro als nützliches Instrument. Kuba wandte sich bald der Sowjetunion zu. Jene AkteurInnen, die etwa auf dem „Tercermundismo“, der unabhängigen und bündnisfreien Dritt-Welt-Orientierung

bestanden, verschwanden innerhalb weniger Wochen von der politischen Bühne. So auch Camilo Cienfuegos, der den dogmatischen Antiamerikanismus vieler seiner KampfgenossInnen nicht teilte und ein Jahr nach dem triumphalen Einzug der Revolutionäre in Havanna auf bis heute ungeklärte Weise samt der Cesna, in der er reiste, verschwand.

Edwards plädiert für eine radikale Selbstkritik der lateinamerikanischen Linken. Diese solle sich einer grundlegenden Therapie unterziehen. „Der David der lateinamerikanischen Legende ist ein neurotisches, engstirniges und halbparanoides Wesen.“

Soziale Widersprüche verschwinden so hinter simplen Gegensätzen wie Nord versus Süd. Beispielsweise bei der in Kuba lebenden chilenischen Autorin und prominenten Chronistin der lateinamerikanischen Linken Martha Harnecker. Wenn die ehemalige Althusser-Schülerin zur gemeinsamen Front von „nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt mit der Antiglobalisierungsbewegung des Nordens“ gegen die „Metropolen“ mobilisiert, dann unterschlägt sie, dass es auch in den Ländern des Südens Schichten gibt, die von der kapitalistischen Vergesellschaftung profitieren. Und dass in zahlreichen Fällen, etwa in Argentinien, heimische Machthaber erheblich zum Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien beigetragen haben, nimmt die renommierte Chronistin der lateinamerikanischen Linken offenbar hin – oder gar nicht erst zur Kenntnis.

Wohin eine solche Weltansicht führen kann, verkörpern Leute wie Mario Polanco. Der ehemalige Leninist

und Mitbegründer der guatemalteckischen GAM, einer der wichtigsten Gruppen im Kampf gegen die Militärdiktaturen, setzt heute auf eine „patriotische und nationalistische“ Politik in Kooperation mit der Bourgeoisie. Deshalb werde er nicht auf den Sozialismus warten, sondern mittels einer nationalen etatistischen Entwicklungspolitik seinem Land dienen. Während sich viele Genossen und Genossinnen auf diesem Weg längst von der Revolution verabschiedet haben, steht für Harnecker fest: „Die neofaschistische Militärdiktatur USA“ und deren „Gestapo-Methoden“ ist der Hauptfeind.

Poetischer und differenzierter beschreibt Schriftsteller Eduardo Galeano die USA als „Konsumgesellschaft“, die in ihrer „Trunksüchtigkeit und Panik vor Entzugserscheinungen“ nach Erdöl, „dem schwarzen Elixier“ geifert. Die weltweite Medienlandschaft und deren ebenso komplexe wie widersprüchliche Wirkungsweise reduziert er auf eine „Wortverdrehungsmaschine“ für den Krieg, die „uns“ Botschaften wiederholen lässt, „die sie in unser Inneres pflanzen“.

Das dürfte im Sinne Harneckers sein. Die Autorin will in ihrem Kampf gegen die „Konzentration und Grenzenlosigkeit des Finanzkapitals“ die Bevölkerung „mittels einer einfachen und konkreten Sprache“ einbeziehen. Der Politologe Holloway plädiert sogar dafür, die anfängliche Begeisterung über den 11. September nicht zu vergessen, sonst verliere man „die Berührung zu der tiefgründigen Reaktion gegen kapitalistische Macht in der ganzen Welt.“ Man dürfe die „O-sa-ma, O-

sa-ma“-Rufe nicht zurückweisen, sondern von ihnen aus und über sie hinausgehen, erklärt der Marxist.

Genau in solchen Auffassungen sieht der mexikanische Politologe Samuel Schmidt die größte Gefahr. Für den Professor der Autonomen Universität in Ciudad Juárez stehen die unzähligen Hitler-Bush-Sharon-Vergleiche im direkten Zusammenhang mit der „Unwilligkeit gewisser politischer Strömungen und derer Vertreter, komplizierte Zusammenhänge“ zu verstehen und zu analysieren. „Irgendwann setzen sich diese vereinfachten Bildern in den Köpfen fest“, sagt Schmidt. „Wiederhole diese Lüge noch tausendmal, und die Dummen haben ihre Fahne“. Und: „Am Ende gelten Israel und der Zionismus als konsequenter Ausdruck des Imperialismus und die Juden als Verkörperung des Bösen schlechthin.“

Schmidt steht mit seiner Kritik nicht ganz alleine da: In einer Ausgabe der mexikanischen Zeitschrift „Letras Libres“, die sich mit antiamerikanischen Ressentiments beschäftigt, erinnert auch David Rieff an den Satz von August Bebel: „Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls“. Das liberale Blatt, das von der „Jornada“ als kriegstreibende „Yankee-Soldateska“ diffamiert wird, wurde einst von einer Gruppe um den Literaturnobelpreisträger Octavio Paz gegründet, die sich schon durch ihre Kritik am Stalinismus in der Linken Feinde gemacht hat. Heute sind es Sätze wie die von Rieff, die provozieren: „Opferrolle und Tugend gehen nicht unbedingt Hand in Hand (...) Nicht jede Rebellion gegen die Imperien führt zu einer Verbesserung des Status Quo.“

„Sogar am Erdbeben waren wir Juden schuld ...“

Antisemitismus in Mexiko. Ein Interview mit Esther Shabot

Der Krieg gegen das Ba'th-Regime im Irak zog in Mexiko heftige Emotionen und breite Ablehnung seitens der Friedensbewegung und der Regierung nach sich. Wie hast du diese letzten Monate wahrgenommen?

Die Position der mexikanischen Regierung, die von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde, war gegen diesen Krieg. Es kam wiederholt zu Demonstrationen und Kundgebungen vor der US-Botschaft, die mit aggressiven Angriffen wie Steineschmeißen, Abfackeln von US-Fahnen oder Sprühen von Graffiti verbunden waren. In Mexiko existiert ein stark ausgeprägtes antiamerikanisches Ressentiment. Sie haben in verschiedenen Sektoren der Gesellschaft Wurzeln geschlagen. Das kann mit historischen und geographischen Argumenten erklärt werden. Als Nachbarland der USA ereigneten sich einige Geschehnissen, die die Vereinigten Staaten als unver-schämt erscheinen lassen, als egoistisch, als Großmacht, die nur auf eigene Vorteile bedacht ist und schwächere Länder überrumpelt. Man vergisst nicht so schnell, dass die USA Mexiko im 19. Jahrhundert einen Großteil des Staatsgebietes abnahm, dass sie mit ihrem Heer im selben Jahrhundert in Mexiko intervenierten oder auch während der mexikanischen

Revolution eine negative Rolle spielten. Das Gefühl, dass der Austausch zwischen beiden Ländern ein ungleicher ist, dominiert.

Also ist ständig dieses Ressentiment präsent, das sich mit der Bewunderung der nordamerikanischen Gesellschaft und deren Erfolg, Reichtum und Disziplin vermischt. Im kulturellen Bereich gibt es in Mexiko eine große Palette an US-Produkten, man hört viel nordamerikanische Musik, man reist gerne als Tourist in die USA oder um zu shoppen. Außerdem gibt es große Migrationswellen Richtung Norden, ungefähr 18 Millionen Mexikaner und Mexikanerinnen, die auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen auswanderten, leben heute in den USA. Ein Teil von ihnen lebt heute legal, andere mit ungeregeltem Aufenthalt. Sie überweisen Teile ihres Lohns nach Mexiko: die größten Deviseneinnahmen im Land stammen von diesen Geldern. Es existiert also ein Abhängigkeitsverhältnis.

Das betrifft auch Investitionen. Seit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen Kanada, USA und Mexiko konzentriert sich der Großteil des mexikanischen Handels und der Exportwaren auf Nordamerika. So entsteht eine paradoxe Situation. Einerseits existieren sehr starke antiamerikanische Ressentiments im kulturellen Bereich und im Kontext ei-

nes gewissen Geschichts-bewusstseins, andererseits wird die USA durch die wechselseitigen Beziehungen von Abhängigkeit, Austausch, MigrantInnen usw. für Mexiko extrem wichtig.

Während der Antikriegsproteste kam es in Mexiko immer wieder zu antisemitischen Kundgebungen. So wurde etwa auf Transparenten „Stoppt die zionistische Lobby“ gefordert oder Israel mit dem Nationalsozialismus verglichen. Wie hat sich diese Situation für dich als mexikanische Jüdin, die als Professorin und Journalistin ständig mit diesen Attacken konfrontiert ist, ausgewirkt?

Ein Faktor ist die Identifizierung der USA als Regierung, Land oder Gesellschaft mit dem israelischen Staat. Es scheint so, als wären diese beide Länder eine Art Bündel oder Verein, der auf internationaler Ebene politische Vorteile erhascht. Israels Position im israelisch/palästinensischen und gesamtarabischen Konflikt wird ständig disqualifiziert oder verurteilt. Dies geschieht meist in Unkenntnis dieser Konflikte, der historischen Wurzeln und der Konsequenzen, denn die meisten MexikanerInnen haben keine blasse Ahnung über die Entstehung Israels und die konfliktiven Wurzeln der Region. Man analysiert ohne Kenntnis über historische Fakten und benützt hier-

Die Soziologin Esther Shabot unterrichtet an verschiedenen mexikanischen Universitäten und Privateinrichtungen Internationale Politik mit Schwerpunkt Naher Osten und Judentum. Sie ist Autorin mehrerer Bücher und Kolumnistin der Tageszeitung Excelsior.

VON MARY KREUTZER UND WOLF-DIETER VOGEL

Wer nicht lesen mag, die höre:
 „Sogar am Erdbeben waren wir Juden schuld!“
 Ein Interview mit Esther Shabot im Radioprogramm von Context XXI
 → siehe Seite 41

für ein verkürztes Schema. Man schaut sich an, wer von den USA unterstützt oder beschützt wird und damit ist klar, wer der Bösewicht ist und wer im offiziellen Diskurs als Opfer erscheint. Nach diesem Muster sind die PalästinenserInnen in erster Linie Opfer, zuerst von Israel und dann von den USA.

Man spricht von der einflussreichen jüdischen Gemeinde in den USA, ohne genau zu wissen wie viele Jüdinnen und Juden tatsächlich dort leben. Trotzdem scheint es zum Allgemeinwissen zu gehören, dass die Juden in Amerika über ungeheure Macht verfügen. Das geht oft gar soweit, dass sie angeblich die Politik dieser Großmacht bestimmen.

All das führt in Krisenzeiten wie der jetzigen zu scharfen kritischen Tönen gegenüber Israel, das abgelehnt und gehasst wird. Es tauchen vermehrt antiisraelische Graffiti etwa an Universitäten auf, neben US-amerikanischen werden auch israelische Fahnen verbrannt oder der Davidstern verzerrt und als Hakenkreuz dargestellt, mit der Absicht, den Zionismus und den israelischen Staat mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen und Israel als faschistischen, repressiven, intoleranten und rassistischen Staat zu definieren, der sich weigert, die Rechte der PalästinenserInnen zu akzeptieren. Ab diesem Punkt ist der Schritt zum Antisemitismus getan. Die meisten MexikanerInnen können nicht einmal zwischen Jüdinnen und Juden einerseits und Israelis andererseits unterscheiden. Beide werden synonym benützt, man hat keine Ahnung den legalen Status der Juden Mexikos und Israels betreffend.

Zusätzlich ist Mexiko ein vorwiegend katholisches Land mit einer langen Tradition von Vorurteilen und Stigmatisierungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Israel wird innerhalb dieser Tradition verteufelt. Dieser Antisraelismus sowie Antizionismus und die Kritik am Staat Israel und dessen Regierung finden nicht selten Ausdruck in Graffiti, Zeitungsartikeln oder Radiosendungen, die eine US-jüdische Weltverschwörung herbei-phantasieren. Oft wird Israel einfach durch „die Juden“ ausgewechselt.

Diese Situation führt in Mexiko dazu, dass die jüdischen Einrichtungen und Institutionen ihre Sicherheitsmaßnahmen verstärken mussten. Denn in diesen Krisenzeiten passiert es oft, dass Anrufe mit Bombendrohungen in jüdischen Einrichtungen eintreffen. Die jüdische Gemeinde wird zurzeit als Teil des kriegerischen Unternehmens im Irak wahrgenommen.

Kann man sagen, dass in diesem Sinn die antiamerikanische der antisemitischen Ideologie sehr nahe steht?

Ja, beide sind Teil einer Gleichung. Antinordamerikaner zu sein bedeutet fast per Definition Antizionist zu sein. Und bist du erst mal Antizionist, ist der Schritt zum Antisemit fast automatisch getan. Denn innerhalb dieser Unkenntnis über Zionismus, Israel und die Juden scheint es keine Grenzen für Definitionen zu geben. Alles wird als Teil einer Einheit imaginiert. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, eine DurchschnittsmexikanerIn zu fragen, wo dieses Land Israel geografisch liegt. In den

meisten Fällen wird man darauf keine richtige Antwort erhalten. Israel nimmt jedoch in den Medien überdurchschnittlich viel Platz ein.

Du sprachst von Krisenzeiten, die die jüdische Community in Mexiko direkt betreffen und in denen etwa wie momentan verstärkte Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden müssen. Welche Erfahrungen hast du in diesen Zeiten gemacht?

Zuerst möchte ich sagen, dass der Antisemitismus in Mexiko weder mit dem historischen noch mit dem aktuellen Antisemitismus in Europa oder etwa in Argentinien vergleichbar ist. In Mexiko kam es noch zu keinen größeren physischen Übergriffen. In der gesamten Geschichte des Landes wurde noch niemand aus antisemitischen Motiven ermordet. Hier äußert sich das Phänomen eher in der Berichterstattung, dem Umgang und den Äußerungen über Israel, Zionismus oder Juden.

Sehr wohl ist es in Krisenzeiten immer wieder zu Friedhofsschändungen gekommen. Wenn auf der Universität Vorträge beispielsweise vom PLO-Vertreter stattfinden, kommt es zu sehr enthusiastischen Reaktionen seitens der Studierenden und des Lehrkörpers. Nicht selten werden Parolen wie „Juden raus aus Palästina!“ und „Juden raus aus Mexiko!“ skandiert. Fast automatisch wird ein Zusammenhang zwischen dem israelisch-palästinensischen Konflikt und den mexikanischen Juden hergestellt. Nach der israelischen Invasion im Libanon 1982 kam es in Universitäten zu Protestaktionen, die aggressive Stimmung richtete sich

ausschließlich gegen Israel. Ich musste mir als Studentin und als Professorin ständig nicht nur antiisraelische oder antizionistische, sondern auch antisemitische Statements anhören. Das passiert immer wieder.

Viele dieser Krisen bezogen sich in irgendeiner Form auf Vorgänge rund um den Nahen Osten, aber nicht alle. Immer wieder waren es die Juden, die als leicht zu identifizierende Bevölkerungsgruppe und mit dem gesamten Background als Sündenbock dienten. Im Zuge des Erdbebens in Mexiko City von 1985 starben Tausende von Menschen unter den Trümmern von einstürzenden Gebäuden, einige wenige waren auch Textilgeschäfte jüdischer Besitzer. Zwei Wochen später erschienen in der hiesigen Presse Artikel, die die Schuldigen ausmachten: die geldgierigen Juden, die zu geizig gewesen seien, erdbebensichere Gebäude für ihre ausgebeuteten Näherinnen zu bauen. Ich muss dazusagen, dass in ganz Mexiko verstreut 40.000 Jüdinnen und Juden der verschiedensten sozialen Schichten leben. Die Hälfte davon sind unter 18 Jahre alt. Mexiko-Stadt hat eine Einwohnerzahl von etwa 20 Millionen. Den Rest kann man sich ausrechnen.

Es folgten antisemitische Graffiti und Drohanrufe in jüdischen Institutionen, also alles Dinge, die wir von anderen Krisen kennen, etwa der von 1982, als im Zuge des Ölpreisverfalles auch Mexiko als großes erdölproduzierendes Land in eine Wirtschaftskrise rutschte. Der Präsident López-Portillo entschied angesichts der Krise, das Bankenwesen zu verstaatlichen. Die Verstaatlichung sicherte ihm die Un-

terstützung breiter linker Sektoren, während viele UnternehmerInnen mit Skepsis oder Panik reagieren und ihre Reichtümer ins Ausland transferierten. In dieser angespannten Situation kam es zu so unglaublichen Zeitungsüberschriften wie „Die Haupt-Dollar-Rausbringer sind Juden!“ Solche Situationen sind bedrohlich, denn ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet und der Sündenbock lokalisiert, wird die jüdische Gemeinde als Verräter, als unpatriotisch, als unsolidarisch gegenüber Mexiko diffamiert.

Wie kommen jüdische StudentInnen in dieser Umgebung zurecht?

Für die meisten ist das wirklich ein Problem. Sie sind zwischen 18 und 24 Jahre alt und kommen vom relativ geschützten Raum jüdischer Schulen direkt auf die nationalen Universitäten. Dieser Schritt kann traumatische Erlebnisse zur Folge haben und persönliche Krisen auslösen. Die plötzliche Konfrontation mit der aggressiven antisemitischen Haltung der Mehrheitsbevölkerung ist ein Schock für viele StudentInnen, die manchmal, je nach Bildungsgrad, noch nicht über genügend Argumente verfügen, um diese Diskurse zu entkräften. Manche haben durch den Familienhintergrund oder persönliches Interesse sehr wohl das nötige Wissen, um den Anfeindungen entschieden entgegenzutreten, aber andere fühlen sich wehrlos und verarbeiten den emotionalen Schock auf verschiedene Art und Weise. Einige informieren sich und rüsten sich mit argumentativen Waffen aus, um dem Druck standhalten zu können; ande-

re gehen in die innere Emigration und vermeiden die ständigen Verletzungen dadurch, dass sie auf das Thema einfach nicht mehr eingestiegen; und dann gibt es auch extreme Fälle, in denen junge Menschen sozusagen desertieren, die Universität verlassen und sich in geschützte Umgebungen begeben.

Und dann sind da auch noch jene StudentInnen, die die extrem kritischen und oft antisemitischen Argumente übernehmen, die sich mit ihrer Umgebung emotional identifizieren und einen fast pathologischen Prozess durchmachen, der sich in Selbsthass und der Ablehnung ihrer selbst äußert. Man will kein Jude sein, will nicht mehr mit Israel identifiziert werden. Um der Mehrheitsbevölkerung anzugehören, um nicht ausgegrenzt und endlich akzeptiert zu werden, wechseln sie die Fronten und werden zu den hitzigsten Kritikern Israels und des Judentums. Diesen Vorgang kennen wir auch aus den 70er Jahren, als jüdische StudentInnen, die sich der Linken zugehörig fühlten, ihre jüdischen Bindungen aufgeben mussten, um sich in linke Strukturen integrieren zu können. Dort galt Israel und der Zionismus schließlich als negativ und fast schon als obszön.

Gibt es in Mexiko linke Gruppen, die in Bezug auf Israel sensibilisiert sind?

Diese Situation hat sich im Laufe der Zeit verändert. Vor dem '67er Krieg gab es in der Linken noch Menschen, die eine gewisse Sympathie für Israel zeigten. Gaza und das Westjordanland waren noch nicht erobert und die Sowjetunion und der Ostblock pflegten noch Beziehungen

mit Israel. 1948 hatten ja gerade diese Länder die Staatsgründung begünstigt und geholfen, den Unabhängigkeitskrieg zu gewinnen. Dies führte in den 50er und 60er Jahren dazu, dass es linke Gruppen gab, die sich positiv auf Israel bezogen. Als nach 1967 die meisten kommunistischen Länder die Beziehungen zu Israel abbrachen, war für mexikanische Linke, die sich ja mehrheitlich ideologisch auf die Sowjetunion bezogen, klar, wer „das Böse“ verkörperte.

Es gab jedoch auch rühmliche Ausnahmen, deren kritischer Geist und intellektuelle Fähigkeiten sie zur Ablehnung des Schwarz-Weiß-Denkens führte. Oft hatten sich diese Menschen Kenntnisse über den Nahen Osten angeeignet, waren informiert über die Geschichte des Konflikts etwa durch den Austausch mit israelischen Professoren oder sie lernten die jüdische Perspektive durch persönliche Bekanntschaften kennen.

In den 70er und 80er Jahren hatte der israelische Gewerkschaftsbund Histadrut Repräsentanten in Lateinamerika. Man wollte Kontakt zu den großen Gewerkschaften in Mexiko aufbauen. Dieser Austausch führte dazu, dass in kleinen Sektoren ein verändertes Bild von Israel und vom israelisch-palästinensischen Konflikt entstand. Das beschränkte sich jedoch auf einige wenige VertreterInnen der Linken. Die große Mehrheit ist bis heute in den Schemen und Stereotypen des Kalten Krieges gefangen. Die Parole „Israel ist der Brückenkopf des nordamerikanischen Imperialismus“ ist nach wie vor vorwiegend präsent und unwidersprochen. Sie erlebte jetzt ein Revival.

Anfang des 20. Jahrhunderts kam es in Mexiko zu Pogromen an ausländischen HändlerInnen, etwa 1911, als über 300 ChinesInnen in Torreón ermordet wurden. In den 20er Jahren formierten sich die ersten antisemitischen Organisationen und es folgten weitere Ausschreitungen, v.a. gegen Juden und Chinesen. Wo siehst du die Wurzeln dieses starken Antisemitismus?

Ich hörte einmal die Definition von Antisemitismus, der mit einem mutierenden Virus verglichen wurde: er verändert ständig sein Äußeres und seine Zusammensetzung, um überleben zu können. Zuerst gibt es die Basis eines religiösen Antisemitismus im Zusammenhang mit der Rolle, die den Juden im Christentum rund um die „Ermordung von Jesus Christus“ zu-

geteilt wurde und welche in einem katholischen Land wie diesem immer präsent ist. Auf diese Grundlage wurden im Laufe der Jahre verschiedene andere Schichten aufgelegt. So übernahmen in den 1930er Jahren einige Sektoren der mexikanischen Gesellschaft den rassistisch begründeten Antisemitismus, der von den Nazis in ganz Lateinamerika verbreitet worden war. Die jüdische Einwanderung war erst kurz vorher erfolgt und somit war die naheliegendste Betätigung die der fliegenden Händler. Bald folgten Demonstrationen und Kundgebungen nicht-jüdischer Händler gegen die angeblich „unredliche Konkurrenz“. Man konnte dabei auf die importierte Ideologie der Nazis zurückgreifen, welche Juden als Parasiten, gesellschaftszersetzende Elemente, Blutsauger und Ausbeuter bezeichnete. Es gründeten sich Gruppen wie etwa die Camisas Doradas (Goldhemden) mit einem offen und offiziellen antisemitischen Diskurs. Es entstanden legale Vereine wie die „Antijüdische und antichinesische Liga“. Mit dem Niedergang des Nationalsozialismus und der Diskreditierung seiner Lehren verlor auch die Rassistheorie an Bedeutung im antisemitischen Diskurs. Aber es blieb das Bild des opportunistischen, egoistischen Juden, der sich nicht in die nationale Gemeinschaft einfügen will, der unter sich bleibt, usw. Mit dem Wissen um das, was den Juden in Europa angetan wurde, wurden diese antisemitischen Gefühle versteckt und unterdrückt.

Während der ersten Jahre des israelischen Staates wurde dieser ob der Hindernisse, die bewältigt wurden und auch wegen der landwirt-

schaftlichen Projekte bewundert. 1967, als Israel aus der ständigen Defensive und der Position der Schwäche austrat und durch den Sechstagekrieg das Image eines militärisch erfolgreichen Staates bekam und die UdSSR die Beziehungen abbrach, tauchten wieder die antisemitischen Argumentationsmuster auf.

In Mexiko gibt es im Unterschied etwa zu Argentinien keine nennenswerten Schriften, die von den Nazis nach dem Krieg verbreitet wurden und den Boden für antisemitische Haltungen und Aktionen düngten. In Mexiko gab es deshalb auch keine vergleichbare Dynamik.

Nach '67 kam es im Land zu einer breiten Solidarisierung mit jenen, die man als Opfer imaginierte. Die so genannten Völker der 3. Welt solidarisierten sich mit den Palästinensern, die für sie genauso Opfer der Israelis waren wie etwa die Mexikaner Opfer der US-Amerikaner. Dieser Automatismus wurde verstärkt durch das bereits vorhandene Bild des Juden als fremdes Wesen, dem man nicht traut und das historische Sünden abzubüßen hat. So finden sich verschiedene Elemente zusammen.

Doch ein Großteil der zweiten und dritten Generation in Mexiko geborener Juden und Jüdinnen hat sich im letzten halben Jahrhundert erfolgreich in die Gesellschaft integriert. Waren sie zuerst v.a. im Handel und der Textilkonfektion tätig, so sind die 20.000 erwachsenen Mitglieder der Gemeinschaft heute in den verschiedensten Sparten wie etwa der Wissenschaft, der Medizin, der Forschung, des Kunstbetriebes, im Kino, der Literatur etc. tätig und fühlen sich als MexikanerInnen.



„Die Situation hat sich verändert“

Exiliraqische Politiker im Gespräch

ContextXXI: Vor dem Krieg hatten die kurdischen Parteien und die Kommunistische Partei des Iraq unterschiedliche Ansichten betreffend der Methoden zur Beseitigung des Regimes Saddam Husseins. Die KP hätte lieber mit anderen Methoden das Regime beseitigt, während die PUK keinen anderen Ausweg sah und die US-Militärintervention als das geringere Übel betrachtete als den vorläufigen Weiterbestand des Ba'th-Regime Saddam Husseins. Wie seht ihr das nun nach dem erfolgreichen Sturz des Regimes?

Kasim Talaa: Wir waren nicht nur der Meinung, dass der Krieg abzulehnen sei, sondern sind immer noch der selben Meinung. Allerdings hat sich die Situation nach dem Sturz des Regimes tatsächlich verändert und selbstverständlich wollen wir nun die gewonnenen Freiräume nützen. Wir sind der Meinung, dass jetzt alle politischen Kräfte mit Ausnahme der Ba'thpartei zusammenarbeiten müssen um eine demokratische und laizistische Regierung aufzubauen.

Nareman Darbandi: Ich glaube, dass sich die Situation in Kurdistan doch etwas von der im Rest des Iraqs unterscheidet. Wir üben seit 12 Jahren eine Art von Demokratie, wenn auch nicht ganz so wie in Europa. Wir haben aber

immer darauf gewartet, dass sich auch im Rest des Iraq etwas ändert und wir waren dafür zu einer Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften bereit. Wir hätten es gerne gesehen, wenn das ohne Hilfe von aussen möglich gewesen wäre, was sich aber leider als unmöglich herausgestellt hat. Der Krieg ist sowieso gekommen, ob wir wollten oder nicht. Uns war es aber wichtig, dass sich die Gesamtsituation ändert. Und ich glaube, dass der Krieg eigentlich recht positiv verlaufen ist. Die Unterschiede, die es jetzt gibt – Ruhe in Kurdistan, Unruhe im Süden –, sind, glaube ich, normal und ein Resultat der länger dauernden ba'thistischen Unterdrückung im Süden. Man kann jetzt nicht verlangen, dass etwa die Schiiten, die über 35 Jahre lang unterdrückt wurden, ruhig bleiben. Lasst sie demonstrieren, vorsichtig und ohne Gewalt. Aber so wie die meisten Demonstrationen verlaufen, ist das ein normaler Teil einer entstehenden Demokratie. Ich glaube ausserdem, dass die Situation nicht so schlimm ist, wie sie in den Medien hierzulande oft dargestellt wird. Diese zeigen immer nur das Negative. Wenn heute die arabischen und europäischen Länder gegen den Krieg sind, dann frage ich mich, wo sie all die Jahre waren, als Saddam Hussein einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung

führte. Sie hätten Saddam auch mit Gewalt stürzen können und haben es nicht gemacht. Deshalb glaube ich, dass es keinen anderen Ausweg gab, wir nun aber die Chance haben ein demokratisches Land aufzubauen.

Talaa: Die irakische Bevölkerung zeigt durch geordnete Demonstrationen, dass sie zur Demokratie fähig ist. Wir zeigen den Besatzern auch, dass wir sie nicht im Land haben wollen. Das Chaos kommt nicht von der einfachen Bevölkerung, sondern von einer anderen Seite. Die Plünderungen sind vielleicht vom alten Regime initiiert. Vergessen wir nicht, das Regime existiert immer noch. Aber nach 35 Jahren der Angst beginnen sich die Menschen wieder frei zu äußern.

ContextXXI: Wie sieht die Situation in der Bevölkerung in Bezug auf Handlanger und KollaborateurInnen des Regimes aus? Gibt es da bereits Versuche, diese ausfindig zu machen oder beschränkt sich die Suche ausschließlich auf die oberste Herrscherschicht?

Talaa: Die oberste Schicht ist noch immer frei. Wir sollten nun aber besonnen sein, denn wenn wir jetzt hart gegen alle Leute des alten Regimes vorgehen, sind wir nicht besser als das Ba'th-Regime von Saddam. Wir müssen einen Weg

Während rechte wie linke Medien die Positionen der iraqischen Parteien selbst kaum zu Wort kommen ließen, entschied sich die Redaktion von Context XXI Kasim Talaa von der Iraquischen Kommunistischen Partei (IKP) und Nareman Darbandi von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) zu einem Redaktionsgespräch über das Ba'th-Regime, den Krieg, die Demokratisierung und die Zukunft des Iraq einzuladen.



Kasim Talaa

finden zu sehen, was die die Leute konkret gemacht haben und sie nach einem Gesetz richten, aber Rache üben hieße, den selben Weg zu beschreiten, den das Regime gegangen ist.

ContextXXI: Bis jetzt gibt es aber noch kaum Racheakte ...

Talaa: Bis jetzt nicht. Und ich glaube es gibt Stimmen in Bagdad, die für eine Versöhnung sprechen. Aber vergessen Sie nicht, ich war 30 Jahre nicht mehr in Bagdad und es ist jetzt wahrscheinlich noch zu früh um sich ein genaues Bild machen zu können. Die nationalen Kräfte müssen sich zusammenschließen, etwa wie jetzt bei der Konferenz in Spanien. Kommunisten, Schiiten, Sunniten – ich hasse das Wort Schiiten, schauen Sie: Ich bin Schiit, Kurde und Marxist, wo wollen Sie mich einreihen? Wir müssen uns einmal zusammenschließen, ein Programm vorlegen und der Besatzung zeigen: Wir sind da, wir können selbst regieren. Auf seine Religion oder seine Partei zu bestehen, bringt jetzt nichts.

ContextXXI: Es gibt jetzt Ansätze zu einer Zusammenarbeit zwischen allen Gruppierungen. Wie schnell, glaubt ihr, können die Truppen der USA und ihrer Alliierten wieder abziehen?

Darbandi: Als im 2. Weltkrieg die Amerikaner mit den Alliierten Europa befreit haben, haben sie 10 Jahre gebraucht, bis Europa auf eigenen Beinen stand. Ich kann jetzt nicht sagen, ob das bei uns länger oder kürzer dauern wird, das kommt darauf an, wie wir uns verstehen, unabhängig von Religionen und

Völkern, und ob wir zu einem gemeinsamen Plan kommen. Wir müssen auch mit den Gegnern einen Kompromiss finden. Wir müssen weniger demonstrieren und weniger reden und mehr arbeiten. Das braucht Zeit, wir haben kein Selbstbewusstsein mehr, das Regime hat alles kaputt gemacht. Aber die Iraker sind sehr klug und sehr bewusst, Wir müssen die Leute wieder lebendig machen, ihnen Mut geben, wieder auf die Bühne zu kommen. Ich bin sicher wir können es schaffen. Aber auch Europa konnte nicht gleich nach dem Sturz des Hitlerregimes sagen, jetzt lasst uns wählen und gebt uns Freiheit. Und Saddam hatte mindestens soviel Macht wie Hitler und die hat er leider von Europa bekommen.

ContextXXI: Wie soll die zukünftige Rolle Europas im Irak aussehen?

Darbandi: Frankreich und Deutschland haben ihre Rolle nicht gut gespielt. Und jetzt sagen sie alle, auch Russland, wir machen mit, wir wollen auch im Irak arbeiten. Sie hätten aber auch etwas für uns machen müssen und sich nicht nur im Nachhinein einmischen. Ich hoffe, dass es zwischen Amerika und Europa wieder zur Einigung kommt, aber dieser Streit zwischen den beiden ist nicht unsere Sache. Wir wollen dabei nicht unter die Räder kommen.

Talaa: Die irakischen nationalen Kräfte haben von Anfang an einen Fehler gemacht. Sie waren einseitig, haben Amerika nur als Befreier gesehen. Andere Kräfte wurden vernachlässigt. Wir hätten der ganzen Welt unsere Probleme zeigen müs-

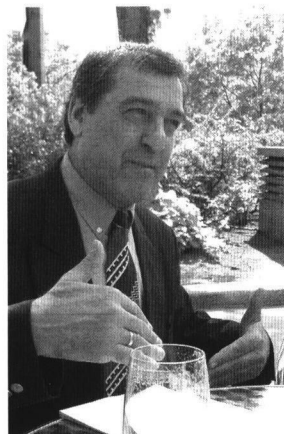
sen. Alle nationalen Kräfte, Kommunisten, Demokraten, etc. hätten sich zusammengesetzt müssen und ein Programm entwickeln, bevor man sich in London traf. Aber sie haben schon vor der Konferenz das Land religiös aufgeteilt, 30 % Sunniten, 60 % Schiiten. Jetzt sollten die nationalen Kräfte die Chance nicht mehr verpassen. Wir müssen auch nach Europa schauen und auf die UNO. Amerika und Europa haben jeweils ihre eigenen Interessen. Nun sollte es eine internationale Konferenz geben, um eine Lösung für den Iraq zu finden.

ContextXXI: Was sagen Sie zu Deutschlands Forderung, die Sanktionen aufrecht zu erhalten?

Talaa: Ich finde das nicht klug. Aber die Amerikaner sollten auch die Waffeninspektoren der UNO wieder kontrollieren lassen.

Darbandi: Es ist nicht einzu- sehen, dass nun, nach dem Sturz Saddam Husseins diese Sanktionen noch immer gegen die iraqische Bevölkerung Geltung haben sollen. Genauso wenig verstehen wir, warum wir nun die Schulden an Deutschland, Frankreich und Russland zurückzahlen sollen, die Saddam Hussein bei ihnen gemacht hat, um uns zu bekämpfen.

ContextXXI: Noch einmal zur Konferenz in London im Vorfeld des Krieges. Die PUK und SCIRI waren dort federführend präsent, während die KP nicht teilgenommen hat. Wie sieht es jetzt mit der Übergangsverwaltung aus, beteiligen sich alle Parteien daran?



Nareman Darbandi

Talaa: Offiziell waren wir Kommunisten nicht dabei, de facto nahmen jedoch unsere inoffiziellen Vertreter bei der Konferenz in London teil. Nun sollten nicht nur die Leute, die auf den Konferenzen in London und Salah ad-Din waren, entscheiden, was im Iraq geschehen soll.

Darbandi: Jetzt sollen sich alle beteiligen. Wir brauchen nur Geduld. Man soll uns nur in Ruhe lassen. Im Irak können alle wie Könige leben. Machtkriege gibt es überall. Aber durch Demokratie wird das gelöst. Die Leute entscheiden, wer gut für sie ist.

Talaa: Ich denke die KP sollte in Zukunft an den Verhandlungen teilnehmen. Aber die KP war in London und Salah ad-Din nicht eingeladen und außerdem waren wir der Meinung, es sollte nichts vor der Konferenz festgelegt werden, was aber der Fall war. Wir sind von ausländischen Kräften besetzt. Wir müssen dieses Land befreien. Und daran müssen alle beteiligt sein. Es geht nicht darum, an die Regierung zu kommen, sondern das Land zu befreien.

ContextXXI: Sind die USA nun Besatzer oder Befreier? Gibt es eine Kooperation mit den USA oder ist das Bestreben gegen die USA gerichtet?

Talaa: Besatzung ist, wenn ausländische Kräfte im Land mit ungeheurem Material und Waffen sitzen. Die Amerikaner sagen, es war eine Befreiung, aber das steht noch nicht fest.

Darbandi: Vor 50 oder 100 Jahren haben die großen

Mächte anders gehandelt. Heute können auch die großen Mächte nicht ignorieren, was die Bevölkerung will. Heute sind die Amerikaner und Engländer da. Wir waren 35 Jahre unterdrückt, wir haben noch Geduld. Wir werden ihnen zeigen, was wir wollen. Wenn sie uns unsere Freiheit nicht geben sollten, werden wir vor die Welt treten und unser Spiel spielen.

Talaa: Aber wir haben einen klassischen Fall. Wir haben eine Besatzung und die sucht sich aus, mit wem sie redet. Wir haben eine Verwaltung, wo die Sippen eine Macht haben, und es gibt primitive religiöse Kräfte. Wir lassen nicht zu, dass die Amerikaner bestimmen, wer zu Konferenzen kommt und wer nicht. Wenn wir alles akzeptieren, was die Amerikaner machen, sind wir verloren. Wir müssen ihnen zeigen, wir sind da, aber ohne Gewalt.

Darbandi: Du sagst selbst, wir haben eine gute Chance. Und die haben wir durch die Amerikaner und Engländer. Wir müssen ihnen jetzt natürlich zeigen, was wir wollen. Die Frage, ob Besatzer oder Befreier, können wir erst in ein paar Jahren beantworten.

Talaa: Ja, aber wir müssen die Befreiung jetzt erst erreichen. Alle gemeinsam und wenn die Kommunisten da jetzt nicht mitmachen, machen sie einen großen Fehler.

ContextXXI: Wie ist eigentlich die Situation der geflohenen Juden aus dem Irak? Können sie sich vorstellen, dass sie zurückreisen können?

Darbandi: Wenn es eine Demokratie im Land gibt, kann sich jeder frei im Land be-

wegen. Ich wünsche, dass Palästinenser, arabische Länder und Israel einmal friedlich zusammenleben.

Talaa: Mein Nachbar war Jude. Für mich ist Jude oder Moslem lediglich ein religiöser Begriff. Wenn ein Jude wirklich in sein Land zurückkommen will – nicht als Tourist, sondern wenn er hier leben will –, ist er immer willkommen. Eigentlich habe ich den Begriff Moslem, Schiit, Jude usw. in Bagdad nie gehört, erst in Europa.

Iraqische Parteien

Ba'th-Partei: von Michel Aflaq und Salah Bitar gegründete bisherige Regierungspartei unter Saddam Hussein, die sich 1963 und erneut 1968 an die Macht putschte und einen völkischen Sozialismus und Nationalismus vertrat, der stark von deutschen Vorbildern inspiriert war. www.albaath.com

SCIRI: Hoher Rat des Islamischen Widerstands: größte Sammelbewegung islamischer (überwiegend schiitischer) Bewegungen und Gruppen im Iraq, die vom Iran unterstützt wurde. www.sciri.btinternet.co.uk

Dawa Islamiya: Islamischer Weg: zweitgrößte schiitische Partei mit langer Tradition, die sich mittlerweile ebenfalls zu einem Mehrparteiensystem bekennt. www.dawawaparty.com

IKP: Iraqische Kommunistische Partei: eine der traditionsreichsten und ehemals größten Kommunistischen Parteien des Nahen Ostens, die sich eng an die Politik der Sowjetunion anlehnte und in den Siebzigerjahren mit der Ba'th-Partei koalierte, davor und danach jedoch von dieser blutig verfolgt wurde. www.iraqcp.org

PUK: Patriotische Union Kurdistans: eine der beiden großen kurdischen Parteien, die seit 1991 Teile des kurdischen Nordiraks befreiten. www.puk.org

KDP: Kurdische Demokratische Partei: die zweite große kurdische Partei. www.kdp.pp.se

ZOWAA: Assyrische Demokratische Bewegung: Sammlungsbewegung der christlichen und aramäischsprachigen Minderheit der AssyrerInnen, die gemeinsam mit PUK, KDP und IKP im demokratisch gewählten Parlament des kurdischen Autonomiegebietes vertreten ist. www.zowaa.org

ITC: Iraqische Turkmenische Front: Sammlungsbewegung der TurkmenInnen, die v.a. im Nordirak leben. www.turkmencephesi.org

INC: Iraqischer Nationalkongress: Sammlungsbewegung kleinerer, bisher fast nur im Exil vertretener Oppositionsgruppen, die von MonarchistInnen bis zu liberalen Gruppen reichen und eng mit den USA zusammenarbeiten. www.inc.org.uk



ContextXXI: Aber im Ba'th-Regime hat der Antisemitismus schon eine bedeutende Rolle gespielt ...

Talaa: Ba'th heißt Wiedergeburt. Die Ba'th-Partei ist eine nationalistische Bewegung, wie die Nazis in Deutschland.

ContextXXI: Diese Parallele ist ja keine zufällige, sondern es gibt historische Verbindungen zwischen den Nazis und dem Ba'thregime. Die Vorgänger des Ba'thismus, die verschiedenen Strömungen des irakischen Nationalismus, angefangen von Haj Amin al Huseini, dem Mufti von Jerusalem bis zu Rashid 'Ali, der in den Vierzigerjahren einen prodeutschen Putsch im Irak inszenierte, hatten enge Kontakte zum deutschen Nationalsozialismus. Glaubt ihr, dass die Antikriegsposition Deutschlands

auch in dieser Geschichte ihre Wurzeln hat?

Talaa: Die Rechtsextremen in der Friedensbewegung sind nur dazugekommen, waren aber nicht der Kern der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung hat aber den Fehler gemacht, keine Alternativen zum Krieg vorzuschlagen. Aber die Rechten hatten immer ihre Kontakte zum Ba'thregime.

ContextXXI: Es gab ja aber auch wirtschaftliche Kontakte, Waffenlieferungen, etwa über Herrn Jabara, einen irakischen Geschäftsmann, der in St. Veit an der Glan in Kärnten lebte.

Talaa: Ja diese Geschäftsleute haben gar keinen Charakter, da geht es nur ums Geld. Die Menschen sind dabei egal. Die Ba'thpartei hätte ohne Ameri-

kaner 1968 nicht die Macht übernehmen können. 1963 genau dasselbe, aber leider war auch Ägypten dabei. Als 1963 die Ba'thpartei die Macht übernahm, wurden binnen weniger Wochen 17.000 Menschen umgebracht.

Darbandi: ... die meisten davon Kommunisten.

ContextXXI: Ich möchte nochmals auf die linke Friedensbewegung zurückkommen. Wie habt ihr diese empfunden? Da haben sich ja sogar Gruppen mit Saddam identifiziert und Schutzschilder in den Irak geschickt.

Darbandi: Ich glaube, die Leute die demonstriert haben, waren nicht pro Saddam. Aber hinter den Demonstrationen steht Geschäftliches. Deutschland und Russland haben mit Saddam Geschäfte gemacht. Deutschland wollte ja auch nicht auf Schulden des Irak verzichten, da der Irak ja reich ist. Die Leute auf der Straße haben das nicht gewusst. Aber die Leute sollten das lernen, dass sie nicht auf die Straße gehen sollten ohne zu wissen, wofür sie genau demonstrieren. Ich hoffe sie werden in Zukunft nicht ausgenutzt, wie sie diesmal ausgenutzt wurden. Aber wir wollen auch in Zukunft Geschäfte mit Europa, allerdings saubere Geschäfte.

Talaa: Ich glaube, diese Friedensbewegung ist eine Kraft, die bleiben soll, weitermachen soll. Ich glaube nicht, dass die Millionen Menschen auf der Straße von einer Regierung motiviert wurden. Sie sind freiwillig gegangen, aber sie haben die Chance verpasst, eine Alternative vorzustellen. Aber wenn sie in Zukunft ei-

ne Rolle spielen wollen, müssen sie eine Alternative präsentieren. Ein paar haben das Regime in Bagdad ganz offen kritisiert, aber die Masse hat keine Alternative vorgestellt. Wenn sie das getan hätten, hätte die Geschichte einen anderen Lauf genommen. Ich hätte gerne über den UNO-Beschluss 1441 gesprochen. Da sind alle Beschlüsse enthalten, außer 688, der dem Irak eine Selbstbestimmung unter der Leitung der UNO gibt. Wenn 688 darin enthalten gewesen wäre und Saddam Hussein durch die UNO unter Druck gekommen wäre, hätte die Geschichte einen anderen Lauf genommen. Eine freie Wahl sollte nun unter der Kontrolle der UNO stattfinden.

Darbandi: Warum hat die Friedensbewegung keine Alternative präsentiert? Die einfachen Leute können keine Alternative vorschlagen. Aber die Regierungen wollten keine Alternativen. Ich glaube sie wollten keine Alternative, weil sie, wenn Saddam gestürzt wird, ihre Verträge und ihr Geld verlieren!

Talaa: Ich glaube, die ganze westliche Welt wollte Saddam lange nicht von der Macht stürzen. Europa und Amerika nicht. Saddam war ihr verlorenes Kind. Sie wollten ihn wieder zurückgewinnen. Vor dem 11. September haben auch die USA nicht die Absicht gehabt Saddam zu stürzen, egal wie viele Saddam auch ermordet hat.

Darbandi: Ja, diese Chance sollten wir gemeinsam nutzen. Das geht sicher nicht von heute auf morgen, aber wir machen Fortschritte und ich bin optimistisch, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Dieser und die zwei folgenden kurzen Artikel sind persönliche Blitzlichter auf die Friedensbewegung insbesondere in Österreich bzw. in Deutschland, die an Diskussionen, die innerhalb der Redaktion geführt wurden, anknüpfen. Sie stehen also zueinander in – wie zu lesen ist – streitbarer Beziehung, die die kontroversen Positionen benennt und kritisch gegeneinander stellt. Die Debatten sollen damit keineswegs abgeschlossen werden, auch die Reihenfolge der Beiträge soll keine „Entscheidung“ nahelegen, es werden Beiträge anderer Redaktionsmitglieder in der nächsten Ausgabe von Context XXI folgen. Die Veröffentlichung solcher Diskussionen soll auch zeigen, wie wesentlich der Prozess der Auseinandersetzung innerhalb der Linken bleibt, auch über reale bzw. vermeintliche Gräben hinweg.

Warum ich auf keine Friedensdemo ging

VON HERIBERT SCHIEDEL

Bis in den Bekanntenkreis hinein erntete ich mit meiner Weigerung, an einer der Demos gegen den Irak-Krieg teilzunehmen, zumindest Verwunderung. Als Linker müsse mensch doch ganz allgemein gegen Krieg sein, im Besonderen, wenn es sich um einen offensichtlich imperialistischen oder neokolonialen handle. Bar jedes historischen Bewusstseins, wurde mir entgegengehalten, dass Krieg keine Lösung sei. Ganz so, als ob Auschwitz durch ökumenisches Wettbeten oder pazifistisches Sitzstreiken befreit worden wäre, Vietnam nicht zurecht mit der Intervention in Kambodscha dem Schlachten dort ein Ende bereitet hätte. Jede Skepsis gegenüber der Friedenssehnsucht der Eliten wie eines Großteils der Bevölkerung des „alten Europa“ wurde umgehend als bellizistisch abgetan. Und dass auch und gerade von Leuten, die angesichts der Menschenrechtsbombardements Jugoslawiens mindes-

tens schwiegen. Aber viel mehr noch als der Charakter der alliierten Intervention im Irak war es die Verfasstheit und das Erscheinungsbild der Friedensbewegung, welche mich auf kritische Distanz zu dieser gehen ließ. Wissend um die vielfältige individuelle Motivation bin ich jedoch weit davon entfernt, alle DemonstrantInnen pauschal über einen Kamm zu scheren. Dennoch müssen sich auch die vermeintlich Wohlmeinenden kritische Fragen gefallen lassen, etwa die nach ihrem Schweigen zur Außenwirkung der Bewegung.

Zunächst war schon mal der Name der Bewegung oder der ihres Zieles irreführend: Im Irak herrschte kein „Friede“, sondern permanenter Krieg gegen die Bevölkerung. Exilierte irakische Oppositionelle, die diesen Namen auch verdienen, gingen daher aus gutem Grund von Anfang an auf Distanz zur Anti-Kriegsbewegung. Dass sogar

die OrganisatorInnen der Demos sich nicht ganz wohl in ihrer Haut fühlten, belegten ihre Vorgaben, wonach „Parolen, die sich positiv (...) auf Saddam Hussein beziehen“ und „Nationalfahnen“ nicht erwünscht seien. Dass es sich bei dieser Veranstaltung eben auch um Manifestationen für das baathistische Terrorregime handelte, musste die Grüne Landtagsabgeordnete Susanne Jerusalem am eigenen Leib erfahren: Ihre Rede am 15. Februar ging in Buh-Rufen und einem Pfeifkonzert unter, als sie es wagte, Kritik an Saddams Herrschaft zu artikulieren. Auch war die Demo geprägt von einem Meer aus irakischen und palästinensischen Fahnen. Wenigstens in der arabischen Welt wurden die Friedensdemos als das identifiziert, was sie waren. So bezog sich auch Saddam in seiner Rede vom 20. März positiv auf diese: „Liebe Freunde, der Friede sei mit Euch, die Ihr das Böse in der Welt bekämpft. Ihr habt fest-

gestellt, wie der rücksichtslose Bush Euren Protest gegen den Krieg abgetan hat.“

Wenn die offene Unterstützung des Baathismus auch beschränkt war auf österreichische AntiimperialistInnen und panarabische Nationalisten oder islamistische „Heilige Krieger“, so war es immerhin die tatsächliche oder vermeintliche Identität der Angreifer, welche die Friedensmärsche größtenteils in Gang setzte. Nicht die „Weltgemeinschaft“ führte den Krieg, um den Menschenrechten oder dem Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen, sondern die USA, noch dazu aus materiellen Interessen. Es war vor allem der Antiamerikanismus, dieses massenhafte Ressentiment gegen die USA als das personifizierte Böse, welcher die Menschen öffentlich protestieren ließ. Weil antiamerikanische Diskurse stets auf das Engste verwoben sind mit antisemitischen, war es auch kein großer Schritt, im

Einklang mit Saddam, Israel oder den „Zionismus“ als den eigentlichen Drahtzieher des Angriffes auszumachen. Der Wiener Philosoph Rudolf Burger, dieser organische Intellektuelle der sekundären Volksgemeinschaft, meinte in der *Presse* (8. 3. 2003): „Man muss sich also fragen, wer daran (am Krieg, Anm.) ein Interesse hat. Nun weiß man, dass sogenannte Lobbys in den USA viel stärkeren Einfluss auf die Politik ausüben als in den europäischen Staaten. (...) Und in jüngster Zeit ist in den USA die Israel-Lobby sehr mächtig geworden, die politisch von den Zinsen des Holocaustkapitals lebt. (...) Wir haben es also mit einer einmaligen Interessenskoalition im amerikanischen Regierungsapparat zu tun: der Öllobby, der jüdischen Lobby, die heute vor allem im Pentagon eine große Rolle spielt, und den fundamentalistischen Evangelikalen am rechten Flügel der Republikaner“. Ausgehend von der tatsächlichen Verbesserung der Sicherheitslage Israels durch den Sturz des irakischen Baath-Regimes, welches das *suicide bombing* alimentierte und den jüdischen Staat von der Landkarte tilgen wollte, und der stets am Beginn von Verschwörungsmithen stehenden Logik des „cui bono?“ folgend, identifizierten nicht nur Neonazis die „Zionisten“ als die eigentlich verantwortliche Kriegspartei. Auch in liberalen Blättern wie etwa *profil* oder *Kurier* wurden die für den Kriegskurs verantwortlich gemachten US-Politiker und Politikberater als Juden gekennzeichnet.

Tatsächlich konnte die Friedensbewegung den Vorwurf nicht entkräften, sie sei

auch oder vor allem eine Bewegung gegen Israel. Auf den Demos drückte sich die antiisraelische Gesinnung etwa aus in Parolen wie „Israel, USA – Menschenrechte, Hahaha!“, „Intifada!“-Rufen und in mitgetragenen Bildern von Sharon, verziert mit Hitlerbärtchen und Hörnern.

Angesichts der antiamerikanischen und (mindestens implizit) antisemitischen Stoßrichtung überrascht es nicht, dass auch Rechtsextremisten sich den Friedensdemos angeschlossen haben. In Linz marschierte der *Bund Freier Jugend* mit, in Wien die *Volkssozialistische Bewegung Österreichs* und die rechtsökologische *Initiative Heimat und Umwelt*. Ungehindert konnten Freiheitliche ihre „Resolution gegen den drohenden Irak-Krieg“ verteilen. Die Verantwortlichen vom *Austrian Social Forum* wussten wieder schon vorher, was droht, und dekretierten daher: „Nazis haben auf einer fortschrittlichen Demo keinen Platz und werden von uns unter keinerlei Umständen geduldet werden.“ Aber wie fortschrittlich ist eine Demo, welche Rechtsextreme anzieht? Ich war bisher nur auf Demos, die aufgrund ihrer politischen Ausrichtung von Rechtsextremen schlimmstenfalls angegriffen wurden, und werde das auch in Zukunft so halten.

Darüber hinaus hat mich die Symbolik abgeschreckt: Wer US-amerikanische und/oder israelische Fahnen verbrennt, zeigt damit seine/ihre Bereitschaft, am Ende auch US-AmerikanerInnen und jüdische Israelis zu verbrennen. Verstärkt wird dieses Bild noch von den mitgetragenen irakischen und palästinensischen Fahnen.

Schließlich war es meine Skepsis gegenüber dem nationalen Konsens, wie er sich in der Friedensbewegung ausdrückte, welche mich von einer Teilnahme abhielt. In diesen Tagen hat die Rede vom Burgfrieden eine ganz neue Bedeutung bekommen: Nicht mehr zum Krieg gegen den äußeren Feind schlossen sich Herrschende und Beherrschte zusammen, sondern um diesen zum „Frieden“ anzuhalten. Kaum eine gesellschaftlich relevante Kraft und keine Partei konnte und wollte sich dem Schulterchluss gegen die USA (und Israel) verschließen. (Im Wiener Landtag wurde etwa die bereits erwähnte FPÖ-„Resolution“ einstimmig angenommen.)

Neben dem massenhaften Konformismus drückte sich in der Friedensbewegung aber auch so etwas wie Protest aus. Und das macht die ganze Veranstaltung erst so richtig widerlich: In den Scheinaufständen richtet sich der rebellische Impuls nie gegen die tatsächliche, nationale Herrschaft, sondern stets gegen die der Anderen. Im „alten Europa“ wurden diese seit jeher prototypisch als „Juden“ identifiziert. Heute sticht die Ähnlichkeit der den USA zugeschriebenen Attribute mit der antisemitischen Stereotypenbildung ins Auge: Vom Drang nach „Weltherrschaft“ bis zur „Profitgier“ darf keine Vorhaltung fehlen. Die konformistischen RebellInnen kritisieren nicht den Kapitalismus, sondern immer nur dessen „Auswüchse“. Wird das Kapitalverhältnis als solches grundsätzlich bejaht, kann seine innere Logik nur als Ausfluss der bösen Absicht der „Kapitalisten“ oder – noch deutlicher – der

„Hochfinanz“ begriffen werden. Das gilt auch und gerade für die Kriegslogik unter den Bedingungen der Kapitalverwertung, welche das fetischisierte Bewusstsein nicht kritisch hinterfragen kann. Die mit dem Habitus der Entlarvung vorgetragene Binsenweisheit, die Kriegspolitik der Alliierten würde vorrangig materiellen Interessen gehorchen, wird so zum Ausdruck von Ressentiment. Daneben suggeriert die Forderung, kein Blut für Öl zu vergießen, dass ein Krieg im Namen einer höheren Moral denkbar ist. Während die Anderen immer nur für den schnöden Mammon Krieg führen, gehorchen wir nicht so niedrigen Motiven, oder wie es Richard Wagner mal auf den Punkt brachte: „Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun.“

Wie falsch das Bewusstsein vieler FriedensdemonstrantInnen ist, zeigte sich nicht zuletzt in den allerorts geäußerten Befürchtungen. Die mehr herbeigesehnten als befürchteten Horrorszenarien sind zum Glück allesamt nicht eingetreten. Weder forderte der Krieg Tausende oder gar Hunderttausende Todesopfer unter der Zivilbevölkerung, noch opfereten sich die irakischen Soldaten massenhaft ihrem angeblich so geliebten Führer. Weder hat Israel im Schatten des Irak-Krieges mit der „Deportation“ der PalästinenserInnen begonnen, noch ist es zum „Flächenbrand“ im Nahen Osten gekommen. Hin und wieder siegt die Realität über die wüstesten Projektionen. Aber leider bleibt dies in der Regel ohne positive Auswirkungen auf die Projizierenden, ganz im Gegenteil.

Fähnchen im Kopf

VON GÜNTER HEFLER

Wir erleben es in rascher Abfolge, das politische Weltgeschehen hält Entscheidungen für uns parat, wir sollen Angebote affirmieren: kauft Frieden Leute, bejaht den Krieg! Wir sollen uns daran gewöhnen, für oder gegen etwas zu sein, Niederlagen machen uns nicht klüger, zum Mitspielen sind wir gezwungen, die Agenda des vorgeblich Politischen – das, was vorgeblich heute zur Entscheidung steht – wird anderswo gemacht.

Und wir kalkulieren, wägen ab zwischen den Übeln, zählen Tote, rechnen uns vergebene Chancen vor, dasselbe Spiel zu spielen (warum nicht auch gegen das Regime x; warum nicht gegen den Krieg y), schultern das Schicksal, alle sind wir tragische HeldInnen, die sich für das kleinste moralische Übel entscheiden müssen. Sie packen uns am heiklen Punkt: Wir können nicht neutral bleiben, nicht teilnahmslos, wir schämen uns beim Gedanken, keine Position zu beziehen und wissen, dass wir den aggressiven Zynismus, die Disposition der Unbeteiligten nicht hinnehmen können.

Also sind wir gegen diesen Krieg und den Militarismus, der Kriege wie diesen zu seiner Aufrechterhaltung braucht. Wir sind gegen diesen Krieg, weil er die prinzipielle Möglichkeit – losgelöst von jeder Begründung – erfolgreicher militärischer Interventionen, die höhere Profite als Kosten für den Ag-

gressor verursachen, als Angebot aktualisiert. (Heute sind es Massenvernichtungswaffen, morgen ein gebrochener Handelsvertrag ...) Wir sind gegen diesen Krieg, weil er das Völkerrecht als politisches Instrument schwächt, indem es sanktionslos gebrochen wird.

Also sind wir gegen das faschistische Regime der Baath-Partei, gegen deren Terrorregime. Wir haben den BürgerInnenkrieg verfolgt, den Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung, die zahllosen und doch zu zählenden anderen Massaker. Wir wissen, dass demokratisch gewählte Regierungen dieses Regime aus Eigeninteresse militärisch in großem Umfang unterstützt haben, der Krieg im Inneren mit unseren Mitteln erfolgt und die verhängten Sanktionen noch Waffe in diesem Krieg geworden sind.

Wir beziehen Position und stehen auf verlorenem Posten: die Ambivalenzen und Konflikte, in die uns das stürzt, machen unsere Stimmen vibrieren, wenn wir davon sprechen, wir hören kaum zu, gehen in der Diskussion zum Gegenangriff über (... die Qualität der Argumente unserer FreundInnen, an der wir erkennen, dass sie außer sich sein müssen, weil in keinem anderen Rahmen sie auf ähnliche Aussagen zurückgreifen würden ...) Wir können uns nicht darauf verlassen, dass unsere engsten FreundInnen auf die selbe Seite fallen (ist uns die Entscheidung schwer gewe-

sen, halten wir es noch schwerer aus, dass die gewählte Lösung uns nicht einmal mit einem Gefühl der Sicherheit belohnt).

Wie wir im Krieg die militärischen Bewegungen verfolgen, verfolgen wir das Auseinandertreten unserer Allianzen. Was bringt sie dazu, dass ... von ihm hätte ich das nie geglaubt ... was hat sie um den Verstand gebracht ... was ist bei ihm gebrochen? Plötzlich der Graben und auf der anderen Seite stehen dicht an dicht jene, auf die wir uns bislang immer verlassen konnten, die uns ein halbwegs optimistisches Wir ermöglichten, mit Gruppierungen, die unsere GegnerInnen immer schon waren. Gemeinsame Sache mit AntisemitInnen, einschwenken in

die Koalition der KriegstreiberInnen. So werden wir beschäftigt, beschämt, getrennt und der Krieg beginnt, hält ein, geht weiter und unsere Fähigkeit, die Agenda selbst zu bestimmen, kommt nicht zu Kräften.

Kollektive Selbsttechniken: Alternativen zu finden zu den aufgezwungenen Alternativen, sich nicht trennen lassen und Kollektive bilden auf Basis gemeinsamer politischer Programmatiken. Uns darauf verlassen, was wir über uns und jene, mit denen wir leben und arbeiten, wissen und wenn schon tragisch scheitern, dann daran, dass wir nicht so freundlich sein können, wie wir gerne wollten. Für diese Übungen werden wir noch oft Gelegenheit bekommen.



Angustia

Kritisieren, nicht denunzieren

VON MARKUS KEMMERLING

Folgt mensch Heribert Schiedel ist der typische Friedensdemonstrant, so er nicht gerade mit seinesgleichen um die Wette betet, damit beschäftigt, Fahnen abzufackeln, um schon einmal das Verbrennen von Menschen zu üben; dies alles, um Saddam, dem Sprecher der arabischen Welt, wohlgefallen zu sein. Wie soll man auf solch einen Quatsch reagieren?

Heribert Schiedel will provozieren und polemisieren, verwechselt aber Provokation mit Unsinn, Polemik mit Denunziation. Hierfür greift er tief in die Mottenkiste von Klischees über die Friedensbewegung: grenzenlose Naivität; bar jeden historischen Bewusstseins; fremdgesteuert bzw. im Interesse einer fremden Macht – früher „Moskau“, heute „Bagdad“; ... Seine Methode ist Dämonisierung (durch das Verwischen jedweden Unterschiedes zwischen Gewalt gegen Sachen, gegen Menschen und ihrer Ablehnung; durch das Ausspielen des guten, weil grundsätzlichen gegen den bösen, weil konformistischen Antikapitalisten; durch sein reflexhaftes „Auschwitz“ als Antwort auf jede Gewaltkritik; ...) und Beleidigung (irakische Oppositionelle, die sich nicht von der Anti-Kriegsbewegung distanzieren, seien keine; die Friedensbewegung schne sich geradezu nach Hundertausenden Toten; diese sei „widerlich“; ...).¹ Heribert schert nicht nur, trotz gegen teiliger Beteuerung, DemonstrantInnen pauschal über einen Kamm, er schert einfach alles über einen Kamm.

An den Manifestationen gegen den Irak-Krieg (ich vermeide bewusst den Begriff *Friedensbewegung* – allerdings nicht, weil ich, wie Heribert den KriegsgegnerInnen unterstellt, der Ansicht wäre, unter dem Ba'th-Regime habe im Irak Wohlstand und Frieden geherrscht) ist sicherlich einiges zu kritisieren. Während beispielsweise irakische Fahnen mit eingeschriebenem *Allah akbar* geschwenkt wurden, ist mir nicht aufgefallen, dass von irgendwem in Österreich der Versuch unternommen worden wäre, die irakische Exilopposition einzubinden. Oder: Während alleits Haider's Besuche bei Hussein Quelle hämischer Kommentare waren, ist Kritik an Geschäften österreichischer Firmen ungefähr so verbreitet wie die Nadel im Heuhaufen. (Dies kann im übrigen auch als Beispiel für einen Unterschied zur *alten* Friedensbewegung dienen, die Anfang der 80er Jahre massiv gegen die Lieferung von Noricum-Kanonen an den kriegführenden Irak protestiert hat.) Der Verdacht liegt tatsächlich nahe, dass manchen, die da demonstriert haben, die Menschen im Irak – von dem sie vielleicht nicht viel mehr wissen, als wo auf der Landkarte er zu finden ist – reichlich egal sind.

Auch macht es sicherlich einen Unterschied, ob jemand gegen die USA ist, weil er oder sie gegen diesen Krieg ist, oder umgekehrt gegen diesen Krieg, weil gegen die USA (*gegen die USA* meint natürlich die Politik

der regierenden Administration und nicht jedeN einzelne US-BürgerIn ad personam). Und wiewohl es unsinnig ist, Anti-US-Amerikanismus *an sich* zu kritisieren, so selbstverständlich ist für mich, dass *dieser* Anti-US-Amerikanismus zu kritisieren ist, weil sich hinter ihm letztlich Antisemitismus verbirgt – hier stimme ich Heribert dezidiert zu. Fast allem anderen ist freilich zu widersprechen.

Zu widersprechen ist zunächst der denunzierten Annahme, Antisemitismus oder auch rechtsextreme Kapitalismuskritik bzw. eine grenzenlose Gewaltbereitschaft sei der „Friedensbewegung“ irgendwie wesentlich oder in einer besonderen Art und Weise eingeschrieben. Um dies zu sehen, reichte es aus, den Blick ein wenig über den kleinen österreichischen Tellerrand hinaus zu richten: Auffällig an der Bewegung gegen den Irak-Krieg war doch ihre Weltumspanntheit, weitgehend unabhängig von der Position der eigenen Regierung und jeweiliger spezifischer Historie. Es ist doch eher so, wie Gaston Kirsche schreibt: „Aber die große Friedensbewegung ist nicht mehrheitlich prodeutsch, tendenziell anti-amerikanisch und teilweise antisemitisch, weil sie gegen den Krieg ist, sondern die Akteure nehmen ihre bürgerlichen Ideologien mit in die Bewegung.“²

In einem Land, in welchem nicht nur vereinzelt Rechtsextreme mit Befreiung den Abzug US-amerikanischer Truppen assoziieren,

kann es niemanden ernsthaft überraschen, wenn im Großdeutschen und Antijüdischen fußende Ressentiments durchbrechen, sobald US-amerikanischer Politik Kritik entgegengebracht wird. Dies ist im übrigen auch nicht irgendwie sonderlich neu. Wer zum Beispiel den von Christian Helbock vor einigen Jahren im Rahmen seines NOTO-Projekts geführten Interviews zur österreichischen Neutralität aufmerksam zugehört hat, konnte bereits damals einen derart begründeten Anti-US-Amerikanismus bei NATO-GegnerInnen ausmachen.³ Doch niemand wäre wohl auf die abstruse Idee gekommen, hieraus Wesen und Bedeutung der österreichischen Neutralität abzuleiten.

Doch ebensolcher Argumentation bedient sich Heribert, wenn er ausgerechnet (den von ihm ansonsten trefend charakterisierten) Rudolf Burger zum Sprecher einer Friedensbewegung erhebt oder behauptet, eine Antikriegsdemonstration könne schon deswegen nicht fortschrittlich sein, weil auch Freiheitliche gegen den Krieg seien. Diese Argumentation ist umso erstaunlicher, als er natürlich weiß, daß Rechts-extreme beispielsweise heute für die NATO sein können (weil sie Militaristen sind) sind und morgen dagegen (weil diese US-dominiert ist), oder heute gegen die europäische Integration (weil sie Rassisten sind) und morgen dafür (weil sie neue deutsche Größe verspricht), und dass sie jede dieser Positio-

nen in den vergangenen Jahrzehnten auch vertreten haben. Demgegenüber ist die von Heribert solcherart verunglimpfte Haltung der Veranstalterin einer Antikriegs-demo, Nazis auf keinen Fall zu dulden, die einzig vernünftige – und letztlich auch Beleg dafür, dass sich auf den Demonstrationen Antikriegshaltung und Rechtsextremismus keineswegs so untrennbar miteinander verbunden, wie er glauben machen will.

Das Problematische an Heriberts Ausführungen wird vielleicht am ehesten in der Bemerkung kenntlich, wer nach Interessen frage, stehe „am Beginn von Verschwörungsmysen“. Statt bestimmte behauptete oder imaginierte Interessen zu kritisieren, diskreditiert Heribert den rationalen Diskurs als solchen. Doch Verschwörungstheorien zeichnen sich ja gerade im Gegensatz dadurch aus, dass die Frage „cui bono?“ nicht gestellt wird, da dies ja von Anfang an fest steht (und zwar nur dieses, alles weitere ist sehr flexibel, s.o.). Ärgerlich wird es spätestens dann, wenn Heribert – wie manch andere auch – selbst einer Argumentation verfällt, die alles und jedes nur mehr auf das große Eine zurückführt, was immer dieses Eine auch sein mag, und alles nur mehr aus diesem eingeschränkten Blickwinkel wahrzunehmen in der Lage ist. Am konsequentesten haben dies vielleicht jene Antideutschen getrieben, die im Geiste mit den USA in den Krieg gezogen sind, nur um Deutschland zu schwächen. Auch so kann die Vernunft aus den Fugen geraten.

Solch eingeschränkte Sicht beraubt sich aber selbst der

Fähigkeit zur Differenz und führt damit zu so grotesken Unterstellungen wie derjenigen, dass wer Fahnen verbrenne, in Gedanken bereits Menschen anzünde. Dahinter steht die unausgesprochene Gleichsetzung des Fahnenverbrennenden mit dem bücherverbrennenden Nazi – ohne dass der Leser oder die Leserin von Heribert auch nur im Ansatz etwas über das wer, wann, wo und weshalb der Aktion erfährt.

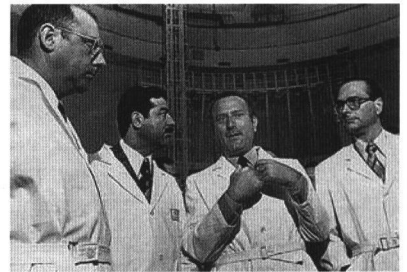
Die Antikriegsbewegung zum „widerlichen Scheinaufstand“ zu stilisieren, ihren ProponentInnen pauschal Gewaltphantasien zu unterstellen und sie als fünfte Ko-

lonne Saddam Husseins zu identifizieren, ist schlichtweg dumm. Mit – notwendiger – Kritik hat es nichts zu tun.

- 1 Florian Markl bedient sich in seinem Beitrag „Blut für Öl“? ähnlicher Methodik, wenn er in Überspannung eines Diner'schen Zitats den „Kontext“ der Friedensbewegung durch platten Analogieschluß mit einem nationalsozialistischen Autor „zumindest andeutungsweise“ als einen ebensolchen nationalsozialistischen „zu erbellen“ behauptet. Um in Markl'scher Diktion, seiner Imagination der Antikriegsdemonstrationen als „chronisch gutem Gewissen“, welches sich einer dunklen Masse gleich „durch die Straßen wälzte“, zu bleiben: Wenn dies nur die Andeutung ist, schreckt mich die Vorstellung vor dem, was sich ergießen wird, sollte Markl deutlich werden.
- 2 Gaston Kirsche (gruppe demontage): Radikale Linke und Anti-Kriegs-Bewegung, Dank an Eva Krivanec, die Redaktion auf diesen lesenswerten Text aufmerksam gemacht zu haben.
- 3 Markus Kemmerling: NATO neutral, ZOOM 1/1999.

Europa hilft

immer gerne, wenn es darum geht, europäische Interessen zu wahren. Zum Beispiel beim Bau eines „Versuchsreaktors“ (Osiris) oder bei der Herstellung von „Pestiziden“. Oder wenn es gilt, Irak, die nach Europa fliehen, in einer heimatnahen „Fluchtalternative“ zu entsorgen.



Nach 30 Jahren irakisch-europäischer Zusammenarbeit haben die Irakis von solcher Hilfe längst genug.

Mehr als 30 Jahre Ba'th-Diktatur haben das Land in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens zugrunde gerichtet. Bei dem Versuch, einen neuen Irak aufzubauen benötigen die Menschen vor Ort eine dauerhafte und solidarische Unterstützung – für den Aufbau eines demokratischen Bildungssystems, den Kampf um die Rechte von Frauen, die Abschaffung von Folter, Geheimdienstterror und erniedrigenden Haftbedingungen.

Seit 1993 arbeitet WADI im Nordirak – in sozialen und Bildungsprojekten; mit Internal Displaced Persons, Deserteuren, Gefangenen und Frauen; für eine dauerhafte Perspektive und gleiche Rechte. Gefördert und begleitet wurden Initiativen, die sich für eine demokratische Zukunft einsetzen, für eine Gesellschaft, in der die Rechte des Einzelnen nicht dem Zwang unter Volksgruppen oder dem brutalen Diktat des Ba'th-Staates unterworfen werden. In Deutschland setzt sich WADI für die Rechte von Flüchtlingen ein.

WADI wird weiter Flüchtlingsrechte verteidigen, die Demokratisierung und De-Ba'thisierung des Irak und den Kampf für die Rechte des Einzelnen begleiten. Denn ohne sie kann es keine Freiheit geben.

Ganz ohne Geld kommt auch die solidarische Hilfe nicht aus. Wir bitten Sie daher dringend um Spenden. In Österreich auf das Konto: 56001 069 352, BLZ: 12000, Bank Austria Creditanstalt, in Deutschland auf das Konto: Konto: 612305-602, BLZ: 500 100 60, Postbank Frankfurt/M. Informationen über Projekte, News und Hintergrundberichte finden Sie unter www.wadinet.de. Kontakt: info@wadinet.de oder wadi.wien@hotmail.com

wadi

Herbornerstr. 62, D - 60439 Frankfurt/M

„Blut für Öl“?

Ein Stichwortgeber der Friedensbewegung

VON FLORIAN MARKL*

Anlässlich des Irak-Krieges ist ein altbekanntes Phänomen zu beobachten: In der öffentlichen Agitation ist immer von „der“ Friedensbewegung die Rede, die einig und entschlossen gegen die amerikanisch dominierte Kriegspartei in Stellung gebracht wird. Sobald jedoch Kritik an bestimmten Inhalten „der“ Friedensbewegung formuliert wird, ist es mit der Einheit und Geschlossenheit vorbei, wird die Heterogenität der verschiedenen Grüppchen und Personen in den Vordergrund gestellt, um sich mit dieser Finte gegenüber jeglicher Kritik zu immunisieren.

So zutreffend es ist, dass innerhalb der Friedensbewegung durchaus unterschiedliche Positionen vertreten werden, so richtig ist es, dass zumindest in einem Punkt tatsächlich Geschlossenheit herrscht. Von den völkischen Beobachtern der „Antimperialistischen Koordination“ über friedensbewegte Christen und amerikafeindliche Grüne bis hin zu freiheitlichen Europaparlamentariern ist man sich darüber einig, dass im Irak ein „Krieg um Öl“ geführt wurde. Wie schon im Golfkrieg 1991 war „Kein Blut für Öl“ auch diesmal der einheitsstiftende Slogan, unter dem sich das chronisch gute Gewissen in all seinen

Ausprägungen protestierend durch die Straßen wälzte. Vor 12 Jahren war „No blood for oil“ vom „anderen Amerika“ ausgegeben worden: Die Vereinigten Staaten, so die Argumentation jenseits des großen Teiches, sollten das Leben ihrer Soldaten nicht für die Durchsetzung vermeintlicher Öl-Interessen aufs Spiel setzen. Schnell wurde die griffige Parole andernorts aufgenommen. Der Historiker Dan Diner bemerkt dazu in seinem Essay über das „Feindbild Amerika“: „Notwendig trat ein, was transkultureller Übertragung von politischer Metaphorik gemeinhin auf dem Fuß folgt: Im veränderten Kontext erfahren die Bilder einen Bedeutungswandel.“ In Deutschland und Österreich, so fügt er hinzu, steht die Lösung in einem „dubiosen und wenig durchschaubaren Kontext“¹. Im folgenden solle darum gehen, diesen Kontext zumindest andeutungsweise zu erhellen.

Der 1904 in Wien geborene Anton Zischka war einer der erfolgreichsten Publizisten des Dritten Reiches. Seine unzähligen populärwissenschaftlichen Schriften wurden zu wahren Verkaufsschlagnern.² Im Jahre 1939, kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, erschien sein Buch „Ölkrieg“.³ Zischka wollte darin die Geschichte der Förderung und Verarbeitung jenes Rohstoffes aufarbeiten, der wie kein anderer in den vergangenen Jahrzehnten die Weltpolitik be-

herrscht habe. Als Leitmotiv diente ihm hierbei das dem französischen Politiker Clemenceau entlehene Motto: „Ein Tropfen Öl ist uns einen Tropfen Blut wert.“ (22) Die seinen Volksgenossen damals wie heute überaus einleuchtende These Zischkas lautete, dass die westlichen „Pluto-Demokratien“ (236), allen voran England, in ihrer Gier nach Öl die Welt in den Abgrund stürzten.

Die Ähnlichkeit dieser These mit den heutzutage von der Friedensbewegung vorgetragenen Argumenten ist frappierend. Nun könnte man das ja für eine bloß zufällige Nähe halten und jeden Zusammenhang mit dem Hinweis leugnen, dass kaum jemand Zischka oder dessen Buch kenne. Ein Blick auf dessen Argumentationen sollte allerdings stutzig machen. So plädierte er für Gesellschaften, in denen „Staatsinteresse vor Einzelinteresse“ (73) gestellt werde, sah er den Grund für die Niederlagen einiger Konzerne „im Erwachen dieser Völker, im Sieg des nationalen Selbstbewusstseins“ (95), sah er im Iran „ein sehr gutes Beispiel dafür, wie Öl aus einer der Ursachen der Unterdrückung, einem Mittel der Ausbeutung, zum wichtigsten Werkzeug der nationalen Erneuerung werden kann“ (209), agitierte er gegen Rockefeller als einen, der „groß geworden (ist) im Zeitalter der Händler“, mit „fremden Ideen ... und mit

der Arbeit anderer, ... nie schaffend, immer nur verteilend“ (38), sah er im Öl des arabischen Raumes ein Mittel „der nationalen Auferstehung“ (209) der von ihm geschätzten islamischen Staaten und warf er dem Westen vor, er hetze „Unzählige in den Tod“ und tarne dies bloß als „Krieg für Freiheit und Recht“ (6).

Vermutlich ist die Person Zischka tatsächlich beinahe in Vergessenheit geraten, seine Ausführungen sind es mit Sicherheit nicht: Der Nazi-publizist hätte – wie sein legitimer Nachfolger Peter Scholl-Latour –, ohne größere inhaltliche Konzessionen machen zu müssen, zum geschätzten Experten der Antikriegsbewegung werden können und dabei nicht einmal seine Begeisterung für das ach so friedliebende Deutschland verschweigen müssen.

1 Diner, Dan: *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2002, S.155

2 Vgl.: Graeb-Könneker, Sebastian: *Autocbthone Modernität. Eine Untersuchung der vom Nationalsozialismus geförderten Literatur*, Opladen 1996, S.169ff.

3 Vgl.: Zischka, Anton: *Ölrieg. Wandlung der Weltmacht Öl*, Leipzig 1939. Alle im Folgenden in Klammern angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch.

*) Florian Markl lebt in Wien und studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie.

Haider als „Gast bei Saddam“

VON HERIBERT SCHIEDEL

Jörg Haider hat die Eindrücke von seinen Solidaritätsbesuchen im Irak zu Papier gebracht: Unter dem Titel „Zu Gast bei Saddam. Im ‚Reich des Bösen‘“ erschien Ende März beim Ibero Verlag ein gut zweihundertseitiges Bekenntnisbuch des Kärntner Landeshauptmannes. Dieses erschöpft sich weitgehend in einer Reproduktion der irakischen Regierungspropaganda und ist durchsetzt von unhinterfragter Faszination gegenüber dem „Orient“. Der kritischen LeserInnenschaft erschließt sich darüber hinaus, worin die weltanschauliche Grundlage von Haiders Sympathiebekundungen gegenüber dem arabischen Nationalismus und dessen tragenden Eliten besteht, nämlich im Antisemitismus.

Während sich Haider über den verbrecherischen Charakter des Baath-Regimes weitgehend ausschweigt, weiß er von „Tausenden von unschuldigen Zivilisten, die auf dem Altar der imperialistischen Ölgelüste der USA geopfert werden“ (S. 10) zu berichten. Nicht Saddams Schreckensherrschaft, auf deren Konto die Ermordung von rund fünf Prozent der irakischen Bevölkerung geht, sondern die UN-Sanktionen würden einen „Völkermord“ (S. 17) bedeuten.

Die zahlreichen Einladungen aus arabischen Ländern und dem Iran erklärt sich der „Araberfreund“ (Haider über Haider) mit der Tatsache, dass auch Öster-

reich (nach der Aufnahme der FPÖ in die Regierung) vom „internationalen Bannstrahl“ (S. 18) getroffen worden sei. Wie Gaddafi, Saddam Hussein u. a. ist ja auch er ein Opfer der „USA und anderer Staaten in ihrem Naheverhältnis“ (ebd.).

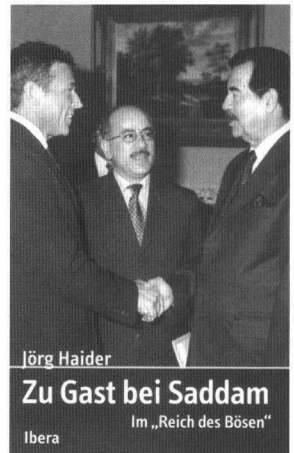
Wie sehr das gemeinsame Feindbild verbindet zeigt sich auch in der Art und Weise, wie Haider über seine arabischen Gesprächspartner schreibt. Den irakischen Vizepremier Tarek Aziz bezeichnet er als „einen gebildeten und durchaus angenehmen Gesprächspartner“ (S. 13). An Gaddafi, der Haider schon vor Jahren als Verbündeten im Kampf gegen die, wie er sagte, „zionistische Herrschaft“ begrüßte, imponiert ihm das „Bekenntnis zu Kultur, Volk und einer bestimmten Lebensweise, die Denken und Handeln prägen und die Errungenschaften der modernen Welt vergessen lässt.“ (S. 19) Hier ist bereits eine zentrale weltanschauliche Gemeinsamkeit von arabischen und völkischen Nationalisten angesprochen, nämlich die kultische Verehrung vormoderner Gemeinschaften. Diese werden hier wie dort als quasi natürliche und in Blut und Boden wurzelnde Entitäten dargestellt und in Opposition zur bürgerlichen Vergesellschaftung gebracht.

Über den syrischen Verteidigungsminister Mustafa Tlas, Verfasser der antisemitischen Hetzschrift „Die Matzen von Zion“, weiß Haider

zu berichten, dass er „ein äußerst träger, humorvoller und würdevoller Mann“, „eine richtige Größe für sich“ (S. 129) sei. Wenig überraschend hat sich Tlas in erster Linie über die „verbrecherische Politik Israels“ (S. 130) ausgelassen. Bezeichnend auch folgende Episode: „Dann kam etwas völlig Unerwartetes. Er (Tlas, Anm.) ersuchte mich, bei einem Bild (...) genauer hinzuschauen. Seine Frau lächelte schelmisch, als sie mein ratloses Gesicht beim Anblick dieses Bildes bemerkte. Ich verstand nicht, worum es dabei ging. Erst als ich genau hinsah, erkannte ich den Grund. Das Bild war von Adolf Hitler gezeichnet und von ihm signiert. Tlas erzählte mir, daß Londoner Galeristen ihm viel Geld für dieses Werk geboten hätten, er sich aber um keinen Preis von diesem Werk trennen könnte.“ (S. 131f) Auf die Idee, dass die Begeisterung für den malenden Führer etwas mit der für ihn zu tun haben könnte, kommt Haider natürlich nicht.

Geradezu ins Schwärmen gerät Haider, sobald die Rede von seinem „Freund Naji Sabri“ (S. 41), dem irakischen Außenminister, ist: „Oft kamen wir regelrecht ins Philosophieren über Themen wie Identität und Unterschied, Einheit und Vielfalt. Naji schilderte dabei immer wieder den ideologischen Hintergrund der Baath-Partei, die sich selbst als Bündnis von verschiedenen nationa-

„Die Juden sind der Abschaum der menschlichen Rasse.“
(Saddam Hussein im irakischen Radio, 9. 6. 2001)



Jörg Haider

Zu Gast bei Saddam

Im „Reich des Bösen“

Ibero

len Strömungen interpretiert, der die Eigenständigkeit ihrer Völker das zentrale Anliegen ist.“ (S. 42) Mal abgesehen vom Zynismus, der aus diesen Zeilen angesichts des Leidens der irakischen Juden und Jüdinnen, KurdInnen und SchiitInnen spricht, der „ideologische Hintergrund der Baath-Partei“ ist Haider deswegen so vertraut und sympathisch, weil es auch sein eigener ist. Tatsächlich stellt der Baathismus (wie auch Gaddafis Lehre vom „Dritten Weg“) eine regionalspezifische Artikulationsform des europäischen Rechtsextremismus dar. Nicht umsonst stand der Nationalsozialismus an der Wiege des panarabischen Befreiungsnationalismus, sehen deutsche Neonazis heute im Irak eine „orientalische(n) Variante des nationalsozialistischen Volksstaates“, so Axel Reitz vom Kampfbund Deutscher Sozialisten. Umgekehrt betonte etwa Tarek Aziz gegenüber Haider immer wieder „die wohlwollende Einschätzung des Irak, was das zunehmende Erstarren von nationalen politischen Kräften in Europa und auch in Österreich“ (S. 63) betreffe.

Als Schlüsselstellen im Buch erscheinen jene Abschnitte, in denen Haider den Antisemitismus seiner arabischen Gesprächspartner einfach reproduziert: „In ihrem (der Irakis, Anm.) Verständnis war bereits das alte Babylon Widersacher und Feind der Juden, die heute, verkörpert durch Israel, den Irak als Inbegriff des Arabertums vernichten wollten.“ (S. 56) An anderer Stelle berichtet er wieder über ein Gespräch mit Tarek Aziz: „Immerhin wäre der Irak den USA nicht allein wegen seiner Ölvorräte

ein Dorn im Auge, sondern auch aufgrund der Tatsache, daß sein Land es als einziges wagte, der israelischen Aggression die Stirn zu bieten und die Palästinenser zu unterstützen. (...) Dabei machte er klar, daß er das Problem in den USA nicht allein aufseiten der Republikaner sah. Denn auch die Demokraten, die sehr stark von jüdischen Kreisen beeinflusst seien, unterstützen in der Irak-Frage voll und ganz den Kurs von Bush junior.“ (S. 61f)

Es ist dieser Antisemitismus, der die schiefe Wahrnehmung des Nah-Ost-Konfliktes determiniert. So ist die Rede von der „mit Deckung der USA unverhohlenen betriebenen israelischen Aggressionspolitik im Nahen Osten“ (S. 62). Auch seien nicht Giftgasmörder, Despoten oder islamistische Selbstmordattentäter, sondern die USA und Israel „im wesentlichen dafür verantwortlich, daß sich die Welt insgesamt in einer angespannten und unsicheren Lage befände.“ (ebd.)

Schließlich kommt Haider auf seine Treffen mit Saddam, der Hitlers „Mein Kampf“ einmal als „das wichtigste in unserem Jahrhundert geschriebene Buch“ bezeichnet hat, zu reden. Bei diesen schlug ihm von Anfang an „durchaus eine Atmosphäre der Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit entgegen“ (S. 71). Auch hier ist es die antisemitische Weltanschauung, die reproduziert wird: „Saddam Hussein kam umgehend zur Analyse der politischen Situation im arabischen Raum. Im wesentlichen deckten sich seine Ausführungen bezüglich der Einschätzung speziell der Rolle Israels im Zusammenspiel mit den USA mit jenen seines Vizepremiers Aziz. Allerdings –

und das kam bei ihm besonders stark hervor – betonte er immer wieder seine politische Vision von der Einigung der arabischen Nation, um deren elementare Interessen gegen die ‚Zionisten‘, wie Israel in all diesen Gesprächen immer wieder genannt wurde, mit entsprechendem Nachdruck zu verteidigen. Als Vorkämpfer dieser Idee der arabischen Einigung hätte er sich ganz besonders der Sache der Palästinenser und ihres Kampfes um Eigenstaatlichkeit angenommen. Das wäre auch der Hintergrund dafür, „daß er den Familien der Selbstmordattentäter, die ja bei israelischen Vergeltungsaktionen mit einem Schlag ihres gesamten Hab und Gutes beraubt würden, finanzielle Unterstützung zukommen ließe.“ (S. 71) Haider fiel auf, dass Saddam „immer dann, wenn es in unserem Gespräch um die Palästinenserfrage ging, sehr aufgeweckt und emotionalisiert wirkte und es verstand, ausgesprochen konsequent zu argumentieren und die Dinge auf den Punkt zu bringen.“ (S. 72) Unumwunden räumt der Kärntner Landeshauptmann ein, „von der scharfen Logik und den klaren Argumentationslinien Saddams überrascht gewesen zu sein.“ (ebd.) Lobende Worte also für jemanden, der Israel als „Zionistengebilde“ zu bezeichnen pflegt und von einem judenreinen Palästina träumt. Aber Haider wird noch deutlicher, wenn er offen bekennt, dass er „in der Palästinenserfrage einer Meinung mit Saddam Hussein“ (S. 77) ist.

Schließlich findet noch ein Gespräch mit Saddams berüchtigten Sohn Udai Erwähnung: „Im Unterschied zu seinem Vater, hinter des-

sen Bulligkeit doch auch Freundlichkeit zum Vorschein kommt, zeigte sich Udai sehr bestimmend. Es war kaum möglich mit ihm einen Gedankenaustausch zu führen. Vielmehr nutzte er die Gelegenheit, in seine Ausführungen eine scharfe Abrechnung mit Israel vorzunehmen und seinen Respekt vor deutschen Tugenden zum Ausdruck zu bringen. Sie lägen, so meinte er, dem deutschen Volk im Blute und könnten daher auch von niemanden ausradiert werden. Weniger freundlich war seine Einschätzung gegenüber den Russen, die er im großen und ganzen für verloren hielt, weil die Politiker käufliche Marionetten jüdischer Finanzbosse wären, die in Wirklichkeit das Land regierten. Udai rechnete für ganz Europa mit einer baldigen Wiedererstarkung der nationalen Kräfte, die abseits ideologischer Kategorien zu einer allgemeinen nationalen Rückbesinnung führen würde. So martialisch und bestimmend sein Auftreten auch war, so erstaunte mich doch die Tiefgründigkeit seiner Sprache. (...) Er zeigte sich jedenfalls sehr belesen und ausgezeichnet über die aktuellen politischen Entwicklungen informiert.“ (S. 145f) Zu einem antisemitischen Paranoiker, der von den in Wahrheit herrschenden „jüdischen Finanzbosse“ schwadroniert, fällt Haider also bloß ein, dass er „belesen und ausgezeichnet über die aktuellen politischen Entwicklungen informiert“ ist. Spätestens hier stellt sich die Frage, ob Haiders Ausführungen tatsächlich bloß von Blindheit zeugen, oder ob sie nicht doch Komplizenschaft und weltanschauliche Nähe ausdrücken.

Mit Pilz gegen God

VON RENATE GÖLLNER*

„Der neue Feind ist fast unsichtbar. Anders als der russische Bär, der allein durch die Tundra trottet, versteckt sich der islamische Terrorist wie eine Ameise unter gleich Aussehenden, vor allem in den großen Städten. Zwischendurch zieht er sich in Höhlen zurück“ (138). Diese Sätze stammen nicht aus einem Karl-May-Verschnitt, sondern sind Peter Pilz' neuem Buch „Mit Gott gegen alle. Amerikas Kampf um die Weltherrschaft“, entnommen. Nicht das Entsetzen über die durch islamistische Selbstmordkommandos zu Tode gekommenen wird darin zum Ausdruck gebracht, vielmehr scheint eine subkutane, heimliche Faszination von den Mördern und deren Geschick auszugehen, sich immer wieder dem Zugriff zu entziehen. Diese Haltung ist gleichsam charakteristisch für „Mit Gott gegen alle“, ein Buch, das sich nahtlos in eine Reihe anderer aktuell erschienener antiamerikanischer Pamphlete einfügt. Darin rechnet der Sicherheitsexperte der österreichischen Grünen auf nahezu zweihundertsiebzig Seiten mit Amerika ab; nicht allein gegen die amerikanische Zivilisation richtet sich sein Ressentiment, Pilz wettet gegen Demokraten und Republikaner gleichermaßen, polemisiert gegen die amerikanische Verfassung „eine Gesellschaft ohne Opposition und Alternative“, die Um-

weltzerstörung „das organisierte Umweltverbrechen hat seinen Hauptsitz in den USA“, die Armut, die er auf die „Gier (Amerikas R.G.) wirtschaftlicher Eliten“ zurückführt, und er schildert, wie mittels Blitzkriegen (sic!), Brückenköpfen und imperialen Arsenalen die USA die „Weltherrschaft“ zu erlangen versuchen. Selbst vor den billigsten Klischees schreckt Pilz nicht zurück: Bush sei ein „bemerkenswert einfältiger Mann“, wenn er „frei spricht“ hätte „das gebildete Amerika etwas zum Lachen“; eine Bemerkung allerdings, die, angesichts der rhetorischen Talente in der österreichischen Regierungsmannschaft und in den Oppositionsparteien kurioser nicht sein könnte.

Um die Ideologie vom „Reich“ (sic!) Amerika, das nach der Weltherrschaft strebe, wirklich glaubhaft machen zu können, bedarf es freilich dreister Vereinfachungen und plumpester Verdrehungen: Gleich im ersten Kapitel seine Buches vergleicht Pilz George Bush mit bin Laden „Bin Bush“, die beide „ihre Gegner ausrotten“ wollen und dazu bereit sind, „alle Waffen einzusetzen“. Das Verbrechen des 11. Septembers, bei dem tausende Menschen ermordet wurden, firmiert nur als ein Anschlag unter anderen, dessen besondere Qualität bestritten wird: „Das Bild von den gänzlichen neuen Terroristen, die einen neuen

„asymmetrischen“ Krieg gegen die christliche Kultur führten, dient nur einem Zweck: den dauernden Kriegszustand zu rechtfertigen.“ „Sharon, Putin und Bush sind ebenso Teil des Problems wie Bin Laden oder Abu Sayyaf. Ihre sicherheitspolitische Kreativität gehorcht immer noch dem Dinosaurierprinzip: viel Panzer, wenig Hirn.“ Soviel europäische Überheblichkeit und dämmliche Gleichsetzung ist kaum zu ertragen, aber es wird nichts als allgemeiner politischer Konsens zum Ausdruck gebracht. Daß die islamistische Ideologie und ihr Terror nur die Kehrseite der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Zivilisation sind – und nur im Zusammenhang damit entstehen konnte – ist banal; doch wo es notwendig wäre, Gegensätze festzuhalten, wird ganz bewußt weder differenziert noch in irgend einer Form auf die geschichtliche Entwicklung der Selbstmord-Anschläge Bezug genommen: Nicht nur dient der Vergleich von demokratisch gewählten Präsidenten wie Bush, Sharon oder Putin mit Anführern einer Bande von Selbstmord-Rackets zur Entlastung und Verharmlosung der Täter und ihrer Verbrechen; Terror ist eben nicht gleich Terror, wie Pilz behauptet, und in einem Atemzug das zaristische Russland, Francos Spanien und das moderne Israel (sic!) nennt: mit dem



Peter Pilz:
Mit Gott gegen Alle.
Amerikas Kampf um die Weltherrschaft
DVA, Stuttgart München 2003.
287 S.
ISBN 3-421-05758-3

*) Renate Göllner arbeitet als freie Autorin in Wien.

Massenmord des 11. September wurde tatsächlich eine neue Qualität der Anschläge erreicht, die deutlich machte, daß jene, die den Heiligen Krieg führen, auch nicht davor zurückschrecken, mit dem eigenen Tod tausende Menschen mit einem Schlag zu vernichten. Ausgeblendet wird schließlich der antisemitische Wahn der islamistischen Attentäter, der seine letzte Konsequenz in der Vernichtung Israels hat, sowie der Umstand, daß umgekehrt Israel als einzige Zufluchtstätte der von Antisemitismus Verfolgten, alles in seiner Macht stehende tun muß, um seine Existenz nicht zu gefährden.

Dem bösen „Weltpolizisten“ und „Weltrichter“ Amerika stellt Pilz das gute Europa, wo „fast alles“ besser ist, gegenüber. Während hier, am alten Kontinent die „Parteien noch unterschiedliche gesellschaftliche Interessen vertreten“, „repräsentieren die Spitzen der amerikanischen Politik meist nur unterschiedliche Geschäftsinteressen.“ Europa abgekoppelt vom Rest der Welt, wo statt Profit und Geschäft, statt schnödem Mammon, höhere Sittlichkeit waltet. Indem sich Pilz gleichsam außerhalb des kapitalistischen Ganzen phantasiert, kann er um so moralisierender gegen den Materialismus Amerikas zu Felde ziehen, und so tun, als ob er nicht selbst an dessen Reichtum partizipiert.

Dem autoritären Spießler ist Amerika, diese bürgerliche Gesellschaft schlechthin, dieses klassische Einwanderungsland zutiefst suspekt. Als Sicherheitsexperte der Nation hat Pilz freilich auch ein ganz besonderes Verhältnis zum Staat. Das aber

ist grundsätzlich anders beschaffen, als jenes der US-Bürger zu ihrem Staat: Dan Diner spricht in diesem Zusammenhang von einer „regelrechten Verkehrung europäischer Geschichtserfahrung.“ „Während in Europa sich der Staat schon früh zur Voraussetzung von Ordnung und Wohlfahrt erhoben hatte, der Staat der bürgerlichen Gesellschaft gleichsam vorausging, war Amerika von Anbeginn als bürgerliche Gesellschaft angelegt, schätzten die freiheitsversessenen Amerikaner jene alles überwölbende Staatlichkeit gering, die Europas Geschichtsbewußtsein beflügelte ...“

Um die Herrschaft des Abstrakten dingfest zu machen, um statt vom Kapitalverhältnis von Globalisierung reden zu können, muß das Kapital in Gestalt der USA, bzw. in seiner Regierung personifiziert werden. Gefahndet wird nach Schuldigen, die für die Krise verantwortlich gemacht werden können. Hinter der Identifikation mit dem Abstrakten verbergen sich die, die nach der „Weltherrschaft“ streben; wer das ist, ob Juden, Yankees, oder WASPs, bleibt dem Leser überlassen: „Die Hauptgewinner (der Globalisierung, R.G.) produzieren allerdings gar nicht. Sie spekulieren ... Das Zentrum der Spekulation befindet sich nach wie vor an der Wall Street, in New York. Wer in den USA an die Macht will, muß sich die Unterstützung der teuersten Straße der Welt sichern.“

Es ist nicht bloß das rabiate Ressentiment gegen Amerika, das in dem vorgeblichen Friedensaktivisten rumort, sondern zugleich auch eine tiefsitzende Wut

über die Ohnmacht der Europäer, bzw. der Deutschen. So offen aber wagten es Pilz' deutsche Parteikollegen bislang kaum auszusprechen: Nicht nur habe „die Stunde Europas“, längst geschlagen, sondern Pilz sehnt tatsächlich eine neue Vormachtstellung Deutschlands herbei, das sich gemeinsam mit anderen Europäern Amerika auch militant in den Weg stellen müsse. Sollen auf der eine Seite die Vereinten Nationen zu humanitären Militärationen ermächtigt werden, so soll der Internationale Strafgerichtshof seine Zuständigkeit überall auf der Welt durchsetzen. Der Wunsch nach Umkehrung der Dominanzverhältnisse ist nicht nur nationalistischem Größenwahn geschuldet, es handelt sich zugleich auch um eine grandiose Phantasie, die sich zwar in absehbarer Zeit nicht erfüllen wird, aber zur Destabilisierung und Entfesselung irrationaler Gewaltverhältnisse entscheidend beitragen wird. „Kein Wunder“, schreibt Dan Diner, „wenn der deutschen pazifistischen Selbststilierung bei den Verbündeten mit tiefer Skepsis begegnet wird, beruht sie doch auf Selbsttäuschung. Denn die durch das historische Trauma verleugnete Gewaltbereitschaft wird auf jene projiziert, die schon immer als Hort des Anderen und mithin als Projektionsfläche für die Verleugnung in Anspruch genommen wurden: die USA.“

Die Zitate sind Peter Pilz: Mit Gott gegen alle. Amerikas Kampf um die Weltherrschaft, sowie Dan Diner: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002, entnommen.

Feindbild Amerika

Über die Beständigkeit eines Ressentiments

VON MARC ZANNONI*

Bis auf das letzte Kapitel besteht das Buch aus einer Überarbeitung des 1992 erschienenen Werkes „Verkehrte Welten“. Damals publizierte Diner die ursprüngliche Fassung in Folge des 1991 stattgefundenen Golfkrieges, nun als Replik auf den nach dem 11. September grassierenden Antiamerikanismus.

„Feindbild Amerika“ stellt weniger eine systematische theoretische Ausarbeitung dieses Ressentiments dar, als einen historischen Abriss bis zurück ins 18. Jahrhundert, der verschiedene Quellen des Antiamerikanismus anreißt. Dadurch treten Kontinuitäten unterschiedlicher, großteils bekannter und weiterhin verwendeter Argumentationsmuster zu Tage, wobei linke wie rechte gleichermaßen berücksichtigt werden. So beschwerte sich etwa der Romantiker Nikolaus Lenau 1832 über das ausschließliche Interesse Amerikas an „merkantilen Fertigkeiten“. Ebenso tauchte die geläufige Unterstellung, dass die USA wirtschaftlich motivierte Kriege führen, bereits während des ersten Weltkrieges auf. In der Gegnerschaft zum 1924 erstellten Dawes-Plan bildete sich zum ersten Mal ein Lager übergreifender Antiimperialismus heraus, dessen Sorge dem vermeintlich vom amerikanischen Kolonialismus bedrohten Deutschland galt.

All diese Anschuldigung

gen griff der Nationalsozialismus auf und sprach den in ihnen angelegten Antisemitismus explizit aus, exemplarisch in Giselher Wirsings Aussage, dass mittels amerikanischer Machtentfaltung sich die Juden zur Weltherrschaft aufschwingen würden. Ein Vorläufer ähnlich lautender Vorwürfe an Israel heutzutage. Im ersten Kapitel erwähnt Diner direkt den in späteren Abschnitten angedeuteten Umstand der strukturellen Ähnlichkeit von Antiamerikanismus und Antisemitismus, nicht zuletzt auf Grund der Identifikation der USA mit Geld, Zins und Börse.

Auch der Vergleich Amerikas mit Nazi-Deutschland ist so neu nicht. Schon 1946 brachte Hermann Hesse in einem Brief an Thomas Mann seine Genugtuung zum Ausdruck, dass „in Deutschland [...] die Sadisten und Gangster nicht mehr die Nazis sind und Deutsch reden, sondern Amerikaner“. Charakterisiert werden derartige Zuschreibungen als Abspaltungen eigener Negativität.

Von Kritik an den Reaktionen zum 11. September über die Geschichte des Islamismus und dessen Verhältnis zur Technik bis zu den amerikanischen Idealen und Handlungen finden Fragmente diverser, diesen Anschlag betreffenden Themen im letzten Kapitel Eingang. Doch gerade dadurch wirkt dieses wie ein arbiträr

erstelltes Flickwerk, welches eine adäquate Analyse der post-9/11-Ereignisse vermissen lässt.

Als überflüssig können die immer wieder auftauchenden Erläuterungen betrachtet werden, die berechtigte Kritik an den USA anführen sollen. Diese wirken geradezu als Versicherung, dass auch zulässige Kritik an Amerika existiert bzw. als Abwehr des Vorwurfes der Amerikaapologie.

Zusammenfassend kann das Buch als brauchbare geschichtliche Einführung bewertet werden, zumal bisher leider wenig zu diesem Thema in gebundener Form erschienen ist. Mit Spannung darf deswegen die für Juli angesetzte Erscheinung des Buches „Amerika, dich hasst's sich besser“ von Thomas v. d. Osten-Sacken erwartet werden.

„Amerika wird für die Folgen der dunklen Seite der Moderne haftbar gemacht; die USA werden zur notorischen Projektionsfläche abgespaltener Anteile von Selbsthass.“

Dan Diner, S. 16, in Referenz auf Ludwig Marcuse



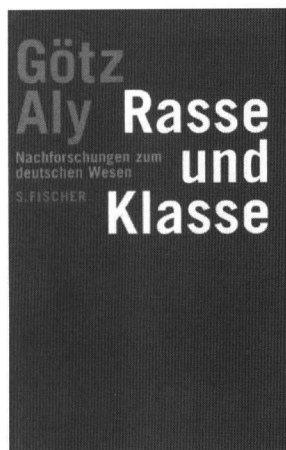
Dan Diner
Feindbild Amerika
Über die Beständigkeit eines
Ressentiments
Propyläen Verlag, 2002

*) Marc Zannoni ist Informatikstudent in Wien.

Rasse und Klasse

Nachforschungen zum deutschen Wesen

VON THOMAS KÖNIG*



Götz Aly: Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen. Frankfurt am Main, S. Fischer Verlag 2003

Polemik ist eine zweischneidige Angelegenheit. Sie kann schnell ausufern und Selbstzweck werden, sich von Tatsachen entfernen und damit unglaublich am Gegenstand orientiert bleiben, dann klingt sie fad und gegessen.

Götz Aly beherrscht die Polemik wie kaum ein anderer im deutschsprachigen Raum. Und er weiß, wovon er spricht. Seine wissenschaftlichen Studien zur Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus stellen höchsten Standard dar. Greift er zum Stilmittel des Essays, so bildet sein profundes Wissen den Hintergrund, auf den gestützt Aly sich erfrischend über die herrschenden Kontinuitäten in Deutschland (vor allem) hermacht. Die Sudetendeutschen zum Beispiel. Oder die Vergangenheitspolitik, anschaulich gemacht an der Praxis des deutschen Justizwesens.

In gewissen Sinne macht es das Deutsche dem Polemiker aber auch einfach. Seine wissenschaftlichen Ergebnisse sind unumstößlich, und trotzdem wird im gesellschaftlichen Alltag der Politik und der Journaille daran vorbeigedacht und drum herum gelogen, dass er grade zu aufgefordert wird, sich dazu zu äußern. Dass die These, die auch den in dem vorliegenden Buch gesammelten Artikeln und Vorträgen zugrunde liegt, bis heute nicht ganz akzeptabel scheint, erlaubt es Aly jedenfalls, sie an verschiedensten Beispielen

(von der Rabattgesetzgebung bis zur Euthanasie) und damit unter verschiedenen Blickwinkeln zu erläutern und – zu festigen.

„Nie zuvor hatte sich die junge Intelligenz vom Abitur an so ungehindert entfalten können. Kompromiss war dieser Generation ein Fremdwort (...). Widerspruchsgeist galt ihr als Kritikastern, Zweifel als Schwäche. Jeder Expansionsschritt des Deutschen Reiches bedeutete individuellen Aufstieg, Entfaltung der eigenen Wünsche und der sozialen Utopie eines funktionierenden, von allen Störfaktoren freien Volksganzen.“ Das Trauma des deutschen Nachkriegskollektivs, sich aus der Verantwortung für ein Verbrechenregime stehlen zu wollen und zugleich den ungeheuren Errungenschaften des NS nachtrauern zu müssen, führte zu einem verzerrten Bild des Nationalsozialismus selbst, bis heute. Aly zelebriert es fast genüsslich, Personen wie dem bekannten Journalisten Werner Höfer ihre dunkle Vergangenheit zu präsentieren.

Bemerkenswert ist, dass Aly nicht mit der simplen Methode des erhobenen Zeigefingers agiert, sondern seine politische Theorie des NS exemplifiziert. „Nur wer den intelligenten, von Männern wie Höfer repräsentierten Kern enträtselt, kann das Funktionieren und die mörderische Effizienz der NS-Herrschaft erklären.“ Modern war dieser Staat, und möglichst frei von bürokratischen Hindernissen, rassistisch und selektiv, doch

nahm er die meisten Volksgenossen auf und umschmeichelte sie, und sie ließen es sich gefallen. Jene, die dem Verdikt des Ausschlusses verfielen – Kommunisten, Juden bald und Polen, sowjetische Kriegsgefangene – wurden in Hinblick auf die Fortsetzung der beispiellosen Erfolgsgeschichte dieses Staats umgebracht, beseitigt.

Im zentralen Aufsatz „Nationaler Sozialismus“ legt Aly seine politische Theorie des NS explizit dar. Der Vorgriff auf so viele heute vertraute, aber immer noch als neu und unproblematisch identifizierte Herrschaftstechniken verblüfft. „Hitler war der erste Medienkanzler Deutschlands“. Und der „große Integrator“ Hitler schaffte auch einen Wohlfahrtsstaat, ehe dieses Wort existierte, auf Basis eines umfassenden Klassenkompromisses. Die Vereinigung der vielen Interessen schuf eine „Binnenspannung“, die „das hochbrisante und bald zerstörerische Gemisch aus Realpolitik, Ideologie und national-sozialer Utopie“ erzeugte.

Das Ergebnis war eine Katastrophe unbekanntem Ausmaßes. Dass es möglich war in einer Gesellschaft, die geführt wurde als „eine jederzeit mehrheitsfähige Zustimmungsdiktatur“, war und ist zentraler Aspekt der deutschen wie österreichischen Geschichte und wunder Punkt in der wehleidigen kollektiven Identität dieser beiden Länder. Götz Alys Polemik ist zu danken, dass der wunde Punkt Thema bleibt.

*) Thomas König ist Absolvent der Politikwissenschaft in Wien.

Short Cuts

Äneke Winckel: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland. Unrast-Verlag, Münster 2002, 200 Seiten, EUR 14,-

Ausgehend von der Analyse überregionaler Wochen- und Tageszeitungen gibt Winckel einen Überblick über Verbreitung und Ausdrucksformen des Antiziganismus im neuen, an alte Traditionen anknüpfenden Deutschland, das bereits zum Mauerfall protestierende Roma von einer KZ-Gedenkstätte prügeln ließ. Sie untersucht die Ressentiments gegenüber Sinti und Roma bei staatlichen Stellen, in der Bevölkerung sowie in den Medien und kommt auf Grund ihrer Analysen, bei denen man auch einiges über die Ausfälle grüner Funktionäre und über den deutsch-nationalen Attac-Helden Oskar Lafontaine erfährt, zu dem Schluß: „Das antiziganistische Denken und Handeln beträchtlicher Teile der deutschen Mehrheitsbevölkerung wurde seit 1989 konsequent von staatlicher Seite unterstützt und legitimiert.“

Winckel verweist auf den antikommunistischen Entstehungszusammenhang des deutschen Asylrechts und gibt einen Einblick in die personellen und strukturellen Kontinuitäten bei der Verfolgung von Sinti und Roma im postfaschistischen Deutschland. Sie betont, daß der Antiziganismus genauso wie der Antisemitismus mit dem Rassismusbegriff nicht ausreichend erfaßt werden

kann. Winckel deutet auf die Momente autoritärer Rebellion und projektiver Identifikation im Antiziganismus hin und arbeitet Gemeinsamkeiten zwischen Antisemitismus und Antiziganismus heraus, ohne die zentrale Differenz einzuebnet: „Der Antiziganismus halluziniert den ‚Zigeunern‘ keine derart unfassbare, allumfassende Macht wie der Antisemitismus den Jüdinnen und Juden.“ Es finden sich einige Ausführungen über den Zusammenhang von der Konstruktion bürgerlicher Subjektivität und des Antiziganismus in der Moderne. Die sind jedoch so knapp ausgefallen, daß sie es kaum vermögen, ideologiekritisch die spezifische Funktion des Antiziganismus als eine Art Mischform aus Elementen des Antisemitismus und des Rassismus im bürgerlichen Bewußtsein mit seiner Abgrenzung gegen „Überwertige“ und „Unterwertige“ adäquat darzustellen.

Jürgen Elsässer: Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung. Hugendubel-Verlag, Kreuzlingen – München 2003, 264 Seiten, EUR 19,95

Elsässer war seit Beginn der 90er Jahre einer der wichtigsten Kritiker des wiedervereinigten Deutschland und auch in seinem neuen Buch finden sich dort, wo er ältere Arbeiten zusammenfaßt, brauchbare Ausführungen zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus, zur postnazistischen Außenpolitik der

BRD, zur Wiedervereinigung und zum Jugoslawienkrieg. Spätestens seit dem 11. September hat sich Elsässer allerdings mit einer fast kindisch anmutenden Realitätsverweigerung daran gemacht, Antisemitismus zu leugnen oder schönzureden, um wieder ganz traditionell in Antisemitismus, ML-Antifaschismus und Arbeiterbewegung der Marke IG Metall machen zu können.

Der Unterschied zu früheren Texten wird an einem einfachen Beispiel deutlich. Im vorliegenden Buch schreibt er, die Versuche der BRD, aus dem Schatten der NS-Vergangenheit herauszutreten und diese für aktuelle Zwecke zu instrumentalisieren sei ohne die Hilfe der USA nicht möglich gewesen. Der Hinweis aber, daß sich das amerikanische Nachgeben gegenüber derartigen Ambitionen wie etwa beim gemeinsamen Besuch von Reagan und Kohl auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg auch aus der Sorge begründete, ein anderes Verhalten würde den Antisemitismus in Deutschland eventuell noch stärker fördern, findet sich nur in älteren Texten des Autors.

Die Distanzierung von der antideutschen Kritik geht bei Elsässer, der in besseren Tagen mit dem Slogan „Bomber Harris, don't miss the right time“ in Verbindung gebracht wurde, inzwischen soweit, daß die Bombardierung der volksgemeinschaftlichen Festung Dresden nur mehr als „Massenmord an Zivil-

VON STEPHAN GRIGAT

sten“ bezeichnet wird. Vom Antisemitismus ist bei ihm nur noch die Rede, wenn es um Luther oder Hitler, also um Vergangenes geht. Bei der Beschreibung der gegenwärtigen Situation findet er über weite Strecken keine Erwähnung. Und wenn doch, dann so: „Eine Zunahme des Antisemitismus war nicht festzustellen.“ Wenn einen etwas nicht mehr interessiert, bekommt man es offenbar auch nicht mehr mit. Und wenn es erst einmal soweit ist, vergißt man offenkundig selbst noch die grundlegenden Einsichten antideutscher Kritik. Elsässer hält die deutsche Ablehnung der britisch-amerikanischen Militärintervention im Irak keineswegs für etwas Besonderes.

Schließlich würden die meisten Staaten dieser Welt den Krieg ablehnen. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, daß ein regierungsamtlicher Pazifismus in einem Nachfolgestaat des Dritten Reiches in einer anderen Konstellation stattfindet als in anderen Ländern.

Auch wenn man es angesichts des Untertitels des Buches, der sich des Jargons halbamtlicher Politikberatung bedient, nicht erwarten kann, ist Elsässer im Gegensatz zum Großteil der von ihm so hofierten Friedensbewegung bewußt, daß es sich bei der neuen Achse Berlin-Paris-Moskau um keine pazifistische Gesinnungsgemeinschaft handelt. Dennoch hält er den „Bruch mit Amerika“ für

„das Gebot der Stunde“, damit seine abenteuerlichen Spekulationen über ein „eurasisches Friedensnetz“ zumindest „eine Chance auf Gehör“ bekommen. Das wird den Israel- und USA-Hassern in der Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung eben-

so gefallen wie Elsässers neuen Arbeitgebern in der „jungen welt“, deren Berichterstattung er noch vor fünf Jahren als Beleg für den antikomunistischen und antisemitischen Charakter der Mehrheit der Linken angeführt hat.

Erratum

In der letzten Nummer (8/2002–1/2003) muss der Schlussabsatz von Stephan Grigats Besprechung einer Studie über den Kommunistischen Bund in der vom Autor autorisierten Fassung richtig heißen:

„Die im Rückblick als zentral erscheinenden inhaltlichen Differenzen im KB in bezug auf Israel und den Antisemitismus arbeitet Michael Steffen nur unzureichend heraus. Dennoch hat er mit seiner detaillierten und um Distanz zumindest bemühten Studie die erste umfassende Gesamtdarstellung einer jener Gruppen vorgelegt, die in der BRD den antiautoritären Aufbruch von 1968 in das Grauen leninistischer Kaderdisziplin überführt haben.“

Antirassistisches Potpourri

VON THOMAS SCHMIDINGER



Ljubomir Bratic:
Landschaften der Tat.
Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa.
Sozaktiv Verlag.
St. Pölten, 2002.
EUR 24,-
ISBN 3-901847-06-5

Der von Ljubomir Bratic herausgegebene Sammelband mit Artikeln von verschiedensten AktivistInnen in antirassistischen Zusammenhängen gibt eine gute Zusammenfassung des Diskussionsstandes antirassistischer Aktivitäten in Österreich, aber darüber hinaus auch in England, Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien. Das Buch, das sich als Fortsetzung von 1999 und 2000 erschienenen Ausgaben von *Vor der Information*, der *TATblatt*-Sondernummer „Flucht.Hilfe“ und einer Antirassismus-Nummer der Zeitschrift *Kurswechsel* versteht, versammelt, wie bei Sammelbänden üblich, Beiträge von sehr unterschiedlichem Charakter und unterschiedlicher Qualität. Besonders positiv

hervorzuheben sind sicher die Beiträge von Manuela Bojadzije und Kien Nghi Ha, die beide auch grundlegende theoretische Fragestellungen aufwerfen. Sehr informativ sind aber auch die länderspezifischen Berichte von Shirley Tate, Mogniss H. Abdallah, Mouloud Aounit, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Ljubomir Bratic, Erdal Kaynar, Kimiko Suda oder Beiträge zu Spezialthemen, wie Michael Fanizadehs Arbeit über Antirassismus und Fußball oder Bülent Öztöplü Text über Antirassismus und migrantische Jugendarbeit. Leider wird das Thema Antisemitismus mit Ari Jaskowicz Artikel über die Gedenkdiskurse der jüdischen Gemeinde in Wien keineswegs ausreichend behan-

delt. So interessant sein Beitrag ist, so bleibt er neben einem kurzen Abschnitt in Ljubomir Bratics Beitrag zum migrantischen Antirassismus in Österreich, doch der einzige zum Thema Antisemitismus. Dabei wäre gerade in einem Buch über Antirassismus zumindest ein Hinweis auf die Unterschiede aber auch Verbindungen von Rassismus und Antisemitismus wichtig gewesen, um nicht der weit verbreiteten Reduktion von Antisemitismus auf einen Rassismus gegen Jüdinnen das Wort zu reden. Trotz dieser Schwäche stellt das Buch einen interessanten Zwischenstand antirassistischer Debatten und Aktivitäten in Europa dar, dem eine weite Rezeption zu wünschen ist.

Demnächst im Radioprogramm von Context XXI

Jeden Montag um ...

10 Uhr auf Radio Helsinki 92,6 in Graz • 13 Uhr auf Radio Orange 94.0 in Wien • 23 Uhr auf Radio Agora 105.5 in Klagenfurt

Montag, 26. Mai

Antisemitismus von links

Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1943), Mainz 1995.

Dies ist bereits der zweite Beitrag einer nicht aufbauenden Serie, die **Context XXI** im Austausch mit der Redaktion 3 des Freien Sender Kombinat aus Hamburg übernimmt. Weitere Beiträge dieser historisch-theoretischen Auseinandersetzungen werden wir in den kommenden Wochen in loser Folge übertragen.

Montag, 2. Juni

„Sogar am Erdbeben waren wir Juden schuld!“

Antisemitismus in Mexico. Ein Interview mit Esther Shabot.

Montag, 9. Juni

Antisemitismus von links

Donald L. Niewyk: Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy.

Confronts the Problem of Anti-Semitism 1918–1933.

Hinweis

Unter der Rubrik „Hören“ der Homepage von **Context XXI** können bereits viele unserer Radiobeiträge wieder (wie auf unserem alten Web-Auftritt) angehört werden:

→ Sendung aussuchen → „sofort hören“ wählen

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	3,60
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	3,60

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDO	Chardonnay, trocken, fruchtig	6,90
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	6,50
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	6,90
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	6,50
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	13,80
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	13,80
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	14,20

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	Größe ___	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL und XXL	8,80
___ Stück	Größe ___	T-Shirt „kein mensch ist illegal“, L und XL	8,80
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	1,50
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	1,80
___ Stück	BROSCHÜRE	Broschüre „Ratgeber Wehrdienstverweigerung“ (Zivildienst u.a.)	3,60
___ Stück	PLAKAT	Plakat „Wenn wir groß bin, werde ich Totalverweigerer!“	nur Versandkosten

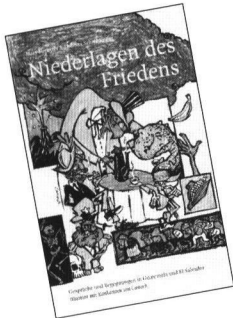
Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

abholen oder bestellen 01-5359109

Faxbestellung 01-5327416

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Bücher/CDs. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Mary Kreutzer ★ Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens**. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. edition wahler, 162 Seiten.



Komm, Süßer Tod
Sofa Surfers – Soundtrack – Filmdialoge

- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod**. Roman. Rowohlt, 223 Seiten.
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus**, Promedia, 430 Seiten.
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht rechtzeitig vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise

Österreich Sonderabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland	38,- Euro
Übersee	44,- Euro
Förderabo	66,- Euro



Das **Sonderabo** ist für Arbeitslose, MigrantInnen, StudentInnen und all jene gedacht, die sich das Normalabo nicht leisten können oder wollen.

Ein Umstieg von Normalabo auf Sonderabo ist jederzeit möglich. E-Mail genügt: redaktion@contextxxi.at.

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

- Ich bestelle hiemit ein
- Normalabonnement
 - Sonderabonnement
 - Förderabonnement
 - Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk wähle ich
(falls gewünscht bitte aus obigen Angeboten auswählen):

ConInfo – Mailinglist

- Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

			<i>Einzelpreis</i>
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	3,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Doppel-Nr.	5,-
___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	2,50
___ Stück	CON01078	Broschüre: Siegfrieds Köpfe – Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus an der Uni ...	9,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	5,50
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	5,50
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	5,50
___ Stück	CDEUROPA	CD: etwas besseres als europa	6,-

Besteller/in:

Datum: Unterschrift:

Lied des einfachen Menschen

Menschen sind wir einst vielleicht gewesen
Oder werden's eines Tages sein,
Wenn wir gründlich von all dem genesen,
Aber sind wir heute Menschen? Nein!

Wir sind der Name auf dem Reisepaß,
Wir sind das stumme Bild im Spiegelglas,
Wir sind das Echo eines Phrasenschwall
Und Wiederhall des toten Wiederhalls,

Längst ist alle Menschlichkeit zertreten,
Wahren wir doch nicht den leeren Schein!
Wir, in unsern tiefentmenschten Städten,
Sollen uns noch Menschen nennen? Nein!

Wir sind der Straßenstaub der großen Stadt,
Wir sind die Nummer im Katasterblatt,
Wir sind die Schlange vor dem Stempelamt
Und unsre eignen Schatten allesamt.

Soll der Mensch in uns sich einst befreien,
Gibt's dafür ein Mittel nur allen:
Stündlich fragen, ob wir Menschen seien,
Stündlich uns die Antwort geben: Nein!

Wir sind das schlecht entworfne Skizzenbild
Des Menschen, den es erst zu zeichnen gilt.
Ein armer Vorklang nur zum großen Lied.
Ihr nennt uns Menschen? Wartet noch damit!

Jura Soyfers Werkausgabe

Der Deuticke-Verlag hat vor kurzem eine neue Werkausgabe Jura Soyfers herausgebracht.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Jura Soyfer, der 1912 als Sohn einer bürgerlichen jüdischen Familie in der Ukraine geboren wurde, die 1920 über Istanbul nach Wien geflüchtet war, entwickelte sich Anfang der Dreißigerjahre zu einem der bedeutendsten linkssozialdemokratischen Autoren und Autorinnen Österreichs. Seine kurzen Theaterstücke wurden auf Kleinkunsthöfen in Wien und Budapest aufgeführt, seine Lyrik und Prosa erschien in österreichischen, deutschen und britischen Zeitschriften. Jura Soyfers Werk ist jedoch nicht nur von der ArbeiterInnenbewegung, sondern insbesondere von einem revolutionären Humanismus

geprägt, den er Faschismus und Nationalsozialismus entgegenstellte. Dieser Humanismus Soyfers war nicht nur eine moralische Kategorie, sondern eng mit einer marxistischen Analyse verbunden. Nach seinem Bruch mit der österreichischen Sozialdemokratie wurde Soyfer nicht zum Parteisoldaten einer neuen Partei, sondern zum unabhängig denkenden Kommunisten, dessen Überzeugung auch in seinen Werken nach dem gescheiterten Februaraufstand der österreichischen ArbeiterInnen ihren Niederschlag findet. Seine Werke sind damit nicht nur literarische Dokumente ihrer Zeit, sondern darüber hinaus literarische

Verarbeitungen eines antifaschistischen Kommunismus, der nichts an seiner Aktualität eingebüßt hat. Seinen persönlichen Kampf gegen den Nationalsozialismus sollte Jura Soyfer nicht überleben. Er wurde am 13. März 1938 bei seiner Flucht in die Schweiz widerrechtlich von österreichischen Zöllnern verhaftet. Im Konzentrationslager Dachau schrieb Soyfer seinen heute bekanntesten Text, das Dachaulied. In der neuen vierbändigen Werkausgabe sind neben seiner Prosa, Lyrik und Dramatik auch seine Briefe von 1931 bis zu seinem Tod am 16. Februar 1939 im Konzentrationslager Buchenwald vereint.



Jura Soyfer: Werkausgabe
Wien / Frankfurt am Main,
Deuticke 2002
ISBN 3-216-30658-5 bis
3-216-30661-5
EUR 74,90

Informationen zum Antrag
für einen Untersuchungsausschuss
des Europäischen Parlaments,
der Vorwürfe über die

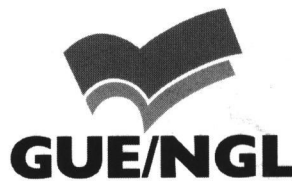
**illegale Verwendung
von Zahlungen
an die
Palästinensische Autonomiebehörde
für Terroristen**

untersuchen soll:

→ www.ilka.org/themen/naherosten



ilka schröder mdep



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT